G 2766 EX

MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

2'79 Februar

Schutz und Wehr

Selbsthilfe
durch die Jahrhunderte
im Spiegel
zeitgenössischer Illustrationen

Eine Ausstellung des
Bundesverbandes
für den
Selbstschutz

Luftblasen besiegen die Ölpest

Der Blasenvorhang bietet Ölhäfen 100 %igen Schutz

Was auf offener See noch immer höchst problematisch ist, in Häfen konnte er mittlerweile erreicht werden: der garantierte Schutz vor der Ölpest. Das Mittel sind pneumatische Ölsperren, sogenannte Blasenvorhänge. Bereits sieben deutsche Häfen haben solche Schutzanlagen, das Forschungsergebnis schwedischer Druckluftexperten, installiert.

In Emden steht seit 1973 die längste dieser ‚Multi-Sperren' und schützt über eine Länge von 175 m den Emder Ölhafen gegen eine Verseuchung, falls beim Löschen eines Tankers Öl ausläuft oder gar in Brand gerät.

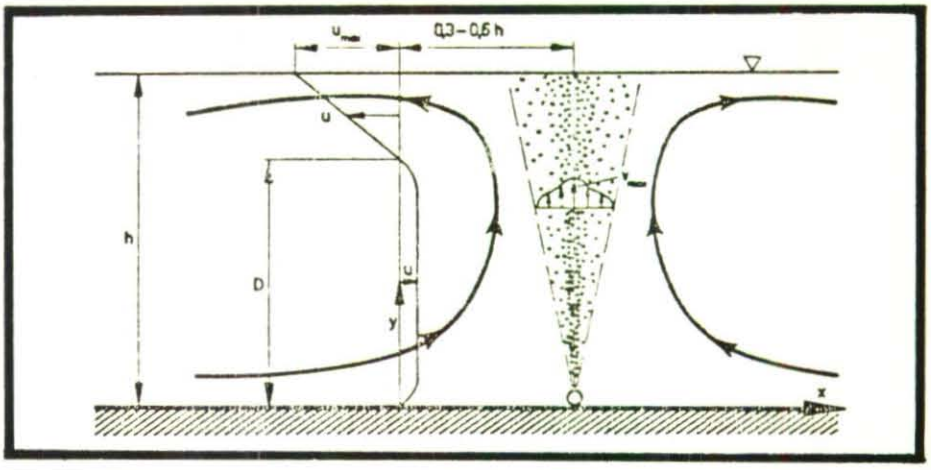
(Das ZS-MAGAZIN berichtete ausführlich darüber in Nr. 5/1974.)

Die übrigen Ölsperren mit insgesamt 421 m Länge sind in den Häfen von Wanne-Eickel, Ibbenbüren, Lüneburg, Dortmund, Essen und Berlin installiert.

Gegenüber mechanischen, zumeist schwimmenden Sperren haben pneumatische Ölsperren den Vorzug, auch bei Ölbränden voll wirksam zu sein und den Schiffen den Fluchtweg freizulassen.

Außerdem sind sie per Knopfdruck binnen Sekunden funktionsbereit und auf die jeweiligen Wetterverhältnisse (Windrichtung, Windstärke, Wasserströmung und Wellengang) einstellbar. Das Arbeitsprinzip ist einfach: Luftbläschen, die wie eine Art Blasenvorhang aus perforierten Druckluftschläuchen vom Boden des Hafenbeckens aus hochsteigen, erzeugen an der Wasseroberfläche gegenläufige Wasserströmungen, die den Ölteppich sicher festhalten, damit er abgepumpt oder unschädlich gemacht werden kann. Kompliziert ist jedoch die Computer-Berechnung der Konstruktion und aller Faktoren, die je nach Wetterlage und Ölmenge zu berücksichtigen sind, damit die Schutzwirkung garantiert werden kann. Atlas Copco

Eine pneumatische Ölsperre riegelt bei Ölalarm den Ölhafen in Emden binnen weniger Sekunden sicher ab. Äußeres Kennzeichen der in Betrieb befindlichen Ölsperre ist die 175 m lange Blasenbahn, an der das Öl durch gegenläufige Wasserströmung zurückgehalten wird. Schiffe können die Sperre problemlos passieren, ohne daß die Schutzwirkung unterbrochen wird. So bleibt, wie bei keiner anderen Sperrenart, der Zugang für Löschboote oder der Fluchtweg für Schiffe bei Ölbränden offen. Kompressoren versorgen vom Ufer aus die unter Wasser verlegten perforierten Schläuche mit Druckluft.



Funktionsschema einer pneumatischen Sperre und Charakteristik der von den aufsteigenden Luftblasen erzeugten gegenläufigen Wasserströmungen.

ZS MAGAZIN

2/79

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz
Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN" erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86–8 88, Telex: 09–9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Ein hoher Stellenwert" 7
Sprecher aller drei Fraktionen und der Bundesinnenminister betonen im Deutschen Bundestag die Bedeutung der Zivilen Verteidigung.

„Selbstschutz bietet Sicherheit" 14
Die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr" präsentiert Selbsthilfe durch die Jahrhunderte anhand von zeitgenössischen Illustrationen.

„Vier Menschen starben in der Flutwelle" 17
Trümmer und Geröllmassen erschwerten die Suche nach Vermißten und ihre Bergung.

„Erfahrungen mit dem Einsatzleitrechner" 20
Probeweiser Betrieb in der Rettungsleitstelle Karlsruhe.

„Der Sanitäter im Luftrettungsdienst" 22
Hinweise für die Zusatzausbildung.

„Fliegersichtkennzeichen" 24
Kennzeichnung von Einsatzfahrzeugen.

„Mit Perfektionismus ausgestattet" 25
Fünf Jahre Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring/Steiermark.

„Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen" 28
Die Tragkraftspritze TST 40/7.

„Flammen- und Hitzeschutzbekleidung" 30
Verschiedene Modelle erlauben eine breite Anwendung.

„Das Minimagazin" U 3
In diesem Monat: Einbrechen im Eis.

ZS

UMSCHAU

Dramatische Rettungsaktion

Bei einem Feuer in einem Apartmenthaus im Frankfurter Bahnhofsviertel entstand am 17. Januar erheblicher Sachschaden. Zwei Männer entkamen nur mit knapper Not den Flammen und retteten sich aus dem Fenster auf ein Reklameschild an der Hauswand. Sicherheitshalber hielt die Feuerwehr ein Sprungtuch bereit. Die beiden Männer wurden dann aber mit Hilfe der Drehleiter und des Rettungskorbes geborgen.

Aktion „Schneebesen"

Hubschrauber „fegten" Ende Januar in einigen niedersächsischen Staatsforsten mit dem Wind ihrer Rotoren den Schnee von Tausenden von Bäumen, die unter der Last der weißen Pracht zusammenzubrechen drohten. Dem Vernehmen nach hat diese ungewöhnliche Aktion Schäden in den Forsten erfolgreich verhindert.

Staatssekretär von Schoeler informierte sich über Katastropheneinsätze

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler, ließ sich am 30. Januar in Schleswig-Holstein über die Einsätze der Hilfsorganisationen – speziell des THW – anläßlich der Schneekatastrophe zum Jahreswechsel informieren. Von Schoeler, in Begleitung des Direktors des THW, Dipl.-Ing. Ahrens, und des Landesbeauftragten des THW, Dipl.-Volkswirt Meier – unser Bild zeigt den Staatssekretär mit dem Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, Dr. Korthals (rechts), und dem Vertreter des dänischen Zivilschutzes, Klausen (links) –, sprach dem THW, dem Bundesgrenzschutz und dem Zoll Dank und Anerkennung für den Einsatz aus.

THW-Landesbeauftragter Meier berichtete, daß 30 der 37 schleswig-holsteinischen THW-Ortsverbände im Einsatz gewesen waren, rund 1000 Helfer hätten 35 000 Einsatzstunden geleistet.

Landrat Dr. Korthals zollte dem THW für den „unbürokratischen Einsatz höchstes Lob". Insgesamt wurde von seiten des THW über zahlreiche kleinere und größere Einsätze berichtet, die – so Staatssekretär von Schoeler – das THW im Bewußtsein der Bevölkerung sicher stärker verankert hätten.

Zu unserem Bericht in ZS-MAGAZIN 1/79, Seite 7 „Das ist ja schlimmer als in Sibirien", der sich mit der Schneekatastrophe beschäftigte, bleibt noch nachzutragen, daß bei der Aufstellung der Hilfsorganisationen bedauerlicherweise der MHD vergessen wurde. Wie uns deshalb der MHD im Lande Hamburg und Schleswig-Holstein mitteilte, waren auch 400 Helferinnen und Helfer dieser Organisation mehr als 10 000 Stunden im Einsatz. Wir fügen diese Zahlen gerne an.

Mittlerweile stöhnte Norddeutschland unter einem zweiten, wohl nicht minder heftigen Wintereinbruch. Darüber wird das ZS-MAGAZIN in der nächsten Ausgabe wiederum ausführlich berichten.

Hochwasser an Rhein und Mosel

Mitte Februar führten Rhein und Mosel beträchtliches Hochwasser, an der Mosel waren mehrere Uferstraßen tagelang unpassierbar. Am Rhein hielt sich die Gefahr in Grenzen, nachdem die Pegelstände nicht weiter anstiegen. Unser Bild zeigt eine überflutete Straße im Süden von Düsseldorf.

Bundesregierung: Vorräte für Notfälle anlegen

Auf der ersten Kabinettsitzung im neuen Jahr stand die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein im Vordergrund.

Regierungssprecher Grünewald erklärte in einer Pressekonferenz, die Bundesregierung appelliere an die Bevölkerung, für ähnlich gelagerte Katastrophenfälle gewisse Vorräte im Hause anzulegen.

Damit sei, so Grünewald, keine Neuauflage der „Aktion Eichhörnchen" gemeint, sondern es sollte dafür gesorgt werden, daß in den Haushalten Mindestvorräte an Lebensmitteln vorhanden seien.

Zuvor hatte sich das Kabinett durch den Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Biehle, und seinen Kollegen vom Bundesinnenministerium, von Schoeler, über Bundeswehr- und Bundesgrenzschutz-Einsätze im Katastrophengebiet berichten lassen.

SPD und F.D.P. fordern System für Notstrom-Versorgung

Die Schneekatastrophe zum Jahreswechsel hat nach Ansicht der oppositionellen Kieler Landtagsfraktionen von SPD und F.D.P. gezeigt, daß Schleswig-Holstein ein Notstromversorgungssystem braucht. Damit solle gewährleistet werden, daß auch abgelegene Orte bei Ausfall der öffentlichen Versorgung nicht völlig auf elektrischen Strom verzichten müssen. In einem Antrag zum Nachtragshaushalt werden deshalb vier Millionen Mark zur Beschaffung von 100 fahrbaren Gerätesätzen zur Versorgung von Gemeinden bis zu einer Stromentnahme von 77 000 Watt gefordert. Weiter fordern die Politiker die Erfassung aller Notstromaggregate „im öffentlichen und privaten Besitz, auf die im Katastrophenfall zurückgegriffen werden kann", und der „Kräfte, die mit ihnen sachgemäß umgehen können".

MdB Möllemann: Den Bürger mit der zivilen Verteidigung vertraut machen

Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Bundesverteidigungsministeriums am 24. Januar im Deutschen Bundestag nahm der F.D.P.-Abgeordnete Jürgen W. Möllemann auch zu Fragen der Gesamtverteidigung sowie der zivilen Verteidigung Stellung:

„. . . All das bietet Möglichkeiten, den finanziellen Bedarf der Streitkräfte auch zukünftig in einem gesamtwirtschaftlich vertretbaren Rahmen zu halten. Dies ist insbesondere auch deshalb erforderlich, weil nunmehr neben dem militärischen Potential auch die bisher vernachlässigten Gebiete der Gesamtverteidigung angepackt werden müssen.

Der Kern jeglichen Verteidigungsauftrages ist es, die Substanz der Bevölkerung zu erhalten. Die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte können die denkbaren Bedrohungslagen und Krisen nur meistern, wenn die militärischen Anstrengungen durch eine leistungsfähige Zivilverteidigung ergänzt und zu einer Gesamtverteidigung zusammengefaßt werden. Die Gesamtverteidigung ist nach einem klaren Konzept zu führen. Wir brauchen ein einheitliches Führungssystem für den Verteidigungsfall und für Katastrophen im Frieden. Aus der Konzeption müssen sich Richtlinien für die Gesamtverteidigung ergeben. Es sind Pläne für die Gesamtverteidigung vorzubereiten und aufeinander abzustimmen. Die Maßnahmen zur Gesamtverteidigung müssen zentral geplant und koordiniert durchgeführt werden. Dabei sind Prioritäten zentral für die zivile und militärische Verteidigung zu setzen.

Der Bundessicherheitsrat muß einen zugeordneten ständigen Arbeitsstab mit Inspektionsrecht erhalten. Dieser ständige Arbeitsstab ist nach Funktionen zu gliedern. Vorhandene Referate der Ministerien, die im Bundessicherheitsrat vertreten sind, könnten zusammengelegt und auf dem Abordnungsweg verstärkt werden. Die Fragen der Gesamtverteidigung sollten im Bundestag durch einen Ausschuß wahrgenommen werden, in den die übrigen mit Einzelfragen aus dem Gebiet der Gesamtverteidigung befaßten Ausschüsse Mitglieder entsenden. Der Ausschuß sollte die Arbeit des Bundessicherheitsrates auf dem Feld der Gesamtverteidigung kontrollieren. Der Erfolg der zivil-militärischen Zusammenarbeit hängt wesentlich von der Grundsatzabstimmung zwischen den Bundes- und Länderministerien ab. Die Zusammenarbeit muß bereits im Frieden sichergestellt sein. Das setzt ein funktionierendes Kommunikationssystem voraus. Verbindungsorgane des Territorialheeres erfüllen dabei eine wichtige Aufgabe. Sie müssen bereits im Frieden eingerichtet sein. Personelle und materielle Mobilmachung muß auch im Bereich der zivilen Verwaltung geübt werden. Da das Territorialheer zu 90 Prozent von einer Ergänzung durch Mobilmachung abhängt, ist eine ausreichende Zahl von MobAlarmübungen im überschaubaren Rahmen unter Beteiligung aller erforderlichen zivilen und militärischen Dienststellen durchzuführen. Ebenso wie der Verteidigungsfall erfordern Umweltkatastrophen im Frieden Anstrengungen der Bevölkerung zur Selbsthilfe. Der Bürger muß deshalb mit der zivilen Verteidigung sowie dem Katastrophen- und Selbstschutz vertraut gemacht werden. Die Gemeinden haben hierbei ihren Gesetzesauftrag zu erfüllen und den Bürgern die Teilnahme an den Übungen anzubieten. Wie notwendig das ist, haben wir erst kürzlich wieder in Schleswig-Holstein erlebt. Bund, Länder und Gemeinden müssen die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen angemessen unterstützen und damit den Katastrophenschutz als Ganzes verbessern. Dazu gehört, daß die Helfer bereits jetzt mit modernen Materialien ausgerüstet werden.

Fachsprache und Führungsmittel aller Beteiligten müssen einheitlich sein . . ."

F.D.P.: Förderung des Schutzraumbaus muß verstärkt werden

Zu verstärkten Anstrengungen bei der Förderung des Schutzraumbaus im Rahmen der zivilen Verteidigung hat am 30. Januar in Bonn der Parlamentarische Geschäftsführer der F.D.P.-Bundestagsfraktion und Mitglied im Innenausschuß, Torsten Wolfgramm, die Bundesregierung in einer parlamentarischen Anfrage aufgefordert. Es gehöre zu den Aufgaben des Staates, einen Mindestgrundschutz für jeden Bürger zu garantieren.

Ein gut funktionierendes System der Zivilverteidigung ist Voraussetzung dafür, daß die Bundeswehr ihren militärischen Auftrag erfüllen kann. Nach Auskunft der Bundesregierung gibt es zur Zeit für ca. 1,8 Millionen Menschen Schutzplätze in Hausschutzräumen und öffentlichen Großschutzräumen in Verbindung mit unterirdischen Verkehrsanlagen als Mehrzweckbauten.

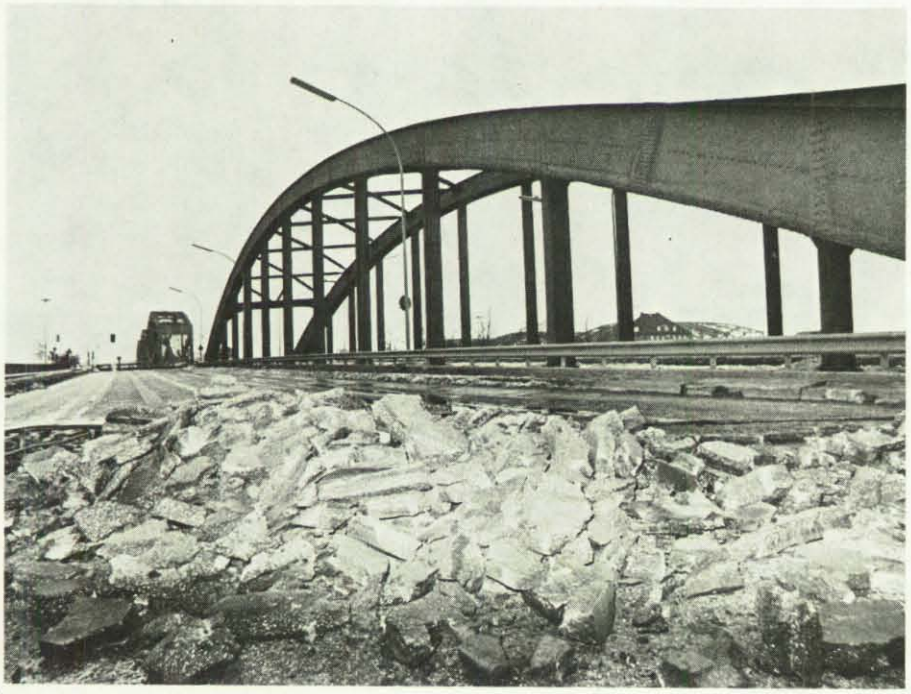
Dies bedeutet, daß nur für ca. 3 v. H. der Bevölkerung im Verteidigungsfall Schutzraumplätze zur Verfügung stehen.

Wolfgramm begrüßte ausdrücklich das Finanzsonderprogramm und die Beschlüsse der Bundesregierung Ende letzten Jahres, worin die Bedeutung des Schutzraumbaus für den Schutz der Zivilbevölkerung nochmals unterstrichen wird. Die bisherigen Anstrengungen müssen aber weiter verstärkt werden. Ziel sollte es nach Auffassung des F.D.P.-Politikers sein, ein Minimalkonzept zu entwickeln, mit dem eine breite Wirkung zu erreichen ist. Nachdem die Bundesregierung auf die Einführung einer gesetzlichen Schutzbaupflicht und auf eine volldeckende Finanzierung des Schutzbaus auf freiwilliger Basis aus beachtenswerten Gründen verzichtet hat, sollte nach Meinung von Wolfgramm dem Schutzraumbau in öffentlichen Bauten verstärkte Bedeutung zugemessen werden. In Betracht kommt die Förderung des Baus von unterirdischen Mehrzweckbauten, wie U-Bahnen, Tiefgaragen und dergleichen, sowie die weitere Nutzbarmachung von öffentlichen Schutzbauwerken. Auch ist an die kurzfristige Reaktivierung von Bunkern und Stollen aus dem 2. Weltkrieg zu denken.

Die Anfrage des F.D.P.-Politikers hat folgenden Wortlaut:

1. Nach welchen Grundsätzen verfährt die Bundesregierung bei der Förderung des öffentlichen Schutzraumbaus?

2. Wie haben sich die Haushaltsmittel zur Förderung des öffentlichen Schutzraumbaus in den letzten zehn Jahren entwickelt?



Hubschrauber-Landeplatz auf Parkdeck

Um Verletzte – insbesondere Verkehrsunfallopfer – möglichst rasch klinisch betreuen zu können, werden immer häufiger Hubschrauber eingesetzt. Deshalb errichtete man jetzt ein neues Hubschrauber-Flugdeck direkt neben der Medizinischen Hochschule Hannover über einem vorhandenen Kraftwagen-Parkdeck, womit sich zugleich Geschoßzahl und Stellfläche verdoppelten. Das Flugdeck erlaubt gleichzeitiges, unabhängiges Starten und Landen von vier Rettungshubschraubern; es ersetzt einen Behelfsflugplatz auf dem Besucherparkplatz der Hochschule. Um die Aufstockung schnell bauen zu können und sie wartungsfrei zu halten, wählte man ein feuerverzinktes Stahltragwerk als Trägerrost auf Pendelstützen und Rahmen.

Das Flugdeck ist über eine Fußwegbrücke direkt mit der Rettungsstation verbunden.

Mehlstaubexplosion in Getreidemühle

Eine schwere Mehlstaubexplosion, die nach offiziellen Angaben die Wirkung einer Detonation von mindestens 20 Tonnen reinen Sprengstoffs hatte, legte die Roland-Mühle am Bremer Holz- und Fabrikhafen am 6. Februar 1979 in Schutt und Asche (Foto oben). In einer ersten Schadensübersicht befürchtete man 14 Todesopfer und 17 zum Teil schwer verletzte Mitarbeiter. Die Suche nach Opfern und Überlebenden dauerte mehrere Tage. Der Sachschaden soll 50 Millionen DM betragen. Das ZS-MAGAZIN wird über das verheerende Unglück noch ausführlich berichten.

Millionen-Schaden nach Gasexplosion

Die vermutlich durch starke Temperaturschwankungen ausgelöste Explosion einer Gasleitung auf der Elbbrücke in Hamburg hat für wahrscheinlich drei Monate den Verkehr auf dieser wichtigen Verkehrsverbindung lahmgelegt. Eine Fahrbahnseite wurde durch die Explosion am 10. Januar 1979 völlig zerstört (nebenstehendes Foto).

Erstmals: Smog-Alarm im Ruhrgebiet

Smog-Alarm der Stufe 1 mußte am 17. Januar 1979 zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik ausgelöst werden: Der zulässige Höchstwert von 0,8 Milligramm des giftigen Schwefeldioxids pro Kubikmeter Luft war am Morgen in mehreren automatischen Meßstationen überschritten worden. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Autos nicht zu benutzen. Für den Fall weiterer Giftkonzentrierung und Auslösung der Alarmstufe 2 (Fahrverbot zu bestimmten Zeiten) wurden in kritischen Regionen bereits Sperrtafeln und Barrieren vorbereitet. Unser Bild zeigt eine solche Barriere in Oberhausen-Sterkrade.

„Präsentes Zivilkorps" gefordert

Der CDU-Abgeordnete Herbert Werner hat die Schaffung eines „präsenten Zivilkorps" für den Einsatz bei Katastrophen gefordert. Im Zusammenhang mit dem Wintereinbruch in Norddeutschland erklärte er in Bonn, die Bundesrepublik brauche ein Zivilkorps für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, das sich aus freiwilligen und aus qualifizierten Zivildienstleistenden zusammensetzt. Zwar hätten, so der Politiker, die vorhandenen Zivilschutzorganisationen bisher immer ihr Bestes gegeben; die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser nichtpräsenten Organisationen, die auf freiwilliger Mitarbeit an Abenden und Wochenenden aufbauten, würden jedoch immer deutlicher. Und da die Bundeswehr primär keine Katastrophenbekämpfungstruppe sei, könne ein Einsatz für sie in gewissen politischen Situationen unmöglich sein.

Lawine forderte drei Menschenleben

Drei amerikanische Studenten kamen bei einem Lawinenunglück auf der Seegrube bei Innsbruck (Tirol) ums Leben.

Am Hang löste sich ein etwa 150 Meter breites Schneebrett, das nach Augenzeugenberichten zahlreiche Wintersportler in die Tiefe riß. Mehrere Verschüttete konnten sich selbst befreien, drei Menschen wurden verletzt. Für diesen amerikanischen Studenten kamen die Rettungsversuche durch Mund-zu-Mund-Beatmung (unser Bild) zu spät.

Thema Zivile Verteidigung im Deutschen Bundestag

Ein hoher Stellenwert

Sprecher aller drei Fraktionen und der Bundesinnenminister betonen die Bedeutung der Zivilen Verteidigung

Am 25. Januar 1979 wurde im Plenum des Deutschen Bundestages das Haushaltsgesetz 1979 beraten, und zwar in zweiter Lesung der Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern. Im Verlauf der Debatte wurden von den Sprechern aller drei Fraktionen im Deutschen Bundestag und dem Bundesminister des Innern auch Ausführungen zu dem Einzelplan 36 – Zivile Verteidigung – gemacht.

Der Einzelplan 36 enthält die Maßnahmen der Zivilen Verteidigung einschließlich Bundesamt für Zivilschutz, Akademie für zivile Verteidigung und Bundesverband für den Selbstschutz. Die Gesamtsumme beträgt für 1979 730,7 Millionen DM; 75,2 Millionen DM mehr als im Regierungsentwurf. Erhöht wurden die Mittel für den Erweiterten Katastrophenschutz: Für die Beschaffung von Fahrzeugen stehen z. B. 50 Millionen DM mehr als vorgesehen zur Verfügung.

Die Diskussionsbeiträge zu dem Komplex Zivile Verteidigung lassen erkennen, welche Bedeutung die Politiker den Problemen beimessen; das ZS-MAGAZIN veröffentlicht nachstehend die wesentlichen Äußerungen im Wortlaut.

Walther (SPD):

„. . . Wegen der wenigen mir noch verbleibenden Zeit kann ich zur Zivilverteidigung nur ein paar Worte sagen, obwohl ich weiß, daß das ein Lieblingsthema meines – soll ich sagen: neuhessischen? – Landsmannes Dregger ist. Die vom Haushaltsausschuß beschlossene Steigerungsrate von 11,5 % ist respektabel. Sie setzt neue Zeichen und hilft mit, insbesondere den Katastrophenschutz – gerade bei den Katastrophenschutzorganisationen bis hin zur Feuerwehr – und den öffentlichen Schutzraumbau exemplarisch zu verbessern . . ."

Dr. Wendig (F.D.P.):

„. . . Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in einem vorletzten Punkt einiges zum Problem der zivilen Verteidigung sagen. Diese Frage hat in den Haushaltsdebatten der letzten Jahre schon mehrfach eine große Rolle gespielt, und sie ist auch für die Fraktion der Freien Demokraten von großem Gewicht. Die Vorstellung und die Besorgnis, daß hier – da gehe ich sehr weit zurück – zehn Jahre hindurch zu wenig geschehen ist, sind nämlich, glaube ich, allgemein. Schon vor zwei Jahren habe ich bei demselben Anlaß an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Schutzraumgesetz von 1965 in den Jahren der Rezession 1966/67 durch das damalige Finanzplanungsgesetz – übrigens gegen die Stimmen der F.D.P. – revidiert worden ist. Aber lassen wir diesen Rückblick. Es gehört schon aus grundsätzlichen humanitären Gründen – und das ist unsere Position – zu den Aufgaben unseres Staates, einen Mindestschutz für den Bürger zu garantieren. Ein gut funktionierendes System der Zivilverteidigung ist überdies eine Voraussetzung dafür, daß die Bundeswehr in ihrem militärischen Auftrag glaubwürdig ist und bleibt.

Was in diesem Haushalt und in einem Vierjahresplan von 1979 bis 1982 insbesondere im Schutzraumbau und bei der Kfz-Beschaffung geschehen ist, hat mein Herr Vorredner schon gesagt. Ich kann hier nur hinzufügen, daß mit der Erhöhung um 11,5 % ein ganz entscheidender Einstieg in die Entwicklung in eine Richtung eingeleitet worden ist, die wir für notwendig halten. Aber für eine langfristig angelegte Gesamtkonzeption reicht das nicht aus. Auch wir, die Freien Demokraten, sind der Auffassung, daß sowohl bei der Wiederherstellung alter Schutzbauwerke als auch bei neuen öffentlichen Bauvorhaben die Möglichkeiten eines verbesserten Schutzes der Zivilbevölkerung erheblich verstärkt werden müssen. Wir begrüßen es daher, daß der Innenausschuß in Kürze auf der Grundlage des Berichts des Bundesinnenministers die zentralen Fragen der Zivilverteidigung eingehend erörtern wird. Dabei müssen wir aber auch prüfen, was heute und in Zukunft im Rahmen des Gesamthaushalts und der gesamtwirtschaftlichen Situation machbar ist. Wir würden nicht nur uns, sondern auch dem Bürger etwas vormachen, wenn wir gewissermaßen eine Totalsicherung in Aussicht stellten, die niemand in diesem Land garantieren kann.

Die Opposition hat im vergangenen Jahr einen Antrag zur Gesamtverteidigung vorgelegt, der vieles – ich betone das – von dem enthält, was ich unterstützen könnte. Ehrlicherweise muß man auch eine Erörterung über diesen Antrag in dem gesamtwirtschaftlichen und haushaltswirtschaftlichen Rahmen sehen, den ich soeben angedeutet habe.

Die zivile Verteidigung besitzt – ich betone es noch einmal – für uns Freie Demokraten einen hohen Stellenwert. Stellen wir uns gemeinsam auf den Boden der Realitäten, die ich bezeichnet habe, dann werden wir in den wichtigsten Teilbereichen der Zivilverteidigung das Mögliche bald verwirklichen können . . ."

Dr. Dregger (CDU/CSU):

„. . . Zweites Thema: Ziviler Bevölkerungsschutz, zivile Verteidigung, Gesamtverteidigung. In den Plenardebatten vom 21. Januar 1977 und vom 22. Juni 1977 haben wir diese Themen, die lange vernachlässigt worden sind, mit Nachdruck wieder in die Diskussion gebracht.

Wir sind damals von seiten der Regierung ohne Antwort geblieben. Weder der Kanzler noch der Innenminister haben sich damals dazu geäußert. Sie schwiegen. Aber ein Tabu war durchbrochen.

Herr Pawelczyk, der große Militärstratege der SPD-Fraktion, schämte sich damals nicht, die Forderung nach Schutz für die Zivilbevölkerung als den Übergang von der Kriegsverhütungs- zur Kriegsführungsstrategie zu diffamieren.

Sein Fraktionsvorsitzender Wehner merkte damals, daß diese Argumentation doch wohl allzu unglaubwürdig sei, und er gab grünes Licht zwar nicht zur Lösung des Problems und auch nicht zur Erarbeitung einer Konzeption zur Lösung des Problems – daß es nur schrittweise

gelöst werden kann, ist ohnehin klar –, aber doch zur Aufstockung des Etats – entgegen der ursprünglich beabsichtigten Verminderung – um 67 Millionen DM in diesem Jahre, die der Fahrzeugbeschaffung beim Katastrophenschutz dienen soll.

Das reicht in gar keiner Weise aus, um den Katastrophenschutz von der Bundeswehr unabhängig zu machen, die ja im Verteidigungsfall für diese Aufgabe nicht, so wie jetzt in Schleswig-Holstein, zur Verfügung stehen kann. Diese geringfügige Haushaltsaufstockung ersetzt schon gar nicht die Beantwortung der Fragen, die wir in unserem Antrag zur Gesamtverteidigung vom 16. November 1978 aufgeworfen haben und wozu Herr Kollege Wendig eben einen freundlichen Kommentar gegeben hat.

Um was geht es? Zur militärischen Verteidigung, die Sache der NATO ist, leisten wir in Gestalt der Bundeswehr einen respektablen Beitrag. Ein etwaiger Angriff auf unser Land träfe aber nicht nur die Streitkräfte, sondern in gleicher Weise auch die Zivilbevölkerung, die Wirtschaft, die öffentlichen Dienste, alles, was zum Leben und Überleben notwendig ist.

Die Zivilbevölkerung zu schützen und das Leben im zivilen Bereich aufrechtzuerhalten, ist nicht Sache der NATO; es ist unsere eigene Sache. Die Vorbereitungen dafür zu treffen, ist Sache der Bundesregierung.

Sie hat damit nicht das Bundesverteidigungsministerium beauftragt – was denkbar wäre, wofür vielleicht vieles spräche und was der Praxis anderer Länder Rechnung tragen würde. Bei uns sind die Zuständigkeiten geteilt: militärische Verteidigung beim Bundesverteidigungsministerium, zivile Verteidigung beim Bundesinnenministerium.

Beide Ministerien aufeinander abzustimmen, ein sachliches und finanzielles Gleichgewicht zwischen beiden Bereichen herzustellen, kann dieser organisatorischen Gliederung nur Aufgabe des Kabinetts und vor allem des Kanzlers sein. Aber der Kanzler kümmert sich nicht darum. Der Herr Bundeskanzler schweigt zu diesem Thema nicht nur in Bundestagsdebatten.

Hinweise, Herr Wendig, auf Versäumnisse früherer Regierungen reichen nicht aus. Die Regierung Adenauer konnte beide Aufgaben – die militärische und die zivile Verteidigung – nicht gleichzeitig anpacken.

Dafür waren die Widerstände insbesondere in den Reihen der SPD gegen beide Formen der Verteidigung zu groß.

Inzwischen ist die zivile Verteidigung notwendiger geworden, als sie zu Adenauers Zeiten war. Damals sicherten die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrem Nuklearmonopol den Frieden.

Seit die nukleare Parität hergestellt ist, hat sich die NATO-Strategie verändert – schon vor vielen Jahren –: aus der Strategie der massiven Abschreckung wurde die Strategie der flexiblen Abschreckung. Das heißt aber doch, daß die offizielle NATO-Doktrin den konventionellen Krieg auch in Europa als Möglichkeit – als eine natürlich zu vermeidende, aber leider nicht auszuschließende Möglichkeit – in ihr Konzept eingeplant hat.

Dafür gibt es aber, obwohl diese Strategie der flexiblen Abschreckung schon als Uralt-Strategie zu bezeichnen ist, in unserem Land praktisch keine nennenswerten Vorbereitungen. Es gibt so gut wie keine Schutzräume für die Bevölkerung. Es gibt keine ausreichende Sicherstellung der ärztlichen Versorgung.

Es gibt keine nennenswerten Nahrungsmittelreserven. Außerhalb des militärischen Bereichs gibt es so gut wie nichts.

Es gibt auch keine Abgrenzung zwischen der Verantwortung des Staates und der des einzelnen. Dem Bürger wird nicht gesagt, auf welche Hilfe er rechnen kann und wofür er selbst sorgen muß. Es ist doch geradezu peinlich, wenn nicht wenige Bürger sagen: Kanzleramt und Ministerien sorgten für eigene Schutzräume; für den Schutz der Bevölkerung scheinen sie sich nicht zu interessieren.

Das sagen die. Welche Antwort wollen Sie geben?

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion so verhielten – was sie nicht tun –, könnte man das noch verstehen. Diese beiden Großmächte werden kaum Schauplatz eines konventionellen Krieges sein, und vor dem nuklearen schützt sie mit hoher Wahrscheinlichkeit das Gleichgewicht ihrer nuklearen Drohkapazität. Für ein Land jedoch, das nach der Offensivstrategie des Ostens wie nach der Defensivstrategie des Westens bei Ausbruch eines Krieges – den Gott und kluge Politik verhindern mögen – Hauptkriegsschauplatz werden würde, ist ein derartiger Mangel an Vorsorge geradezu abenteuerlich.

Dieser Mangel entwertet auch weitgehend die militärische Verteidigung – das hat Herr Wendig ebenfalls zu Recht gesagt –, da es in einem von einem Krieg unmittelbar betroffenen Land ohne zivile Verteidigung keine militärische geben kann. Das ginge allenfalls mit einer Söldnerarmee, mit einer Fremdenlegion, der das Schicksal der Zivilbevölkerung gleichgültig ist, aber es geht nicht mit einer Wehrpflichtarmee.

Um es auf eine einfache Formel zu bringen: eine Bundeswehr, die sich nicht auf eine funktionierende Zivilverteidigung stützen kann, kann nicht kämpfen. Eine Bundeswehr, die nicht kämpfen kann, kann auch nicht abschrecken. Eine Bundeswehr, die nicht abschrecken kann, kann auch nicht den von ihr erwarteten Beitrag zur Friedenssicherung leisten.

Ich greife auf, was ich zu Beginn sagte: sich der Pflicht zur Zivilverteidigung zu unterziehen, ist nicht gerade populär.

Alles, was hierüber gesprochen und hierzu getan wird, wird von denen, die diesen Staat zerstören oder ihn der Hegemonie der Sowjetunion unterstellen wollen, mißdeutet. Die Stichworte dazu werden ja leider auch aus den Reihen des Bundestages geliefert.

Diese Pflicht zu erfüllen, steht nicht in der Macht der Opposition. Auch die Regierung allein wird es nicht können. Aber Regierung und Opposition gemeinsam werden es können. Wir sind bereit, im Interesse des Friedens und der Freiheit unseres Volkes der Regierung bei der Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe zu helfen. Wenn doch die damalige Regierung, als Sie in der Opposition waren, eine solche Unterstützung von der Opposition angeboten erhalten hätte!

Ich kann Ihnen daher nur die Bitte vortragen, meine Damen und Herren von der Regierung und der Koalition, die Chancen zu nutzen, die Ihnen die Opposition mit ihrem Antrag vom 16. November 1978 geboten hat, den wir ja demnächst im Plenum debattieren werden . . ."

Baum, Bundesminister des Innern (F.D.P.):

„. . . Meine Damen und Herren, ich komme zu dem zivilen Bevölkerungsschutz, den Herr Dregger hier in die Debatte eingeführt hat. Herr Dregger, damit kein Mißverständnis entsteht: Ich begrüße es, daß wir dieses Thema behandeln, und bin der Meinung, daß es hier noch eine ganze Reihe offener Fragen gibt, die wir besprechen müssen.

Eines können Sie uns aber nicht vorwerfen: daß nämlich diese Regierung geschwiegen und kein Konzept vorgelegt hätte. Sie hat eines vorgelegt, das wissen Sie ganz genau, über das wir jetzt diskutieren müssen. Es geht auch nicht

an, Herr Dregger, daß man in diesem Saale große Forderungen aufstellt, im Haushaltsausschuß aber dazu schweigt, keine Anträge stellt und keine Deckungsvorschläge macht.

Ich bin mit Ihnen, Herr Dregger, voll der Meinung: Ohne Zivilschutz kann die militärische Verteidigung nicht voll wirksam sein. Wir beide wissen, daß ein Vollschutz nicht möglich ist, daß wir Prioritäten setzen müssen. Wir werden bei der Behandlung der Großen Anfrage Gelegenheit haben, darüber eingehend zu sprechen.

Wir sind auch der Meinung, daß es nicht bedeuten kann, nur mit gesetzlichen Maßnahmen vorzubeugen, sondern daß der einzelne Bürger seiner Verpflichtung nicht enthoben ist, selbst Vorsorge zu treffen . . .

Ich möchte mal wissen, was Sie zu diesem Thema bisher in diesem Hause beigetragen haben. Gar nichts, auch nicht zum nächsten Thema . . ."

Gerster (Mainz; CDU/CSU):

„. . . Lassen Sie mich nun zu dem Thema kommen, das ich mir an sich vorgenommen hatte, zur Frage der zivilen Verteidigung. Herr Dr. Dregger hat hier bereits auf die Notwendigkeit einer Verbindung von militärischer und ziviler Verteidigung hingewiesen. Er hat vor allen Dingen deutlich gemacht, daß ein effektiverer Zivilschutz dringend geboten ist.

Die zivile Verteidigung führte in den letzten Jahren – das müssen wir auch uns selbst vorhalten – auch in diesem Hause ein Schattendasein. Experten wissen, daß sich die Einsatzbereitschaft im zivilen Katastrophenschutz von Jahr zu Jahr verschlechtert hat. Notwendige Investitionen konnten nicht getätigt werden. Ein zunehmender Anteil der Gerätschaften und Fahrzeuge veraltete und stand, wie Sie selbst wissen, teilweise nur auf dem Papier. Dies ist die Lage.

Heute ähnelt die zivile Verteidigung einer Ruine ohne Dach, stehend auf morschen Pfeilern. Bereits eine leichte Katastrophe könnte dieses Gebäude zum Einsturz bringen.

Wir haben nun erfreulicherweise für das Jahr 1979 nach langen Jahren der Stagnation oder – wenn man die jeweiligen Inflationsraten berücksichtigt – sogar des Rückgangs erstmals wieder eine Aufbesserung der Haushaltsmittel um rund 12 % gegenüber dem Ansatz von 1978 und sogar um 18 % gegenüber den vorläufigen Ist-Zahlen von 1978. Das ist in der Tat eine positive Entwicklung.

Nur arbeitet die Regierung natürlich auch hier mit doppeltem Boden. Herr Bundesinnenminister, wenn Sie sich draußen damit brüsten, daß Sie 1979 mehr für die Zivilverteidigung tun wollen, fügen Sie doch bitte freundlicherweise hinzu, daß Sie als Bundesinnenminister am allerwenigsten mit dieser Erhöhung zu tun haben. Denn es war doch die Bundesregierung gewesen, die vorgeschlagen hatte, für 1979 eine Kürzung vorzunehmen, und es waren doch die Kollegen des Haushaltsausschusses, denen man nachsagt, daß sie einen besonderen Sparwillen haben und eine aktive Spartätigkeit ausüben, die etwas getan haben, wozu die Regierung nicht in der Lage war:

nämlich eine klare Priorität zu setzen, eine klare Priorität zugunsten dieser Zivilverteidigung und zugunsten dieser notwendigen Zukunftsaufgaben, die uns alle bedrängen. Herr Bundesinnenminister, Sie sind am allerwenigsten berechtigt, sich damit zu brüsten, daß Sie mehr für die Zivilverteidigung getan hätten.

Nun muß man in diesem Zusammenhang auch die Frage ansprechen, was denn mit diesen um insgesamt rund 80 Millionen DM erhöhten Haushaltsmitteln getan werden kann. Um es klar vorauszuschikken: Diese Mittelverstärkung wird die Probleme der Zivilverteidigung nicht im geringsten lösen können. Damit können in der Vergangenheit unterbliebene Beschaffungsmaßnahmen nachgeholt werden, und damit kann einer weiteren Schwächung des Zivil- und Katastrophenschutzes, allerdings nur in Teilbereichen, entgegengewirkt werden. Es handelt sich um nicht mehr als eine Notmaßnahme.

So stehen – gestatten Sie mir, daß ich einmal auf eine Einzelheit eingehe, um die Situation darzustellen – derzeit für den Zivil- und Katastrophenschutz nach einer Berechnung des Bundesinnenministeriums 12 100 Einsatzfahrzeuge zur Verfügung, und zwar, wie gesagt, für den gesamten Zivil- und Katastrophenschutz, soweit der Bund ihn zu verantworten hat.

Meine Damen, meine Herren, ab 1979 müssen nach Angaben des gleichen Innenministeriums von diesen etwas über 12 000 Fahrzeugen rund 8700, d. h. etwa drei Viertel, ausgesondert werden, weil sie älter als 15 Jahre sind und nicht mehr benutzt werden können. Mit den 75 Millionen DM Mehrbetrag in den Haushaltsansätzen für 1979 können wir gerade rund 650 neue Fahrzeuge und 20 Anhänger beschaffen.

Das zeigt, daß es eine kleine Hilfe, eine kleine Erleichterung ist; mehr ist es nicht.

Die zweite Erhöhung betrifft die Neuschaffung von Hilfskrankenhäusern. Hier konnten wir die bescheidene Summe von 8,3 Millionen DM – Sie haben richtig gehört: für Hilfskrankenhäuser standen ganze 8,3 Millionen DM bereit; dafür kann man gerade ein paar Krankenzimmer bauen – auf 9,8 Millionen DM erhöhen. Das ist eine ganz leichte Aufbesserung, die, wie Sie wissen, auch hier das Problem nicht löst, ebenso wie wir im dritten Bereich für das THW zwar eine leichte Mittelverbesserung aufnehmen konnten, aber auch hier keinesfalls zu einem echten Durchbruch kommen werden.

Deswegen, meine Damen, meine Herren von der Koalition, empfehle ich Ihnen – das gilt auch für Sie, Herr Minister Baum, von der Bundesregierung –, den Mund nicht zu voll zu nehmen. Es sind kleine, notwendige Schritte. Mehr wird in diesem Bereich auch im nächsten Jahr nicht geschehen.

Wie hilflos die Bundesregierung im Zivilschutz ist, beweist ein sehr deutliches Beispiel, nämlich die Weiterentwicklung des Schutzraumbaus. Diese Bundesregierung redet seit Jahren davon, es müsse mehr für den Schutzraumbau getan werden. Im Haushaltsausschuß war Bereitschaft, hierfür mehr Mittel bereit zu stellen. Die Antwort der Bundesregierung war, sie habe für 1979 überhaupt keine Pläne, sie könne auch nicht rechtzeitig Baupläne beschaffen, es könne also überhaupt nicht mehr Geld ausgegeben werden . . .

Bezüglich der Lebensmittelbevorratung haben wir im Haushaltsausschuß versucht, zu erfahren, wie lange die Lebensmittel in einer Katastrophe, in einem Notfall denn für die gesamte Bevölkerung ausreichten. Die Antwort konnte nicht gegeben werden. Es sind uns Tonnen- und Zentnerangaben über irgendwelche Lebensmittel gemacht worden, aber es war keine Antwort auf die Frage möglich, wie lange diese Nahrungsmittel überhaupt reichen werden.

Lassen Sie mich hier, meine Damen, meine Herren, an zwei Beispielen die Hauptprobleme der Zivilverteidigung ansprechen.

In der zivilen Verteidigung, im Katastrophenschutz, im Zivilschutz arbeiten Bund und Länder wirksam zusammen. Das sieht in der Praxis so aus, daß die Länder und Gemeinden für den friedensmäßigen Katastrophenschutz rund 400 000 Helfer zur Verfügung zu stellen haben, Helfer, die aber auch in einem V-Fall, in einem Kriegsfall eingesetzt werden könnten. Der Bund hat seinerseits 200 000 Helfer zur Verfügung zu stellen, die für den Ernstfall ausgebildet und ausgestattet sind, aber auch bei schweren Katastrophen im Friedensfall eingesetzt werden können.

Die wirkliche Relation zwischen Bund und Ländern muß man sich einmal genauer ansehen. Im Jahre 1977 haben Länder und Gemeinden für den zivilen Katastrophenschutz insgesamt 1,8 Milliarden DM ausgegeben. Die Aufwendungen des Bundes erreichen nicht einmal 10 % der Aufwendungen von Ländern und Gemeinden. Länder und Gemeinden sind ihrer Pflicht nachgekommen. Sie haben die 400 000 freiwilligen Helfer aufstellen können. Sie stehen für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zur Verfügung. Sie stehen als Hilfskräfte zur Sicherung für einen Ernstfall zur Verfügung.

Nicht so ist es beim Bund. Der Bund hat von seiner Sollzahl von 200 000 Helfern überhaupt nur 135 000 erreicht.

Das sind 67,5 % Selbst diese sind nicht einmal angemessen ausgestattet. Meine Damen, meine Herren, diese Lücken gerade bei den Einheiten des Bundes werden sich nicht nur im Verteidigungsfall bemerkbar machen, sie sind bereits bei Naturkatastrophen in der jüngsten Vergangenheit, also im Frieden, spürbar geworden.

Ich frage Sie, Herr Bundesinnenminister: Wie wollen Sie eigentlich Leistungen der Länder fordern, wenn Sie selbst nicht in der Lage sind, Ihre eigenen Pflichtaufgaben zu erfüllen?

Ich frage Sie weiter: Mit welchem guten Gewissen können Sie eigentlich das von Herrn Dr. Dregger bereits angesprochene Defizit im Bereich des Schutzraumbaus ansehen? Vielleicht ist Ihnen entgangen, daß in der Bundesrepublik Deutschland fast 60 Millionen Menschen leben. Für diese fast 60 Millionen Menschen stehen insgesamt nur 1,818 Millionen Schutzraumplätze zur Verfügung. Das sind Schutzräume für genau 3 % der Bevölkerung. Herr Bundesinnenminister, ist Ihnen bekannt, daß in anderen westlichen Staaten, die nicht in dieser militärstrategisch zentralen Lage liegen, bis zu 80 % der Bevölkerung in Schutzräumen untergebracht werden können? Welche Chancen wurden hier in der Vergangenheit versäumt! Wo wurden die Möglichkeiten beim U-Bahn-Bau, bei öffentlichen Parkhäusern und bei Privathäusern genutzt? Warum sind diese unwiederbringlichen Chancen vorbeigegangen?

Ich frage Sie, Herr Minister: Sollen Schutzräume eigentlich nur für besonders Privilegierte, etwa für die Bonzen, zur Verfügung stehen, oder ist es dem Zufall überlassen, wer im Ernstfall einen Schutzraumplatz bekommen wird?

Dies sind nur zwei Beispiele, die deutlich machen, daß es im Bereich der Zivilverteidigung vieles zu beanstanden gibt, daß wir von einem gigantischen Unternehmen zwar von Zeit zu Zeit von der Bundesregierung hören, daß die Praxis aber ganz anders aussieht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hierzu noch drei Bemerkungen anschließen. Die Westeuropäische Union

Programm des XII. CTIF-Symposiums

vom 8. – 10. Mai 1979 in Stockholm

Montag, 7. Mai 1979

9 Uhr: Nationales Symposium des Schwedischen Brandschutzvereines über Brandrisiken.

Dienstag, 8. Mai 1979

10.30 Uhr: Eröffnungsfeier der Ausstellung „Schutz 79"

Mittwoch, 9. Mai 1979

9 Uhr: Eröffnung des XII. Internationalen Symposiums des CTIF

9.30 Uhr: Beginn des Symposiums

Fachgebiet: „Wissenschaft und Forschung"

Thema:

Derzeitiger Stand des Brandschutzes zur Prüfung und Anwendung brennbarer Stoffe, besonders von Holz, Polymer und Kunststoffen, bei Bauwerken.

Hauptreferat gehalten von Herrn Teslenko, Brandschutz-Akademie der UdSSR, Moskau

Korreferate: Vertreter der Nationalen Komitees von Frankreich, Italien, Spanien und Ungarn.

14 Uhr: **Fachgebiet: „Vorbeugender Brandschutz"**

Thema: Vorbeugender Brandschutz in Gebäuden mit mehr als 10 Stockwerken.

Hauptreferat: Nationales Komitee Polen

Korreferate: Nationale Komitees der Bundesrepublik Deutschland, England, Italien, Österreich, Rumänien, Spanien.

Im Anschluß an diesen Fachvortrag besteht für die Teilnehmer am Symposium die Gelegenheit, die im Ausstellungsgelände aufgestellte Alarmzentrale der Feuerwehren für Ostschweden zu besichtigen.

Donnerstag, 10. Mai 1979

9 Uhr: **Fachgebiet: „Feuerwehren"**

Thema: Ausbildungsmethoden in Einsatztaktik und Einsatzführung für Führungskräfte der Feuerwehren.

Hauptreferat: Nationales Komitee von Großbritannien

Korreferate: Nationale Komitees von DDR, Dänemark und Bundesrepublik Deutschland

14 Uhr: **Fachgebiet: „Brandbekämpfung"**

Thema: Rettungsgeräte und Rettungsmethoden bei Hochhäusern und Gebäuden mit starkem Publikumsverkehr.

Hauptreferat: Nationales Komitee Bundesrepublik Deutschland

Korreferate: Nationale Komitees von Österreich und Spanien.

20 Uhr: Schlußveranstaltung im Restaurant des Messe- und Konferenzzentrums.

Freitag, 11. Mai 1979

9 Uhr: Nationales Symposium des Schwedischen Brandschutzvereins.

Informationen zum Symposium

1. Die Fachvorträge des Symposiums des CTIF finden im Konferenzgebäude des Messe- und Konferenzzentrums Stockholm, Saal K 2, statt. Vorträge und Diskussionen werden in den offiziellen Sprachen deutsch, französisch, englisch, russisch und schwedisch simultan übersetzt.

2. Durchführung des Symposiums

Die Gesamtleitung des Symposiums hat der Leiter des Symposiums, Präsident Albert Bürger (Bundesrepublik Deutschland).

Die Fachgebietsleiter leiten die Sitzungen ihrer Fachgebiete. Sie geben einleitend einen kurzen Überblick über das Thema und seine Abhandlung, leiten die Diskussion und ziehen abschließend die Bilanz aus der Sitzung. (Siehe auch Seite 50 – DFV.)

hat bereits im Jahre 1962 gefordert, daß das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Verteidigung 1:20 betragen sollte. In dem gleichen Jahr 1962 war die Relation in der Bundesrepublik Deutschland 1:19. In der Zwischenzeit ist diese Relation etwa auf 1:65 angestiegen. Das heißt, im Bereich der militärischen Verteidigung sind die Investitionen, natürlich auf Grund der Verpflichtungen innerhalb der NATO, fortgeschrieben worden, und im Bereich der zivilen Verteidigung, die innerhalb der NATO nicht vertraglich angebunden ist, sind die entsprechenden Anstrengungen unter die Räder gekommen. Es wird notwendig sein, daß wir auf Dauer eine Konzeption entwickeln, wie die zivile Verteidigung den Entwicklungen im Bereich der militärischen Verteidigung angepaßt werden kann.

Es wurde bereits angesprochen, daß hier die Christlich Demokratische Union eine Gesamtkonzeption vorgelegt hat, die unsere Kollegen aus dem Bereich der Innenpolitik unter der Leitung des Kollegen Paul Gerlach sehr sorgfältig erarbeitet haben. Herr Minister, da Sie bisher jegliche Antwort auf diese Konzeption schuldig geblieben sind, fordere ich Sie auf, zu diesen zwölf konkreten Vorstellungen baldmöglichst Stellung zu nehmen, Antwort zu geben und Rede und Antwort zu stehen. Ich hätte erwartet, daß Sie heute die Gelegenheit genutzt hätten, zu diesen Fragen, die Ihnen seit Monaten bekannt sind, und zu diesen Vorstellungen konkret Stellung zu nehmen und nicht darum herumzureden.

Die CDU/CSU erwartet glaubwürdige Antworten auf diese zwölf brennenden Fragen. Diese Fragen sind deshalb so brennend – lassen Sie mich das als vorletzten Gedanken äußern –, weil das Problem der zivilen Verteidigung für uns eines der drängendsten Probleme überhaupt ist. Ohne Schutz der Zivilbevölkerung ist bei der geographischen und machtpolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland eine auf Friedenssicherung gerichtete militärische Abschreckung unglaubwürdig. Wie können wir einem Gegner deutlich machen, daß wir bereit und in der Lage sind, unser Land zu verteidigen, und daß sich daher ein Angriff auf dieses Land nicht lohnt, wenn der Gegner weiß, daß unsere Zivilbevölkerung einem Angriff nahezu schutzlos ausgeliefert wäre? Wie können wir einem Gegner klarmachen, daß wir einem bewaffneten Angriff standhalten würden, wenn er weiß, daß die Versorgung im Lande nicht sichergestellt ist?

Und wie können wir von der Jugend dieses Landes den Willen zur militärischen Verteidigung fordern, wenn sie an der Front damit rechnen müßte, daß ihre liebsten Verwandten im Hinterland dabei draufgingen?

Herr Bundesminister, angesichts des derzeitigen Zustandes der Zivilverteidigung frage ich mich: Wie können Sie eigentlich ruhig schlafen? Sie dürften dies eigentlich nicht; denn die zivile Bevölkerung ist heute für einen Ernstfall, den wir alle nicht erhoffen, der aber dennoch kommen kann, nicht ausreichend geschützt.

Meine Damen, meine Herren, zivile Verteidigung ist Vorsorge für den Ernstfall und damit eine zentrale Frage für die Existenzsicherung unseres Volkes. Während Länder und Gemeinden ihren Aufgaben im Rahmen des Katastrophenschutzes nachkommen, hat der Bund seine Pflichten im Rahmen der zivilen Verteidigung nicht erfüllt . . .

Trotz der Erhöhung der Haushaltsmittel in diesem Jahr wird auch in diesem Jahr keine entscheidende Verbesserung eintreten. Die CDU/CSU lehnt daher den Einzelplan 36 und damit die Politik der Bundesregierung und speziell die Politik des Innenministers in diesem Bereich ab."

Dr. Gruhl (fraktionslos):

„. . . Damit komme ich zu einem Problem von viel gewaltigeren Dimensionen. Der Kollege Dregger hat heute die schon gestern diskutierte Frage wieder aufgeworfen, wie es denn mit dem Rückgang der Bevölkerung stehe. Die spezielle Frage lautete dann – von anderen Sprechern auch schon gestellt –, wie denn die Bevölkerung im Kriegsfall zu schützen sei. Herr Dregger sagte wörtlich:

Der Mangel an Vorsorge ist abenteuerlich. Er ging davon aus, daß unser Land immerhin Schauplatz eines konventionellen Krieges werden kann. In diesem Fall ist aber das Atomprogramm der Opposition und der Bundesregierung ebenso abenteuerlich. Das muß doch festgestellt werden, wenn wir schon von Zivilschutz reden wollen. Der nordrheinwestfäliche Minister Farthmann hat vor ungefähr zwei Jahren gesagt, er zweifle daran, daß die Bundesrepublik Deutschland im Kriegsfalle überhaupt verteidigt werden könne – eben wegen der zahlreichen Bestückung mit Atomkraftwerken –; trotzdem hat er keine Hemmungen, weitere Atomkraftwerke zu genehmigen.

Ich spreche von einem konventionellen Krieg, in dem solche Werke mit konventionellen Waffen durchaus zerstört werden können. Wie will man denn dann die Zivilbevölkerung schützen, wenn in unserem Land 50, 100 oder im nächsten Jahrhundert noch mehr als 100 Werke stehen, wie ja von vielen Seiten immer noch angenommen und geplant wird? Wenn man von Zukunftsperspektiven spricht, sollten auch diese Probleme berücksichtigt und überlegt werden. Das ist Zukunftspolitik. Das sollte die Opposition dann ebenso tun wie die Bundesregierung . . ."

Dr. Nöbel (SPD):

„Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Klarstellungen zu den flotten Bemerkungen der Oppositionsvertreter zum Einzelplan 36, zivile Verteidigung. Nur auf diesen Punkt möchte ich zurückkommen.

Es ist schon äußerst merkwürdig, daß der Herr Kollege Gerster als zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuß keinen einzigen Änderungsantrag gestellt hat. Das hätten Sie in Konsequenz eigentlich machen müssen, wenn Sie hier heute diesen Einzelplan ablehnen. Im Innenausschuß sind Sie nie dabei gewesen, auch nicht in der Arbeitsgruppe ‚Zivilschutz' des Innenausschusses. Auch Herrn Dr. Dregger habe ich noch bei keiner konkreten Fachberatung in diesen Gremien gesehen.

Deshalb ist festzustellen, daß der große Bogen, der hier gespannt wurde, nämlich die Gesamtverteidigung, keine Erfindung der heutigen Opposition ist. Vielmehr haben Sie 1963, als Sie führende Regierungspartei waren, den bis dahin gemeinsamen Weg verlassen. Tatsache ist, daß nur durch das jahrelange Drängen der SPD-Fraktion – der damaligen Opposition – es möglich wurde, daß 1965 endlich Gesetze verabschiedet werden konnten, so z. B. das Schutzraumgesetz, so das Selbstschutzgesetz.

Aber 1966 trat nichts in Kraft, weil die von Herrn Erhard geführte Regierung das Geld nicht besaß, das sie im Wahlkampf als vorhanden angegeben hatte. Mit dem damaligen Haushaltssicherungs- und Finanzänderungsgesetz wurden die Mittel für die zivile Verteidigung von der CDU/CSU um mehr als 400 Millionen DM gekürzt. Wer heute meint, dies sei ja nun 13 Jahre her, der muß wissen, was diese Katastrophe von 1966 für den Katastrophenschutz bedeutet. Alte Versäumnisse seit der Wiederaufbauphase der Bundesrepublik sind nicht ohne weiteres wettzumachen . . .

Ich gehe nur auf diese historischen Dinge ein, weil sie hier fälschlich dargestellt werden. Schon 1966 war es für Schutzbaumaßnahmen ganz großen Stils, wie Sie sie heute fordern, zu spät.

Ich möchte Ihnen einmal einen Satz zitieren:

Wir sollten uns aber auch in Zukunft hüten, auf dem Gebiete des zivilen Bevölkerungsschutzes Fehlinvestitionen vorzunehmen . . . Wir sollten uns im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse darüber unterhalten, ob wir den Luftschutzbau dadurch unmöglich machen wollen, daß wir dem Staat die volle Last aufbürden, eine Last, die er in diesem Umfang jedenfalls kurzfristig nicht tragen kann.

Ende des Zitats. Wissen Sie, wer das gesagt hat? Wir führen ja heute hier eine Haushaltsdebatte. Das hat am 15. April 1964 der heutige Vorsitzende des Haushaltsausschusses von dieser Stelle aus vorgetragen.

Was haben wir gemacht? Die Steigerungsrate, die schon angesprochen worden ist, von 11,5 %, die also 3,7 % über der Steigerung des Gesamthaushaltes liegt und eine erfreuliche Entwicklung darstellt, ist auf unsere Initiative, auf die Initiative der SPD-Fraktion, zurückzuführen, deren Finanzsonderprogramm ist im Innen- und im Haushaltsausschuß einhellig gebilligt worden. Das ist die Wahrheit.

Dies bedeutet konkret die zusätzliche Mittelbewilligung von 75 Millionen DM für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen.

Insgesamt stehen also 123,5 Millionen DM in 1979 zur Verfügung, dazu Verpflichtungsermächtigungen für 1980 in Höhe von weiteren 95 Millionen DM.

Herr Kollege Gerster, in einem Punkt wollten Sie nun ins Detail gehen. Sie bezogen sich auf eine Zusammenstellung des Innenministeriums: Bestand an Fahrzeugen rund 12 100. Davon, so sagten Sie, 1979 wegen Überalterung –

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Ab 1979!)

– Das haben Sie nicht gesagt.

– Gut, ich bin bereit, dies zu korrigieren, wenn es ein Mißverständnis sein sollte. Aber gerade unser Programm orientiert sich an den Realitäten. Wir werden 1979 in der Lage sein, ausreichende Ersatzbeschaffungen vorzunehmen.

Des weiteren hat die Bundesregierung nach Abschluß der Arbeiten des Staatssekretärsausschusses rund 20 Millionen DM zusätzlich für den Schutzraumbau eingesetzt, zur Hälfte für Altbunkersanierung und zur Hälfte für die Einrichtung neuer Schutzräume. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 15 Millionen DM für 1980, bis 1982 insgesamt 86 Millionen DM. Ferner sind die Mittel für Hilfskrankenhäuser um 1,5 Millionen DM aufgestockt worden.

Öffentlicher Schutzraumbau und die Schaffung von Hilfskrankenhäusern erhalten dadurch entscheidende neue Impulse. Da wir bereits auf Grund unserer Initiative im letzten Jahr eine Aufstokkung um 28,9 Millionen DM erzielen konnten, rückt die Steigerungsrate von 11,5 % gegenüber dem Haushaltsansatz des letzten Jahres natürlich in ein noch besseres Licht.

Zweitens stelle ich fest: Die Opposition hat diesem Programm zugestimmt. Sie war trotz ihrer Kritik draußen und hier im Plenum bisher nicht in der Lage, konkrete Alternativen dort einzubringen, wo sie hingehören, nämlich im Innenausschuß.

Konkrete Alternativen haben Sie nicht vorgelegt. Bei ihrer schließlichen Zustimmung zu unserem Programm – warum haben Sie denn zugestimmt, wenn alles das zutrifft, was Sie hier behaupten? – brachte die Opposition nur einen Zusatzantrag – das ist die Wahrheit – zur Aufstockung der Mittel für die Nahrungsmittelreserve um 10 Millionen DM ein. Dabei hat sie wahrscheinlich übersehen, daß wir hier bereits von 4,5 Millionen DM auf 13 Millionen DM aufgestockt haben.

Ich kann Ihnen sagen, wie die Notversorgung, die Lebensmittelbevorratung, aussieht. Auf Grund der EG-Bestände, die Sie nie einkalkulieren, ist die Notversorgung für 22 Tage gesichert. Das ist der neueste Stand. Es geht hier also zunächst nicht um Mittelerhöhung, sondern um Prüfung der Effizienz. Wir können uns nicht dazu hergeben, Mittel auf die hohe Kante zu legen, die dann nicht zweckentsprechend ausgegeben werden können.

Dies gilt auch für die Ersatzbeschaffung von Spezialfahrzeugen, und zwar wegen der vorgegebenen Kapazitätsbegrenzung der Herstellerfirmen. Herr Gerlach, Sie wissen wie ich: Wegen der Kapazitätsbegrenzung der Spezialfirmen, der Herstellerfirmen, ist es einfach nicht möglich, noch mehr Mittel für die Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen in den Etat dieses Jahres einzusetzen.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Gerlach?

Dr. Nöbel (SPD): Bitte schön.

Gerlach (Obernau) (CDU/CSU): Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, daß wir auch einen Antrag gestellt haben, die Mittel für den Schutzraumbau um 50 Millionen DM zu erhöhen? Sie haben vorhin davon gesprochen und ihn zu Ihrem Antrag umgemünzt. Würden Sie mir gleichzeitig zustimmen, daß die EG-Vorräte, die sich auf den Butterberg und auf Milchpulver beziehen, in keiner Weise ausreichen, um das darzustellen, was unter einem Katastrophen- und Notvorrat zu verstehen ist?

Dr. Nöbel (SPD): Herr Kollege Gerlach, es gibt eine Zusammenstellung des Ernährungsministeriums, die ich Ihnen zur Verfügung stellen kann. Aus ihr werden Sie ersehen können, daß das, was ich hier behaupte, stimmt.

Zu der Aufstockung der Mittel für den Schutzraumbau: Das ist zunächst unser Antrag gewesen, und wir haben uns nachher darauf geeinigt. Da beim Schutzraumbau die Planungen und Forschungsergebnisse noch aufeinander abzustimmen sind und die Arbeiten auch mit mehr Mitteln in diesem Jahr nicht fortgeführt werden können, haben wir uns auf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 15 Millionen DM für das Jahr 1980 geeinigt. Sie haben da mitgezogen. Unser Programm liegt mir hier vor, da steht es drin. Im übrigen sollten wir uns freuen, wenn wir bei dieser schwierigen Materie gemeinsam etwas zustande bringen.

Im Schutzraumbau kann nicht mehr geschehen, als die Planungen vorsehen. Es kann aber die Sanierung von Altbunkern weiter forciert werden. Nebenbei bemerkt: Diese Maßnahme ist auch unter städtebaulichen Gesichtspunkten interessant – und zudem noch billiger als Neubauten.

Drittens. Daß dieser unter wesentlicher Mithilfe der SPD-Fraktion im Bundestag eingeschlagene Weg der Regierung der richtige ist, behaupten nicht nur wir allein. Unter anderem hat der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes mitgeteilt – ich darf zitieren –:

An der Wende des Jahres stellt das Deutsche Rote Kreuz mit Befriedigung fest, daß nach einer langen Zeit, in der die Entwicklung des erweiterten Kata-

strophenschutzes stagnierte, durch das vom Bundestag beschlossene Sonderprogramm ein wesentlicher Schritt für den weiteren Ausbau dieses wichtigen Bereiches getan worden ist. Das Deutsche Rote Kreuz würdigt dieses Sonderprogramm in Kenntnis der Tatsache, daß die öffentlichen Haushalte überlastet sind.

Bedankt haben sich auch der Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes, der Arbeiter-Samariter-Bund und auch der Deutsche Feuerwehrverband als Repräsentant der – das möchte ich hier einmal sagen – besten Feuerwehren in der ganzen Welt.

Wer bei aller berechtigten Kritik, die wir teilen – gerade deshalb engagieren wir uns so stark –, sozusagen ein Chaos auf diesem wichtigen Sektor herbeireden will, trifft nicht zuletzt die 1,2 Millionen freiwilligen Helfer in diesen Organisationen.

Ihre Forderung, die im Januar durch die Presse gegeistert ist, nach einem Zivilschutzkorps – und das auch noch mit dem Hinweis auf die Leistungsgrenzen unserer freiwilligen Organisationen – geht an deren Grundsubstanz. Entsprechend versteht man dort Ihren Vorschlag, Herr Kollege Gerster.

Wer die sozialliberale Regierung treffen will, muß sich sagen lassen, daß der Grundstein für die heutigen Probleme Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre gelegt wurde . . .

Ich verfalle dabei nicht in den Fehler, nicht zuzugeben, daß auch die sozialliberale Regierung mehr hätte durchsetzen können. Aber bedenken Sie, daß das Gesetz über den erweiterten Katastrophenschutz erst 1968 verabschiedet wurde. Der friedensmäßige Katastrophenschutz ist Sache der Länder.

Bis zum heutigen Tage haben erst sieben Bundesländer – und dies erst in den letzten Jahren – entsprechende Landeskatastrophenschutzgesetze verabschiedet. Auch das sollten Sie bedenken.

Ich kann nicht auf die Leistungen in der Katastrophenmedizin, auf die Leistungen der hervorragenden Wissenschaftler in der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern, auf die beispielhaften Erfolge unserer Rettungshubschrauber – sie dürfen nicht vergessen werden –, die erfolgreichen Bemühungen des Innenministers in Zusammenarbeit mit den Ländern um eine Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften eingehen. Wir werden in Kürze hier die Diskussion darüber zu führen haben – aber bitte nicht über schöne Modelle, sondern über praktikable, realisierbare Vorschläge."

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist eine Planstelle des gehobenen Dienstes bei der BVS-Bundeshauptstelle in Köln als

Sachbearbeiter für Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Bes.-Gr. A 10 BBesO

zu besetzen.

Aufstiegsmöglichkeiten sind in absehbarer Zeit gegeben.
Gesucht wird ein jüngerer Beamter, der die Laufbahnprüfung in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes abgelegt hat und selbständiges Arbeiten gewohnt ist.
Wir bieten ein angenehmes Betriebsklima sowie die Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lichtbild, handgeschriebener Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum **5. März 1979** zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74 – 5000 KÖLN 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern) ist alsbald eine Stelle als

Sachbearbeiter im Referat II 2 (Ausbildung und Vorschriftenwesen) bei der Bundeshauptstelle in Köln

zu besetzen.

Von dem Stelleninhaber werden umfangreiche und gründliche Kenntnisse auf dem Gebiet des Katastrophen-, Zivil- und Selbstschutzes erwartet.

Er ist zuständig für die Bearbeitung von Grundsatzfragen der Aus- und Fortbildung von BVS-Mitarbeitern sowie für die Bearbeitung von BVS-Dienstvorschriften, Richtlinien, Lehrstoffplänen, Anleitungen und Merkblättern.

Geboten werden eine Vergütung bis zur Verg.-Gr. IV a BAT sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lichtbild, handgeschriebener Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **5. März 1979** zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74 – 5000 KÖLN 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Helmut Freutel / Fotos: Günter Sers

Selbstschutz bietet Sicherheit

Die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr" präsentiert Selbsthilfe durch die Jahrhunderte anhand von zeitgenössischen Illustrationen

Am 2. Februar eröffnete der Bundesverband für den Selbstschutz im Foyer des Historischen Rathauses von Köln die neue Ausstellung „Schutz und Wehr" – Selbsthilfe durch die Jahrhunderte im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen".

Das Historische Rathaus, Perle des geschichtsträchtigen Kölns, im Zentrum der 2000jährigen Stadt mit ihren unübersehbaren Spuren urbaner Vergangenheit gelegen, gab einen passenden Rahmen für diese faszinierende und informative Darstellung ab.

Zur Eröffnungsveranstaltung, zu der als Gäste prominente Vertreter der Stadtverwaltung Köln, der Ministerien, Behörden und aller Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes sowie des BVS erschienen waren, sprachen Bürgermeister Dr. Heribert Blens, Köln, Dr. Günther Hartkopf, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, und Oskar Lafontaine, BVS-Präsident und Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken.

Dr. Blens schlug in seiner Eröffnungsansprache einen Bogen von den Katastrophen der vergangenen Jahrhunderte, wie sie in der Ausstellung dargestellt werden, zur Katastrophenabwehr und zum Selbstschutz von heute. Dabei sagte er u. a.: „Sie alle wissen, daß die fortschreitende Technisierung unserer Industriegesellschaft, basierend auf neuen Erkenntnissen aus Forschung und Wissenschaft, eine Vielzahl von möglichen neuen Gefahrenquellen mit sich bringt. Dazu kommen immer wieder die nur zu bekannten Naturkatastrophen. Gerade die letzten Wochen mit extremen Kälteeinbrüchen haben uns dies mit Schnee- und Eisgefahren überdeutlich gezeigt. Nur eine gut ausgerüstete und vor allem ausgebildete Katastrophenschutzorganisation kann dazu beitragen, Schaden für Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger abzuwenden oder bereits eingetretene Schäden zu mildern."

Nach einem Überblick über den derzeitigen Stand des Katastrophenschutzes der Stadt Köln betonte Dr. Blens die gute und enge Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Dienststelle Köln des BVS. Dabei hob er die Wichtigkeit des Selbstschutzes für die Bevölkerung hervor und dankte allen Helfern für ihre selbstlose Arbeit.

Dr. Hartkopf wies darauf hin, daß die Präsentation der Wanderausstellung „Schutz und Wehr" im Vergleich zu ähnlichen Veranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz ein besonderes Ereignis sei, da hier nicht mit realistischen Bildern unserer Tage, sondern mit zeitgenössischen Werken seit dem 15. Jahrhundert Katastrophen, Katastrophenabwehr und Selbsthilfe der Bevölkerung dargestellt würden. Die Ausstellung zeige auch, daß Selbsthilfe und Selbstschutz nicht Erfindung unserer Zeit sind, sondern gerade auch in der Vergangenheit lebensnotwendig gewesen seien. Wörtlich: „Für die Menschen früherer Jahrhunderte war es selbstverständlich, daß sie mit Naturereignissen und Gewalt rechneten, sich darauf einrichteten und sie diese Katastrophen zunächst selbst bewältigen mußten. Nachbarschaftshilfe war deshalb unabdingbar, ja selbstverständlich."

BVS-Präsident Lafontaine hob hervor, daß mit dieser Ausstellung die Vielseitigkeit der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz zutage trete. Sie sei nur eine der Maßnahmen öffentlicher Aufklärung, die so unterschiedliche Erscheinungsformen hat wie Vorträge, Wettbewerbe, Filme, Beratungen über Schutzraumbau, ein vielseitiges Ausbildungsprogramm, Broschüren, die Herausgabe einer Fachzeitschrift – nur um die wichtigsten zu nennen. 900 hauptamtliche Helfer und 8 000 ehrenamtliche Helfer seien im BVS als ausgebildete Selbstschutz-Spezialisten, Pädagogen, Facharchitekten u. a. tätig. Alle arbeiten mit dem Ziel, der Bevölkerung zu mehr Schutz und mehr Sicherheit zu verhelfen. Daß im Jahre 1977 annähernd eine Million Bürger an den Ausbildungs- und Informationsveranstaltungen teilnahmen, zeige, wie hoch die Mobilisierungsfähigkeit des BVS sei. Wie die vielen anderen Ausstellungen des BVS werde auch die „Schutz und Wehr" nach dem Kölner Start Jahre unterwegs sein und von Ort zu Ort gezeigt werden.

Mit dem historischen Rückblick, der gleichzeitig informiert und anregt, würden Publikumskreise erfaßt, die sonst mit der Thematik kaum in Berührung kämen. Dies sei echte Zielgruppenarbeit.

Die Ausstellung „Schutz und Wehr" zeigt, wie Brände, Naturkatastrophen und Kriegsfolgen unsere Vorfahren erschreckt und bewegt haben. Sie zeigt auch, daß mutige Menschen immer schon in selbstlosem Einsatz einen ständigen Kampf gegen die dynamische Kraft alles verzehrender Brände, gegen Naturgewalten wie Erdbeben und Überschwemmungen kämpften. Kommen

Der Kölner Bürgermeister Dr. Blens schlug in seiner Eröffnungsansprache einen Bogen von den Katastrophen vergangener Jahrhunderte zur Katastrophenabwehr und zum Selbstschutz von heute.

Der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Hartkopf, verwies darauf, daß Selbsthilfe und Selbstschutz nicht erst Erfindungen unserer Zeit sind, sondern schon immer notwendig gewesen seien.

BVS-Präsident Lafontaine beschrieb die neue Ausstellung als ein weiteres wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

uns heute angesichts moderner Feuerlöschgeräte und -mittel die antiken Gerätschaften zur Brandbekämpfung und Menschenrettung recht primitiv vor, so muß man doch über den Erfindungsgeist der damaligen Zeit staunen. Die Ausstellung läßt aber auch keinen Zweifel darüber, daß z. B. die Brandbekämpfung geprägt ist durch eine ununterbrochene Folge von Erfolg und Mißerfolg. Groß waren die Anstrengungen, Mittel und Wege zu finden, um Herr über das Feuer zu werden, um Not und Schrecken aller Art abzuwenden. Oft konnten noch so große Bemühungen nicht verhindern, daß ganze Städte in Schutt und Asche fielen. Das Plakat, das zum Besuch dieser Ausstellung einlädt, zeigt in eindringlicher Weise, wie eine Stadt, obwohl am Wasser gelegen, lichterloh brennt. Es handelt sich um den Brand der Vorstadt von Görlitz an der Neiße am 3. Juni 1807 (siehe auch unser Titelbild).

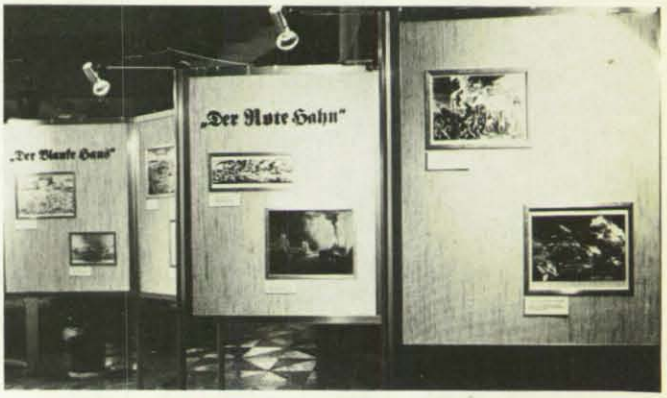
In einer Broschüre zu dieser Ausstellung des BVS wird unter dem Titel „Mit der Sintflut fing alles an" der ständige Kampf der Menschen gegen die verschiedenen Katastrophen geschildert. ZS-MAGAZIN-Leser können diesen Beitrag in den Heften Nr. 5 und 6/78 nachlesen.

Was soll diese Ausstellung, die hier in Köln durch eine Reihe von Exponaten erweitert wurde, die freundlicherweise vom Deutschen Feuerwehr-Museum in Fulda als Leihgabe zur Verfügung gestellt worden waren, bewirken?

Sie soll einmal die Gefahren aufzeigen, die den Menschen von jeher bedroht haben. Sie soll zum anderen daran erinnern, daß auch in früheren Zeiten die Menschen immer wieder nachlässig wurden gegenüber Gefahren. Daß sie zur Brandbekämpfung oft ungenügend vorbereitet waren, schlecht organisiert und ausgerüstet, zu wenig ausgebildet, zu spät alarmiert, zu wenig wachsam. Wie hätte es sonst geschehen können, daß manche Städte innerhalb eines Menschenlebens mehrmals abbrannten? Die Ausstellung soll gewiß auch daran erinnern, daß wir uns heutzutage, – obwohl wir feuersicherer bauen, obwohl wir uns mit allen Mitteln moderner Technik gegen Brände schützen, ihr Entstehen rechtzeitig erkennen können, obwohl wir sie mit bestem Gerät und hochwirksamen Mitteln bekämpfen können – oft einem falschen Sicherheitsgefühl hingeben. Wie könnte es sonst sein, daß die Brandschadenstatistik Schäden in Milliardenhöhe aufzeigt, daß Experten auf Mißstände in Hochhäusern hinsichtlich des vorbeugenden Brandschutzes verweisen müssen, auf Hotels, die ungenügend geschützt, bei Bränden zu Menschenfallen werden können, daß Industriebetriebe trotz Großeinsatz der Feuerwehr bis auf die Grundmauern niederbrennen? Wir erleben es immer wieder: Fahrlässigkeit, Gleichgültigkeit und Nach-

Die neue BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr" ist eine Tafelaussstellung. Auf 12 Tafeln werden ca. 50 sorgfältig hergestellte Reproduktionen zeitgenössischer Illustrationen gezeigt.

Die ausgestellten Bilder, nach Themen geordnet, zeigen Auswirkungen von Katastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben und Bränden sowie Schutz- und Hilfsmaßnahmen.



Die BVS-Ausstellung zeigt, wie Brände, Naturkatastrophen und Kriegsfolgen unsere Vorfahren erschreckt und bewegt haben. Sie zeigt auch, wie sie diesen Gefahren durch Selbstschutz begegneten.

Die BVS-Tafelausstellung wurde durch einige Exponate aus dem Feuerlöschwesen, die das Deutsche Feuerwehrmuseum freundlicherweise zur Verfügung gestellt hatte, erweitert.

lässigkeit sind die Partner der Zerstörung; Vorsorge, Wachsamkeit und aktiver Selbstschutz dagegen sind die Garanten für den Erhalt von Leben und Sachwerten.
Die Ausstellung „Schutz und Wehr" soll den Betrachter nachdenklich machen, ihn aufrütteln und ihn dazu bewegen, in seinem eigenen Lebensbereich durch Vorsorge- und Selbstschutzmaßnahmen Schaden zu verhindern, Krisen zu überbrücken und aufkommende Not zu lindern. Denn: Selbstschutz bietet Sicherheit.

Zu den Besuchern der Eröffnungsveranstaltung gehörten (v. l. n. r.): Ministerialdirigent Knop, Innenministerium NRW, BVS-Präsident Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken, Staatssekretär Dr. Hartkopf, BMI, Dr. Blens, Bürgermeister von Köln, Ministerialdirektor Wedler, BMI, Direktor des BVS, Franke.

„Ein wachsendes Interesse für den Zivilschutz"

Ansprache des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Dr. Günter Hartkopf, anläßlich der Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung des Bundesverbandes für den Selbstschutz „Schutz und Wehr – Selbsthilfe durch die Jahrhunderte im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen" am 2. Februar 1979:
„Die heutige Präsentation der Wanderausstellung „Schutz und Wehr – Selbsthilfe durch die Jahrhunderte im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen" ist im Vergleich zu ähnlichen Veranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz ein außergewöhnliches Ereignis. Außergewöhnlich insofern, als hier nicht mit realistischen Bildern unserer Tage, sondern mit zeitgenössischern Werken seit dem 15. Jahrhundert Katastrophen, Katastrophenabwehr und Selbsthilfe der Bevölkerung dargestellt werden.
Mir scheint, daß eine solche Ausstellung auch in der heutigen Zeit notwendig und sinnvoll ist:
Sie zeigt uns, daß Selbsthilfe und Selbstschutz nicht Erfindungen unserer Zeit sind, sondern gerade auch in der Vergangenheit lebensnotwendig waren.
Für die Menschen früherer Jahrhunderte war es selbstverständlich, daß sie mit Naturereignissen und Gewalt rechnen, sich darauf einrichten und diese Katastrophen zunächst selbst bewältigen mußten.
Nachbarschaftshilfe war deshalb unabdingbar, ja selbstverständlich.
In jüngster Zeit hat die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein gezeigt, daß auch in der hochtechnisierten Gesellschaft, in der wir Leben, die lebensnotwendige Technik versagen kann, und daß deshalb Katastrophen um so besser gemeistert werden können, als staatliche Hilfsmaßnahmen durch persönliche Initiativen der Betroffenen oder eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe ergänzt werden. Sicherlich muß und kann der Staat bei Katastrophen helfen. Er hat dies ja auch in Schleswig-Holstein durch die Einheiten des Katastrophenschutzes, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr getan. Aber auch einem gut organisierten Katastrophenschutz ist es besonders bei weiträumigen Naturkatastrophen nicht möglich, an allen Schadensstellen gleichzeitig wirksame Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Die Zeit bis zum Eintreffen der organisierten Hilfe muß der Bürger durch eigene Vorsorge und Eigeninitiative überbrücken.
Die Notwendigkeit eines wirksamen Zivilschutzes kann ernstlich heute von niemand bestritten werden. Nicht nur in der politischen Diskussion gewinnt dieses Thema zunehmend an Bedeutung. Dabei ist Bemerkenswert, daß die Öffentlichkeit wie auch die Verantwortlichen in Parlament und Regierung gleichermaßen für eine Verbesserung des Zivilschutzes plädieren, wenn auch die Auffassungen darüber, wie dies am besten erreicht werden kann, teilweise unterschiedlich sind.
Auch die Medien haben sich des Themas „Zivilschutz" angenommen und in ihren Beiträgen mehr und besseren Schutz für die Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall gefordert, wobei – das möchte ich am Rande bemerken – das Bild, das über die derzeitige Konzeption und Wirksamkeit unseres Zivilschutzes vermittelt wurde, in der Sache nicht immer zutreffend war. Besonders wichtig ist, daß heute mehr als in der Vergangenheit ein wachsendes öffentliches Interesse für den Zivilschutz besteht. Dies wird unter anderem daran deutlich, daß erste Bürgerinitiativen sich dieses Themas annehmen.
Wie eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, haben immer mehr Bürger kenntnisse über den Zivilschutz, immer mehr Bürger haben Verständnis für die staatlichen Maßnahmen zur Stärkung des Zivilschutzes. Weniger positiv ist dagegen bisher die Bereitschaft für persönliches Engagement, für die Bereitschaft z. B. im Selbstschutz mitzuwirken.
Hier sehe ich eine besondere Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Er muß versuchen, durch noch bessere und umfassendere Aufklärung über Bedeutung, Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes den einzelnen zur aktiven Mitarbeit zu motivieren.
Die unvorhergesehene Schneekatastrophe in Norddeutschland belegt, daß gerade derjenige, der den Ratschlägen des BVS für ein selbstschutzmäßiges Verhalten gefolgt war, sich z. B. einen bestimmten Lebensmittelvorrat angelegt oder Vorsorge für einen Ausfall der Elektrizitäts- und Wasserversorgung getroffen hatte, hieraus nicht nur im Verteidigungsfall Nutzen zieht. Ich glaube, auch dieser Zusammenhang muß mehr noch als bisher unseren Mitbürgern bewußt gemacht werden, damit die Bürger die Hilfen, die der Bundesverband für den Selbstschutz bietet, in noch größerem Umfang annehmen.
Derartige Ereignisse sind aber auch für den BVS Anlaß, um z. B. seine Informationen über Vorsorgemaßnahmen auf Wirksamkeit, Vollständigkeit und Aktualität zu überprüfen.
Die heutige Ausstellung macht den Zusammenhang zwischen Katastrophen, Katastrophenabwehr und Selbsthilfe der Bevölkerung deutlich. Sie kann somit dazu beitragen, dem Selbstschutz der Bevölkerung neue Impulse zu geben.
Ich möchte daher wünschen, daß die Ausstellung von vielen Bürgern besucht wird, die dann auch bereit sind, für sich selbst die notwendigen Schlußfolgerungen insofern zu ziehen, als sie die Anregungen für Selbsthilfe und Selbstschutz auch in ihre persönliche Umwelt einbeziehen."

Vier Menschen starben in der Flutwelle

Trümmer und Geröllmassen erschwerten die Suche nach Vermißten und ihre Bergung

Das ZS-MAGAZIN berichtete auf Seite 3 der Dezember-Ausgabe in einer kurzen Notiz von einem Unglück bei Linz am Rhein, bei dem vier Menschen in einer Flutwelle starben. Damals lautete die erste Agenturmeldung noch, daß die Ursache hierfür der Bruch der Staumauer des Hummelsees gewesen sei. Inzwischen steht die wahre Ursache fest. Darüber und über die Sicherungs- und Bergungsarbeiten berichtet nachfolgend der Technische Einsatzleiter, Hauptbrandmeister Paul Pfaffhausen.

Am Samstag, dem 2. Dezember 1978, 21.45 h, wird die Stützpunktfeuerwehr der Verbandsgemeinde Linz am Rhein alarmiert. Nach Angabe der Schutzpolizeiinspektion Linz ist durch einen größeren Rohrbruch die Landstraße 253 in Höhe des Waldfriedhofes durch Schlamm- und Geröllmassen blockiert. Nach Verladen von Schaufeln und Besen rückt der Löschzug der Stadt Linz um 21.50 h mit TLF 16, TSF (T), GW und SW 1000 aus.

Beim Eintreffen an der Schadensstelle um 21.52 h wird festgestellt, daß es sich hier nicht um einen Rohrbruch handeln kann, da von dem ca. 20 cm hoch aufgelaufenem Wasser auch Astwerk und kleinere Baumstämme angeschwemmt wurden. Auf Grund der vorgefundenen Lage wird zunächst vermutet, daß der ca. 1000 m oberhalb des Heidscheidsweihers neu angelegte Fischweiher ausgelaufen ist und der Steiner Bach die Wassermassen nicht aufnehmen konnte und daher die L 253 überflutet hat.

Während der kurzen Lagebesprechung kommt ein Pkw aus Richtung Westerwald und nähert sich dem ersten Fahrzeug. Eine vollständig verstörte barfüßige Frau springt aus dem Fahrzeug und berichtet, daß der Hummelsbergsee ausgelaufen sei und die Wassermassen die beiden Schmitzhöfe vollständig zerstört hätten. Sie sei Frau Lennartz und habe sich selbst aus den Trümmern retten können. Auf Befragen teilt sie mit, daß drei Angehörige und fünf weitere Personen sich zur Zeit der Katastrophe in den zwei Wohnhäusern aufgehalten haben. Genaue Angaben kann die Frau jedoch nicht machen, da sie offensichtlich unter Schockeinwirkung steht.

Da nun feststeht, woher die Wassermassen kommen, wird die Einsatzfahrt um 21.54 h in Richtung Schmitzhöfe über die L 251 fortgesetzt. Gleichzeitig werden über Funk die Löschzüge St. Katharinen und Vettelschoß alarmiert sowie die Schutzpolizeiinspektion Linz, Kreisfeuerwehrinspekteur Zeppenfeld, Neuwied, und Verbandsbürgermeister Breitenbach von der Katastrophe unterrichtet. Die Zufahrt zu den Schmitzhöfen über die L 251 ist ab Dickert auf einer Länge von ca. 400 m mit Schlamm und Geröll bedeckt.

Die Zufahrt zu den Schmitzhöfen ist durch Geröll und größere Basaltsteine blockiert. Die Rettungsmannschaften rüsten sich mit Schaufeln und Beleuchtungsgeräten aus und dringen bis zu den zerstörten Wohnhäusern vor.

Ab 22 h wird der Rest der zerstörten Häuser mit Handscheinwerfern nach den vermißten Personen abgesucht. Das ausgebaute Obergeschoß der Familie Lennartz wurde ca. 120 m bis zum Waldrand abgetrieben und blieb hier fast unbeschädigt in den Bäumen hängen. In diesem Teil des Hauses befand sich Frau Lennartz, die sich selbst retten konnte.

Der eingetroffene Löschzug St. Katharinen wird an dem abgetriebenen Obergeschoß zur Suche nach den vermißten Personen eingesetzt.

Zwischenzeitlich wird der Gerätewagen zur Ausleuchtung der Schadensstelle beordert.

22.30 h

Die nachfolgenden Löschgruppen werden eingewiesen und bilden mit den noch freien Kräften von Linz und St. Katharinen eine Kette und suchen auf der gesamten Breite das Gelände ab. Da für die 100 Mann starke Suchmannschaft keine Handscheinwerfer zur Verfügung stehen, werden bei der Stützpunktfeuerwehr Linz 100 Pechfackeln angefordert.

22.35 h

Drei ortskundige Wehrmänner werden zur Erkundung der Lage zum ehemaligen Steinbruch abkommandiert.

Gegen 23 h berichtet der Erkundungstrupp, daß die hintere, etwa 80 m hohe, fast senkrecht stehende Wand auf einer Breite von 150 m eingestürzt sei und somit das im Restloch des ehemaligen Basaltsteinbruchs ca. 20 m unterhalb des Plateaus stehende Wasser zu Überschwappen brachte. Die Wassermassen flossen in ca. 5 m Höhe über das ca. 50 m breite und 60 m lange waagerechte Plateau ins Tal und rissen Gesteinmassen, Bäume und die beiden ca. 150 m unterhalb des Plateaus stehenden Wohnhäuser mit sich. Nach dem Überschwappen steht der Wasserspiegel ca. 4 m unterhalb des nicht versehrten Plateaus.

23.15 h

Der vermißte 15jährige Eric Olaf Lennartz wird mit schweren Kopfverletzungen ca. 200 m unterhalb der Wohnhäuser im Wald in einer Querrinne gefunden.

Der Verletzte wird auf die mitgeführte Krankentrage gelegt, mit Wolldecken zugedeckt und durch den Wald zum bereitstehenden Krankenwagen getragen.

Da zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau feststeht, wieviel Personen insgesamt vermißt werden, wird auf Grund dessen, daß der Junge soweit abgetrieben wurde, das gesamte Gelände von ca. 100 Feuerwehrmännern mit Handscheinwerfern, Taschenleuchten und Pechfackeln mehrmals bis zum Sterner Bach abgesucht.

23.30 h

Kreisfeuerwehrinspekteur Zeppenfeld fordert die Katastrophenschutzstaffel des Kreises Neuwied und den RW 2 von Neustadt/Wied zur weiteren Ausleuchtung der Schadensstelle an.

Sonntag, 3. Dezember, 00.15 h

Nach nochmaligem Absuchen des gesamten Geländes wird die 9jährige Tanja Zilz unter Geröll, Schlamm und Astwerk gefunden. Der Körper wird freigelegt, die Bekleidung besteht aus einem zerfetzten Nachthemd, das bis zu den Achselhöhlen hochgeschoben ist. Der Abtransport wird sofort durchgeführt. Im Krankenhaus konnte jedoch nur der Tod festgestellt werden.

00.20 h

Die gesamte Katastrophenstelle ist soweit wie möglich durch Flutlichtstrahler und Scheinwerfer ausgeleuchtet. Die Suche nach vermißten Personen wird fortgesetzt. Unter und neben dem abgetriebenen Dachgeschoß wird in einem größeren Berg von Geröll, Schlamm, Astwerk, Bäumen und Gebäudeteilen weitergesucht. Das Freilegen erweist sich durch die Bäume, Astwerk und Balken als sehr schwierig.

03.30 h

Mit Rücksicht auf die Sicherheit der Suchmannschaften wird nach kurzer Lagebesprechung die Suche nach Vermißten unterbrochen. Die rückwärtige Steinbruchwand stürzt unter großem Getöse in den See nach, wobei die Gefahr weiteren Überlaufens besteht. Alle Einsatzkräfte werden ins Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Linz gebeten.

Unter Vorsitz von Verbandsbürgermeister Breitenbach findet eine Einsatzbesprechung statt, an der auch Brandamtsrat Mann, Bez. Reg. Koblenz, und ROAR Meffert, Landratsamt Neuwied, teilnehmen.

Nach $^1/_2$-stündiger Besprechung wird festgelegt, daß die Suche nach weiteren Vermißten auf Grund der schlechten Witterungsverhältnisse, Dunkelheit, Frost mit Glatteisbildung, bis 08.00 h unterbrochen wird.

04.20 h

Die Rettungshundestaffel der Freiwilligen Feuerwehr Hamm/Sieg wird angefordert.

04.25 h

Nach Katastrophenschutzplan des Kreises Neuwied wird bei der Firma Jakob Klein, Hombach, eine Planierraupe und ein Bagger für die Beseitigung der Schutt- und Schlammassen angefordert.

04.30 h

Alle Einsatzkräfte werden entlassen. Die Löschzüge Linz-Stadt, St. Katharinen und Vettelschoß werden für 08.00 h zur Einsatzstelle gebeten.

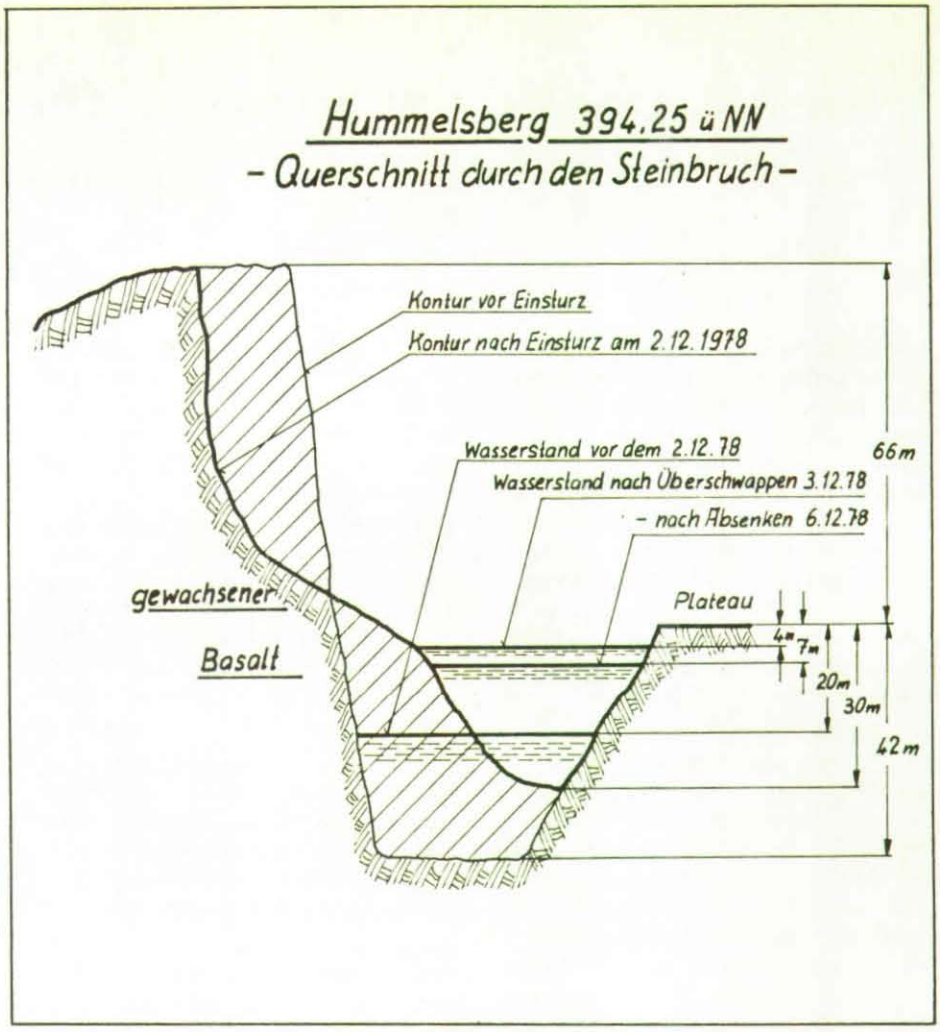
06.20 h

Eintreffen der Rettungshundestaffel mit den Suchhunden Ero, Panther, Arko, Senta und Erle.

06.50 h

Die Suche nach den vermißten Personen unter Einsatz der Rettungshundestaffel mit Unterstützung von 8 Männern des Löschzuges Linz wird eingeleitet. Da mit einer größeren Anzahl von Schaulustigen gerechnet wird, wird bereits vor Anbruch des Tages mit der Suche begonnen, damit die Hunde nicht abgelenkt werden. Die Straßen und Wege im Katastrophengebiet werden von Polizei und Feuerwehr abgesperrt. Die Hunde werden ausgehend von der L 251 auf der gesamten Breite entgegen der Fließrichtung des Wassers bis zu den zerstörten Wohnhäusern zur Suche eingesetzt.

Hierbei werden von den Hunden zunächst keine Hinweise gegeben. Bei dem weiteren Einsatz an dem abgetriebenen Obergeschoß gibt zunächst ein Hund an dem danebenliegenden Schutt- und Geröllhaufen einen Hinweis. Der Hinweis wird von den anderen Hunden bestätigt.



Eine fast senkrecht stehende Wand eines Steinbruchs stürzte auf einer Breite von ca. 150 m ein und brachte das 20 m unterhalb des Plateaus stehende Wasser zum Überlaufen.

09.00 h

Der Schutt- und Geröllhaufen wird mit einer Planierraupe und einem Bagger an der von den Suchhunden angezeigten Stelle vorsichtig abgetragen.

10.30 h

Der vermißte 48jährige Hans Zilz wird tot unter den Trümmern und Geröllmassen geborgen.

11.20 h

Die 79jährige Margarethe Lennartz wird tot geborgen.

12.30 h

Der 47jährige Edgar Lennartz wird ebenfalls tot unter den Trümmern geborgen.

Da schichtweise abgetragen werden muß, dauert die Bergung trotz des Einsatzes von maschinellen Räumgeräten $3^1/_2$ Stunden. Die geborgenen Personen lagen in einem Abstand von ca. 3 m voneinander. Die Höhe der Trümmer und Geröllmassen betrug 1,80 m auf einer Fläche von ca. 5 x 7 m.

13.00 h

Zum jetzigen Zeitpunkt steht immer noch nicht genau fest, ob noch weitere Personen vermißt werden. Ein Gerücht geht um, eine Familie hätte zum Zeitpunkt der Katastrophe Besuch gehabt. Daher wird der gesamte Schuttberg weiterhin vorsichtig abgebaut. Das abgetriebene Obergeschoß wird zur Seite geschoben und die darunterliegenden Schuttmassen ebenfalls vorsichtig umgesetzt.

13.30 h

Von der Polizei wird mitgeteilt, daß sich die als vermißt geltenden Personen gemeldet haben.

Blick auf die eingestürzte Felswand des ehemaligen Basalt-Steinbruchs.

Die überschwappenden Wassermassen flossen in ca. 5 m Höhe über das 50 m breite und 60 m lange waagerechte Plateau ins Tal und rissen Bäume und die beiden unterhalb des Plateaus stehenden Häuser mit sich.

Das ausgebaute Obergeschoß eines Hauses wurde ca. 120 m bis zum Waldrand abgetrieben, wo es in den Bäumen hängen blieb. Eine Bewohnerin konnte sich aus eigener Kraft aus den Trümmern retten.

Im Dunkel der Nacht wurde die ganze Unglücksstätte nach Vermißten abgesucht. Ein Verletzter und vier Tote wurden geborgen. Die eingesetzte Hundestaffel bewährte sich bei der schwierigen Suche.

13.35 h

Die Suchaktion wird abgebrochen.

14.00 h

Einsatzbesprechung im Rathaus Linz.

14.30 h

Der Verbandsbürgermeister der Verbandsgemeinde Linz am Rhein erläßt als Leiter der Ortspolizeibehörde folgende Verfügung: Der Wasserspiegel des Hummelsbergsees ist abzusenken, damit bei nochmaligem Nachrutschen von größeren Gesteinsmassen dem Überschwappen vorgebeugt wird. Die Firma Basalt-Actien-Gesellschaft kann dieser Verfügung nicht sofort nachkommen, da sie ca. 8 Tage für die Vorbereitungen braucht. Hierauf erhält die Verbandsfeuerwehr Linz den Auftrag, den Wasserspiegel soweit wie möglich mit Tragkraftspritzen abzusenken. Hierbei ist größte Sorgfalt auf die Sicherheit des Bedienungspersonals zu legen.

15.30 h

Die Wehren Linz, St. Katharinen, Vettelschoß, Ohlenberg, Ockenfels und Leubsdorf werden telefonisch benachrichtigt, sich bis 16 h am Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Linz mit je einer TS 8/8 und zwei Mann einzufinden.

16.30 h

6 Stück TS 8/8 laufen im Lenzbetrieb. Die B-Schlauchleitungen werden bis zum alten Bremsberg verlegt.

Die Pumpen laufen im Dauerbetrieb bis Mittwoch 8 h.

Zu diesem Zeitpunkt ist der Wasserspiegel bis auf ca. 7 m unter Plateauhöhe abgesenkt. Ein weiteres Absenken ist technisch wegen der Saughöhe mit Tragkraftspritzen nicht möglich.

Während des gesamten Einsatzes klappte die Zusammenarbeit zwischen Einsatzleitung und den eingesetzten Kräften der Freiwilligen Feuerwehren, des DRK und der Polizei sowie der Straßenmeisterei Linz hervorragend. Besonders zu erwähnen ist auch die gute Leistung der eingesetzten Hundestaffel, die überhaupt erst die gezielte Suche nach den vermißten Personen ermöglichte. Der Einsturz einer Felswand in einem seit ca. 15 Jahren stillgelegten Basaltsteinbruch und das Überschwappen größerer Wassermengen aus einem am Fuß dieser Wand liegenden kleinen See ist eine im Basaltrevier des Westerwaldes und der Eifel bisher nicht bekannte Erscheinung. Bemerkenswert ist, daß die herabstürzenden Felsmassen offensichtlich ein Mehrfaches ihres Volumens an Wasser schlagartig aus dem See verdrängten, wobei der Wasserspiegel anschließend ca. 4 m unter der Überlaufkante stehen blieb.

Jürgen Huber, Rettungsdienstleiter beim DRK-Kreisverein Karlsruhe

Erfahrungen mit dem Einsatzleitrechner

Probeweiser Betrieb in der Rettungsleitstelle Karlsruhe

Bereits seit längerer Zeit beschäftigt man sich mit dem Gedanken, die Rettungsleitstellen in ihrer Aufgabenlösung durch elektronische Hilfen zu unterstützen.

Auf dem vierten Rettungskongreß des DRK in Wiesbaden wurde auch über dieses Thema eingehend gesprochen. Regierungsdirektor Hesse, Wiesbaden, berichtete hier u. a. folgendes:

„Abgesehen von den rettungsdienstlichen Einsätzen besteht die Routinearbeit der Rettungsleitstellen im wesentlichen darin, den alltäglichen, weniger eilbedürftigen Krankentransport zu leiten und zu koordinieren. Hierzu ist zu bemerken, daß der Krankentransport nicht nur mit dem Rettungsdienst auf das engste verzahnt ist, sondern das Sanitätswesen insgesamt als eine der tragenden Säulen des Katastrophenschutzes angesehen werden muß.

Hieraus folgert, daß die Rettungsleitstellen in Katastrophenlagen mit außergewöhnlichen Aufgaben zu rechnen haben, auf die sie materiell und personell vorbereitet sein müssen.

Die mit der Lenkung und Koordinierung des Krankentransports und Rettungsdienstes zwangläufig verbundenen vielfältigen Verwaltungsaufgaben sind nirgendwo niedergelegt, jedoch jedermann vorstellbar. Es ist unbestreitbar, daß die Rettungsleitstellen jetzt, insbesondere auf die Dauer gesehen, ihren immer größer werdenden Aufgaben nur gerecht werden können, wenn sie nach modernsten technischen Gesichtspunkten geplant und eingerichtet sind.

Hierzu ist es notwendig, für alle Rettungsleitstellen eine in die Zukunft weisende Einsatzleit-, Kommunikations- und Informationstechnik zu finden und sobald als möglich einzuführen."

Analog dieser Ausführungen von Herrn Reg.-Dir. Hesse auf dem Rettungskongreß in Wiesbaden wurde bereits im Jahre 1976 auf Initiative des DRK-Kreisvereins Karlsruhe in der Rettungsleitstelle Karlsruhe ein Einsatzleitrechner-Konzept probeweise in Betrieb genommen.
Die durch den Betrieb dieses Systems gewonnenen Erfahrungen können wie folgt dargelegt werden:

1. Die bis dahin angewandte Konzeption macht im Realeinsatzfalle wegen des starken Arbeitsanfalls auf der Fernmeldeseite ein manuelles Alarmieren von Einsatzkräften durch das Stammpersonal der Rettungsleitstellen unmöglich.

2. Das Personal der Rettungsleitstelle muß in Sekunden gravierende Entscheidungen treffen, die für den einsatztaktischen Ablauf des Geschehens entscheidend sein können. Hier gilt es, dem Personal durch entsprechende technische Möglichkeiten geeignete Entscheidungshilfen an die Hand zu geben, die auf der anderen Seite aber auch dazu zwingen, vor einer Entscheidung Abläufe und Daten im gesamten Umfange zu ermitteln. Nur hierdurch ist eine erhebliche Steigerung der Einsatzreserve und somit der Effizienz der Rettungsleitstellen zu erzielen.

3. In der Rettungsleitstelle müssen eine Vielzahl von Informationen und Daten bereitgehalten werden. Vor Inbetriebnahme des Einsatzleitrechners war dies in Karlsruhe nicht in befriedigender Weise möglich, solche Daten in einem den einsatztaktischen Gegebenheiten entsprechenden Maße bereitzuhalten. Insbesondere war mit konventionellen Mitteln ein Zugriff zu den erforderlichen Einsatzunterlagen kaum gegeben.

In der ersten Ausbaustufe, die im Jahre 1976 in Betrieb ging, konnten folgende Aufgabenstellungen bereits verwirklicht werden:

1. Speicherung und Dokumentation der Standorte und Betriebszustände aller Einsatzfahrzeuge.

2. Automatisches Erstellen der Auftragslisten als Tagesprotokoll mit Protokollierung der Dienstpläne, der besonderen Vorkommnisse sowie sonstiger dienstlicher Informationen.

3. Erstellung und Protokollierung der Auftrags-Nummern für die Fahrzeugbesatzungen.

4. Speicherung der Anschriften aller Ärzte im Rettungsdienstbereich und Selektion nach Name, Ort und Fachrichtung.

5. Verteilung der Einsatzfahrten an die entsprechenden Organisationen auf der Basis eines Bewertungsschlüssels.

6. Speicherung von Alarmplänen der Helfer in den Gliederungen der Sanitätsorganisationen.

Wichtige Erkenntnis aus dem nunmehr über zweijährigen Betrieb ist, daß Einsatzleitrechner-Systeme für große und mittlere Rettungsleitstellen eine echte

Der Einsatzleitrechner ist ein in moderner Technologie aufgebautes modulares Informationssystem, das jederzeit die aktuelle Anzeige der eingegebenen und ausgewerteten Daten ermöglicht.

Über den einfach zu bedienenden Bildschirm-Informationsplatz erfolgt schnell und zuverlässig die Führung von Kraftfahrzeugstandanzeigen, Notfalldiensten, Maßnahmenkatalogen, Statistiken.

Einsatzhilfe darstellen. Sie können insbesondere zur schnellen und sicheren Einsatzabwicklung im Rettungsdienst beitragen. Die Erfahrungen haben aber auch gezeigt, daß ein Einsatz nur dann sinnvoll ist, wenn jeder Arbeitsplatz in der Rettungsleitstelle einen unmittelbaren Zugriff zu den Daten des Rechners hat und Einsatzabläufe von jedem Arbeitsplatz gleichzeitig abgefragt werden können. Die gewonnenen Erfahrungen haben in Karlsruhe dazu geführt, das vorhandene Rechnersystem zu erweitern und das Programm auf folgende Funktionen auszudehnen:

1. Erfassung aller Einsatzaufträge unmittelbar mit Prüfung der Vollständigkeit, Gabe von Hinweisen auf Sofortmaßnahmen, Vorschläge über den Einsatz der Rettungsmittel und Registrierung der Eingangszeit sowie der Leitstellen-Nummer.

2. Automatisches Erfassen und Bearbeiten von Vorbestellungen mit automatischer Wiedervorlage zum gewünschten Zeitpunkt.

3. Erstellen der Auftragsliste als Tagesprotokoll mit Protokollierung der Dienstpläne, der besonderen Vorkommnisse oder sonstiger dienstlicher Informationen.

4. Angabe der Standorte und Betriebszustände aller Einsatzfahrzeuge mit gleichzeitiger Protokollierung auf der Auftragsliste.

5. Selektion der Einsätze nach Patienten-Namen und besonderen Einsatzmerkmalen.

6. Erstellung und Protokollierung der Auftrags-Nummern sowie Fahrzeugbesatzungen.

7. Speicherung der Ausrüstungsverzeichnisse der Gliederungen.

8. Speicherung aller Alarmpläne für alle Gliederungen.

9. Speicherung der Anschriften von Kliniken mit Spezialabteilungen und entsprechende Selektion.

10. Speicherung der Anschriften aller Ärzte im Rettungsdienstbereich, Selektion nach Name, Ort und Fachrichtung.

11. Speicherung der Anschriften bzw. Einsatzverzeichnisse von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, DRK-Dienststellen im näheren und weiteren Einzugsbereich.

12. Aktueller Bettennachweis der Krankenanstalten.

13. Speicherung von Einsatz-Checklisten für besondere Einsätze mit Einsatzvorschlägen und Alarmierungshinweisen.

14. Verteilung der Einsatzfahrten an die entsprechenden Organisationen auf der Basis eines Bewertungsschlüssels.

15. Speicherung einer Alarmstufendatei. Hierin können bis zu 100 spezielle Alarmstufen und Alarmierungsvarianten gespeichert werden.

16. Führung der Straßen- und Ortsdatei. Hierin können bis zu 3000 Straßen bzw. Plätze gespeichert werden. Zu jedem abgerufenen Straßennamen werden angezeigt

a) Lage der Straße auf dem Stadtplan bzw. auf der Landkarte nach Koordinaten,
b) Lage der Straße bezogen auf markante Orte oder Punkte,
c) Arztpraxen,
d) zusätzliche individuelle Informationen (Einbahnstraßen, Verkehrsbeschränkungen usw.).

17. Erfassung und Speicherung der Standorte von Notrufmeldern und Unfallhilfsstellen. Es können insgesamt bis zu 2500 Standorte aufgenommen werden.

18. Elektronisches Notizbuch für kurzzeitige Betriebsinformationen und Hinweise.

19. Anschluß an Funkmeldesystem mit automatischer Erfassung aller gemeldeten Betriebszustände. Wichtigste Forderungen an ein solches Rechnersystem sind folgende Eigenschaften:
a) Modularität,
b) geringer Platzbedarf,
c) einfachste Bedienung und Wartung,
d) Integration in vorhandene Anlagen und Einrichtungen.

Über die Erfahrungen mit dem neuen vergrößerten Programm und den veränderten technischen Möglichkeiten des Einsatzleitrechners in der Rettungsleitstelle Karlsruhe wird nach endgültiger Inbetriebnahme der erweiterten Anlage und des neuen Programms nochmals berichtet.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern) ist zum 1. September 1979 die Stelle eines

Leiters der BVS-Landesstelle Hessen in Wiesbaden

neu zu besetzen.

Der BVS **informiert** die Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Maßnahmen und Aufgaben des Selbstschutzes.

Der BVS **unterstützt** die Gemeinden und Landkreise, Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz.

Von dem Stelleninhaber werden Führungseigenschaften, organisatorische Fähigkeiten, Durchsetzungsvermögen und Erfahrung im Umgang mit Mitarbeitern verlangt. Er hat ca. 80 hauptamtliche Angestellte und 350 ehrenamtliche Mitarbeiter zu führen sowie deren Einsatz und ihre Aus- und Fortbildung zu überwachen.

Zu seinen Aufgaben gehört die Kontaktaufnahme und die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Innenministerium, mit Parteien, Organisationen und Massenmedien. Es werden daher Kontaktfähigkeit sowie Verhandlungsgeschick vorausgesetzt.

Wenn Sie glauben, diesen vielfältigen Aufgaben gewachsen zu sein und möglichst über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Katastrophen-, Zivil- und Selbstschutz verfügen, dann sollten Sie sich bewerben. Erwünscht ist ein Hochschulabschluß oder das Vorliegen gleichwertiger Fähigkeiten und Erfahrungen.

Geboten werden eine Vergütung bis Vergütungsgruppe Ib BAT sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen sind mit allen erforderlichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) bis zum 30. April 1979 an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74 – 5000 KÖLN 41

zu richten. Ein Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Der Sanitäter im Luftrettungsdienst

Hinweise für die Zusatzausbildung

Der ADAC, Hauptverwaltung Verkehr, hat in der „Schriftenreihe Straßenverkehr" als Heft 22 eine Broschüre herausgegeben, die sich mit der Ausbildung der Sanitäter im Luftrettungsdienst befaßt. In der Einleitung zu dieser 40 Seiten starken Broschüre heißt es:

„Bei den Rettungshubschraubertagungen in Schliersee ist wiederholt eine Zusatzausbildung für die im Luftrettungsdienst eingesetzten Rettungssanitäter gefordert worden. Der ADAC hat dies aufgegriffen und den Anstoß zur Bildung einer Arbeitsgruppe gegeben, die sich die Aufgabe stellte, die Wissensgebiete abzustecken, die für den RTH-Sanitäter von Bedeutung sind. Grundlage zu dieser Stoffsammlung bilden die bisher in mehr als 50 000 Einsätzen gesammelten Erfahrungen mit den Rettungshubschraubern des Katastrophenschutzes und der Bundeswehr. Sie geht von dem bereits vorhandenen Ausbildungsstandard für Rettungssanitäter aus und zeigt Leitlinien für die Einweisung in den Luftrettungsdienst auf.

Die vorliegende Konzeption wurde von Fachleuten aus den Bereichen der Flugtechnik, der Medizin und der Organisation erstellt, die an der Entwicklung der Luftrettung in der Bundesrepublik entscheidenden Anteil hatten. Autoren dieser Broschüre sind:

Dr. med. B. Asche
Dr. med. H. Burghart
OFA Dr. med. B. Gorgaß
Min.-Rat. H. Keil
Ltd. Pol.-Dir. E. Knorr
G. Kugler
P. Knuth, cand. med.
Dr. med. R. Spier
F. Stichnoth
J. Tauber

An der Bereitstellung von Rettungssanitätern für den Luftrettungsdienst wirken mit: der Arbeiter-Samariterbund, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter Unfallhilfe, der Malteser Hilfsdienst, verschiedene städtische Berufsfeuerwehren sowie die Bundeswehr."

Flugtechnik und Flugsicherheit

Der Abschnitt A der Broschüre beschreibt und begründet die Notwendigkeit der Einweisung der Rettungssanitäter in den fliegerischen Bereich. Für die Ausbildung wurde ein Stoff- und Zeitplan entworfen, der sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil mit einem Zeitbedarf von je 16 Stunden sowie in den Teil „Sicherheitsbestimmungen und Maßnahmen" mit 4 Stunden gliedert.

„Die theoretische Einweisung" – so heißt es in der Broschüre – „sollte in geschlossenen Lehrgängen bei den GS-Fliegerstaffeln erfolgen, aufgeteilt nach den Zuständigkeitsbereichen der Rettungsstationen. Die Einweisung ist keine Ausbildung im Sinne der Prüfordnung für Luftfahrtpersonal. Das geschulte Personal erhält keinen Luftfahrerschein.

Die Alleinverantwortlichkeit des Piloten während des Fluges wird durch diesen Lehrgang nicht berührt.

Die technisch-praktische Einweisung sowie die Einführung in die Sicherheitsbestimmungen und -maßnahmen erfolgen je nach Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit bei der GS-Fliegerstaffel und/oder bei der Rettungsstation. Die fliegerisch-praktische Einweisung erfolgt mit Ausnahme des ca. einstündigen Gewöhnungsfluges, der bei der GS-Fliegerstaffel durchgeführt wird, im Rahmen des fliegerischen Einsatzes bei der Rettungsstation.

Wesentliche Voraussetzungen für die Flugsicherheit ist ein möglichst geringer Personalwechsel der Rettungssanitäter. Rettungssanitäter, Pilot und Arzt sollen ein eingespieltes Team bilden.

Nicht jeder Rettungssanitäter muß unbedingt auch in der Luftrettung verwendungsfähig sein. Die Einweisung soll daher auch dazu dienen, seine körperliche, geistige und charakterliche Eignung für den Luftrettungsdienst festzustellen."

Organisation

In Abschnitt B wird die Organisation behandelt:

„Anders als im bodengebundenen Rettungsdienst ist in der Luftrettung eine Vielzahl von staatlichen und privaten Institutionen in einem Verbund zusammengeschlossen. Damit ist sichergestellt, daß der Rettungshubschrauber in das System der Notfallversorgung voll integriert ist. Die Arbeitsteilung mit ihren zum Teil komplizierten verwaltungsrechtlichen Zusammenhängen soll dem Rettungssanitäter verständlich gemacht werden.

Die Hubschrauber, vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellt, werden nach einheitlichen Maßstäben betrieben. Den Hintergrund dafür bildet eine zentrale Dokumentation aller Einsatzdaten, deren bundesweite Einheitlichkeit bisher im Rettungswesen ohne Beispiel ist.

Die ordnungsgemäße Führung der Einsatzprotokolle, die gleichzeitig Datenträger für ein vom ADAC erstelltes EDV-Programm sind, ist deswegen ein wichtiges Merkmal der Tätigkeit des RTH-Rettungssanitäters. Dazu bedarf es einer gründlichen Einarbeitung . . .

Von dem im Luftrettungsdienst mitwirkenden Rettungssanitäter wird ferner erwartet, daß er sich mitverantwortlich fühlt für die wirtschaftliche Arbeitsweise seiner Station . . .

Im täglichen Einsatzbetrieb darf sich der Rettungssanitäter schließlich nicht nur darauf beschränken, die Einsatzaufträge seiner Rettungsleitstelle zu erledigen, sondern er soll auch mithelfen, Mängel im Ablauf festzustellen und zu beseitigen sowie die Einsatztaktik weiter zur optimieren."

Versierte Fachleute der Hilfsorganisationen, der Feuerwehr, der örtlichen Träger der Luftrettung sowie des ADAC weisen als Instruktoren den Rettungssanitäter bei einem Zeitbedarf von 5 Stunden in die Thematik ein.

Rettungssanitäter, die zur Crew von Rettungshubschraubern gehören, benötigen eine zusätzliche Ausbildung, welche die besonderen Aspekte dieser Tätigkeit im fliegerischen Bereich berücksichtigt.

Medizin

Abschnitt C der Broschüre behandelt die Einweisung des Rettungssanitäters in die Flugmedizin mit dem Ziel, „ihn mit den vom bodengebundenen Rettungsdienst abweichenden Besonderheiten des Rettungshubschraubertransports vertraut zu machen. Es wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Sanitätspersonal den Ausbildungsgrad des ‚Rettungssanitäters' erfüllt. Die Einweisung erfolgt am besten an dem jeweiligen Stützpunkt durch einen in der Luftrettung erfahrenen Arzt. Sie berührt nicht die gültigen Prüfungsordnungen für Personal im Rettungsdienst.

Im ersten Abschnitt wird auf die physikalischen Besonderheiten und deren Einwirkung auf den Patienten und auf das medizinische Gerät eingegangen. Im zweiten Abschnitt werden die Einflußmöglichkeiten auf das medizinische Gerät während des Fluges erläutert und schließlich auch die medizinisch taktischen Aspekte der Luftrettung behandelt."

Zeitbedarf der Ausbildung: 6 $^1/_2$ Stunden.

Nur wenn in enger Kooperation der Crew diese Dinge durchgeführt und beachtet werden, ist die Effizienz des Hubschrauberrettungsdienstes gewährleistet. Besonderes Verantwortungsgefühl und Disziplin sind für die Tätigkeiten am Hubschrauber unerläßliche Voraussetzung.

Aufgaben des Rettungssanitäters

vor dem Einsatz

- überprüfen, ob Ausrüstungsgegenstände verstaut bzw. verzurrt
- Notfallort auf der Karte markieren
- ggf. Funkkanal und Rufnamen des Kfz am Notfallort feststellen
- Hubschrauber beim Triebwerkanlassen beobachten (von außen), z. B. auf Entstehung von Feuer, Verlust von Kraftstoff oder Schmierstoffen
- Unbefugte fernhalten
- auf Zeichen des Piloten: Startkabel herausziehen, Startkabel dem Piloten zeigen und ablegen, Anlaßsteckdosenklappe schließen
- Verschluß der Türen, Klappen und des Tankeinfüllstutzens überprüfen
- nach dem Einsteigen: Gurte anlegen, Kinnriemen des Helmes schließen, Funksprechverbindung innerhalb der Crew herstellen.

nach dem Einsatz

- beim Abstellen der Triebwerke Beobachtung des Hubschraubers (von außen) auf ungewöhnliche Erscheinungen
- Unbefugte fernhalten
- Rückmeldung bei der Leitstelle
- Reinigen des Hubschraubers
- Betanken des Hubschraubers (in Zusammenarbeit mit dem Piloten)

Die Broschüre gibt ferner einen Überblick über physikalische Einflüsse auf den Patienten und auf das medizinische Gerät, schildert, was auf dem Gebiet der Patientenvorbereitung zu tun und wie medizinisch-technisches Gerät anzuwenden ist. Eine Check-Liste weist den Rettungssanitäter auf die täglich oder wöchentlich zu überprüfende Sanitätsausrüstung des Rettungshubschraubers hin.

Hans Hanßen

Fliegersichtkennzeichen

Kennzeichnung von Einsatzfahrzeugen

Nachdem der Arbeitsausschuß Brandbekämpfung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren 1973 an den Arbeitsausschuß 8 des Fachnormenausschusses Feuerwehrwesen (FNFw) mit der Bitte herangetreten war, eine Norm für einheitliche Funkrufnamen und Dachkennzeichen für Feuerwehrfahrzeuge zu erarbeiten, ist dieses Problem in mehreren Sitzungen beraten worden. Das Ergebnis stellte der FNFw im Entwurf DIN 14 035 Teil 1 vor.

Besondere Schwierigkeiten

Besondere Schwierigkeiten zeigten sich bei den Beratungen hinsichtlich der Anbringung der Dachkennzeichen auf den verschiedenen Einsatzfahrzeugen. Zunächst war beabsichtigt, auf den Dächern der Fahrzeuge den kompletten Funkrufnamen, den Funkkanal mit der Angabe Oberband (O) oder Unterband (U) sowie ein Kurzzeichen für die Betriebsarten „Gegensprechen" (G) oder „Wechselsprechen" (W) anzugeben.

Hierzu wurden von einigen Berufsfeuerwehren Lesbarkeitsversuche aus verschiedenen Höhen durchgeführt, um zu ermitteln:

a) welche Mindestschriftgröße erforderlich und möglich ist,

b) welche Farbkombinationen Schrift/Untergrund günstig sind.

Hierbei wurden zunächst u. a. auch die Erfahrungen der Polizei mit Dachkennzeichen berücksichtigt. Die Polizei in Baden-Württemberg verwendet eine Schrifthöhe von 500 mm, die ein einwandfreies Identifizieren von Einsatzfahrzeugen bei guten Sichtverhältnissen aus einer Höhe bis zu 300 m gewährleistet (als Mindestflughöhe wird 150 m angegeben).

Lesbarkeitsversuche ergaben, daß für diese Flughöhe eine Mindestschrifthöhe von 400 mm erforderlich ist.

Versuche mit dem kompletten Funkrufnamen und mit Angaben zum Funkkanal und der Betriebsart zeigten, daß die Unterbringung dieser Angaben

- bei Großfahrzeugen schon schwierig, aber mit Einschränkungen noch möglich,
- bei kleineren Fahrzeugen dagegen nicht mehr durchführbar ist.

Lösung des Problems

Der Entwurf DIN 14 035 Teil 1 sieht als Lösung vor:

Als Dachkennzeichen ist das amtliche Kennzeichen des jeweiligen Fahrzeuges zu verwenden.

Die Schrifthöhe muß mindestens 400 mm nach DIN 1451 bei rotem Untergrund Farbe weiß – bei weißem Untergrund Farbe schwarz sein.

Bewegung von Einsatzfahrzeugen und Hubschrauber

Zu beachten sind außerdem:

- schlechte Sichtverhältnisse
- Anflugwinkel
- Bewegung von Einsatzfahrzeugen und Hubschrauber.

Der Arbeitsausschuß 8 vertrat deshalb die Auffassung, daß der vorgesehene Funkrufname mit der Kanalangabe und der Betriebsart aus folgenden Gründen als Dachkennzeichen ungeeignet ist:

- Die erforderlichen Flächen sind auf den Einsatzfahrzeugen nicht vorhanden.
- Eine Umstellung der Fahrzeuge auf eine andere Feuerwache, in ein anderes Gerätehaus bedeutet eine Änderung des Funkrufnamens und damit eine Änderung des Dachkennzeichens, was umständlich und mit zum Teil erheblichen Kosten verbunden ist.
- Der Betriebskanal und die Betriebsart können während eines Großeinsatzes geändert werden.

Verwendung von Dachkennzeichen

Das amtliche Kennzeichen des Fahrzeuges ist dagegen so kurz, daß eine Unterbringung auf den Dachflecken immer möglich sein dürfte und diese Kennzeichen kaum verändert werden.

Durch diese Lösung kann ein direktes Ansprechen vom Hubschrauber zwar nur nach Einschaltung der zuständigen Rettungsleitstelle pp. erfolgen, es sei denn, die Hubschrauberbesatzung verfügt über entsprechende Verzeichnisse der Funkrufnamen (Gegenüberstellung). Der Ausschuß vertrat jedoch seinerzeit diese Lösung; nicht zuletzt auch deshalb, weil übereinstimmend die Ansicht vertreten wurde, daß Einsätze, die aus der Luft geleitet werden, auch in Zukunft eine relativ seltene Ausnahme darstellen werden.

Hierzu sei jedoch heute bemerkt, daß der Einsatz des Hubschraubers im Katastrophenschutz und Rettungsdienst erheblich an Häufigkeit zugenommen hat. Es empfiehlt sich, in den Einsatzfahrzeugen in der Nähe des UKW-Sprechfunkgerätes ein Schild mit dem amtlichen Kennzeichen anzubringen, so daß bei einem dringenden Einsatz die Hubschrauberbesatzung ggf. einfach das amtliche Kennzeichen durchgibt und der entsprechende Wagen mit seinem Funkrufnamen antwortet.

Einführung der Dachkennzeichen

In Nordrhein-Westfalen hat der Innenminister die Regierungspräsidenten und diese die Oberstadt- und Oberkreisdirektoren, Stadt- und Gemeindedirektoren mit Erlaß angewiesen, bei den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren Dachkennzeichen für die Einsatzfahrzeuge des Brand- und Rettungsdienstes einzuführen.

Die Einsatzfahrzeuge der nordrhein-westfälischen Polizei sind gleichfalls mit den Dachkennzeichen gemäß des Entwurfes DIN 14 035 Teil 1 ausgerüstet.

Versuchsreihe Dachkennzeichen im Katastrophenschutz

Der Verfasser dieses Beitrages hat im Sommer 1978 mit der freundlichen Unterstützung der Minnesota Mining & Manufacturing Company mbH (3 M Deutschland) – Abteilung Sicherheitsprodukte, Verkehrsregelung –, Carl-Schurz-Straße 1, 4040 Neuss/Rhein, einen Versuch mit Dachkennzeichen aus Reflexfolien, Schrifthöhe 500 mm, Farbe: weiß, durchgeführt.

Das Ergebnis dieses Versuches wurde in diesen Tagen bekannt: Bei Sichtversuchen aus verschiedenen Höhen konnte festgestellt werden, daß sich die Reflexfolie 9220 oder 9299 hervorragend als Dachkennzeichen anbietet und sich ausgezeichnet eignet.

Schon bei verhältnismäßig geringer Beleuchtung war das Erkennen des Dachkennzeichens und seine Lesbarkeit problemlos. Der Versuch wurde bei Dunkelheit und bei starker Bewölkung mit zufriedenstellendem Ergebnis durchgeführt.

Die gewonnenen Erkenntnisse werden dem Bundesamt für Zivilschutz unterbreitet, um ggf. die Einführung von Dachkennzeichen auch im Bereich des Katastrophenschutzes weiterhin zu aktivieren.

Bei dem Versuch mit Reflexfolie wurden auch Sicht- und Lesbarkeitsproben im Gelände (erhöhte Geländepunkte und von Hochhäusern) mit dem gleichen Erfolg unternommen. Die Versuchsreihe wird weitergeführt.

Der Idealfall wäre, wenn die Innenminister des Bundes und der Länder die Einführung der Dachkennzeichen für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben vorsehen würden.

Ulrike von Gimborn

Fünf Jahre Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring/Steiermark

„Mit Perfektionismus ausgestattet"

Schule und Katastropheneinsatzleitstelle zugleich – Zweigeschossiges Brandhaus zu Übungszwecken – Breit gestreutes Ausbildungsangebot

Eine mustergültige Einrichtung des österreichischen Bundeslandes Steiermark ist im Oktober des vergangenen Jahres fünf Jahre alt geworden: die Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring bei Graz. Sie hat Modellcharakter, da sie die erste Ausbildungsstätte im europäischen Raum ist, in der Feuer- und Zivilschutzausbildung unter einem Dach stattfindet, sie ist heute noch die modernste und am besten ausgestattete Schule dieser Art in Österreich und zugleich Katastropheneinsatzleitstelle für die Steiermark. Auch das Österreichische Rote Kreuz hat seinen festen Standort in der Schule. Die Zusammenarbeit läuft nach Aussagen aller Beteiligten hervorragend.

Auf dem Areal, das durch Zukäufe inzwischen knapp 80 Hektar groß ist, wurde mit einem Kostenaufwand von rund 95 Millionen Schillingen = 15 Millionen Mark all das aufgebaut, was nach heutigen Gesichtspunkten für die Ausbildung in Brand- und Zivilschutz erforderlich ist. Als Geburtstagsgeschenk wurden umgerechnet weitere vier Millionen Mark bewilligt, um den schulischen Bereich weiter ausbauen zu können. Damit soll dieses Jahr begonnen werden.

In diesem Gebäude befinden sich die Lehrsäle der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring.

Rauchgänge und Gasraum

Für die praktische Ausbildung steht ein 6000 qm großer Übungsplatz und bei schlechtem Wetter die 1700 qm große Fahrzeughalle zur Verfügung. „Naturalistische" Brandbekämpfung wird in einem Brandhaus, das 3145 Kubikmeter umbauten Raum hat und in Stahlbauweise errichtet worden ist, geübt. In zwei Geschossen können die Ausbilder in rauch- und gasdichten Gängen die Löscharbeiten beobachten. Im Keller des Hauses befinden sich Rauchgänge, in denen Übungen in verqualmten Räumen durchgeführt werden. Im Erdgeschoß ist u. a. ein Gasraum, in dem mit Schutzmasken geübt wird und die Masken auf Sitz und Dichtung geprüft werden. Ein 26 m hoher Übungsturm mit außenliegenden Treppen und Podesten ist für Steig- und Leiterübungen vorgesehen. Im Inneren des Turmes ist eine vollautomatische Schlauchaufhängevorrichtung installiert; im obersten Stockwerk des Turmes befindet sich eine Meß- und Beobachtungsstation für umweltschützerische Belange. Eine Schlauchwaschanlage, Kfz- und Atemschutzgerätewerkstätten komplettieren diesen Bereich.

Sehr günstig liegt die Schule für die Aufgaben des Wasserdienstes, nämlich direkt an der Mur – dem größten Fluß der Steiermark. So bot es sich an, einen Bootshafen, eine Bootshalle, verschiedene Lager- und Werkstätten und ein Tauchbecken zu errichten. Das Becken ist 25 mal 11 Meter groß und bis zu fünf Metern tief. Es können auch hier sämtliche Spielarten eines Katastropheneinsatzes geübt werden.

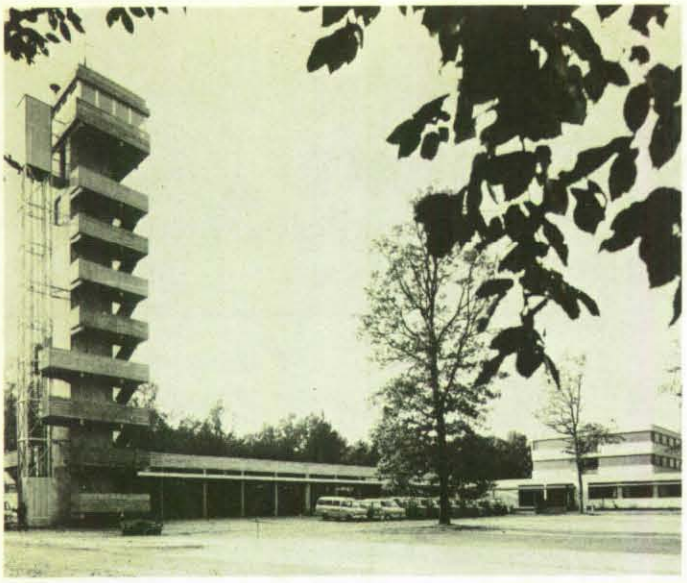
Um beim Wasser zu bleiben: Man ist im Falle einer Katastrophe durch einen eigenen Tiefbrunnen völlig autark. Selbstverständlich verfügt man auch über ein Notstromaggregat, das im Ernstfall über Wochen die Energieversorgung und Lüftungsanlage aufrecht erhalten kann. Es wird mit Dieselöl betrieben, der Tank faßt 30 000 Liter.

Schutzräume

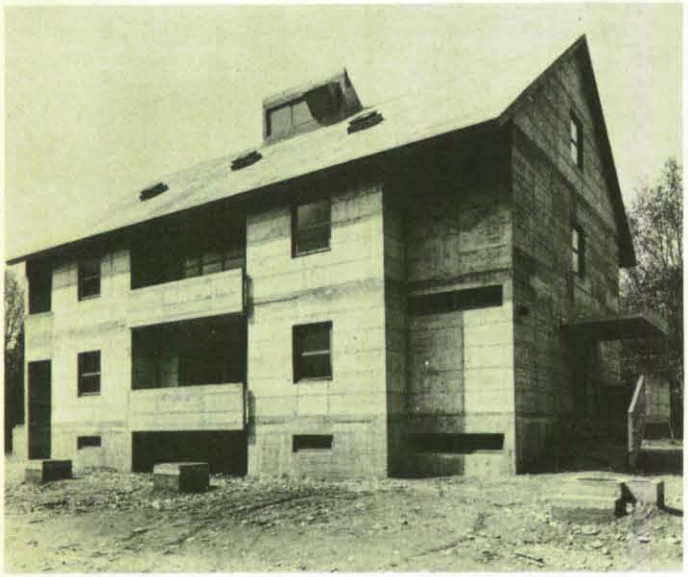
Kernstück der gesamten Anlage aber ist die unterirdische Katastropheneinsatzleitstelle. Sie kann je nach Art der Katastrophe mit bis zu 30 Personen besetzt werden. Sie besteht aus Nachrichtenzentrale, Bereitschaftsraum, Lage- und Führungsraum und Sozialräumen. Strahlenschutzräume für die gesamte Belegschaft (rund 100 Mann) sind ebenfalls vorhanden.

Die Leitstelle ist durch Lage und Bauweise gegen Brand, Hochwasser, radioaktive und chemische Stoffe, gesundheitsbedrohende Mikroorganismen, Einsturzgefahr der Decke und Druckstöße von außen geschützt. In die Leitstelle gelangt man durch eine Drucktür in eine Schleuse, sodann in einen Dekontaminationsraum (= Reinigung von radioaktiven Stoffen, Seuchenträgern aller Art usw.). Dann erst erreicht man die übrigen Räume.

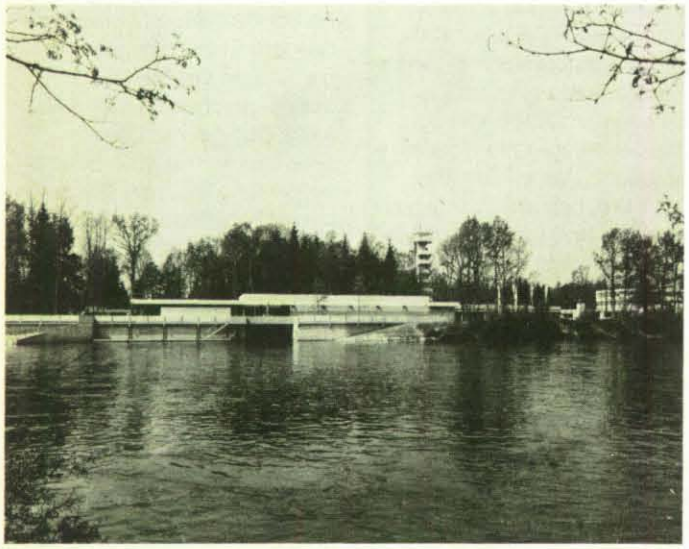
Die Nachrichtenzentrale selbst verfügt über alle üblichen und gängigen Einrichtungen, seit neuestem auch über einen Kurzwellensender, über den Kontakt mit Amateurfunkern aufgenommen werden kann. Dieser Nachrichtenzentrale im Strahlenschutzbereich



26 Meter hoch ist der Übungsturm. Im obersten Stockwerk befindet sich eine Beobachtungsstation für umweltschützerische Belange.



Besonderes Aushängeschild: Das große Brandhaus, das 3145 Kubikmeter umbauten Raum hat.



Die Schule liegt direkt an der Mur, dem größten Fluß der Steiermark, der hier zum Wasserübungsplatz wird.

steht eine kleinere Parallelzentrale im Erdgeschoß der Schule für den normalen Gebrauch zur Verfügung. Durch einfachen Hebeldruck läßt sie sich in den Schutzraum umschalten. Die Leitstelle übernimmt auch im Fall des Falles die Rolle einer Atommeldezentrale und könnte die Katastrophenkoordination zum Schutze der Bevölkerung übernehmen.

Programmierter Unterricht

Für den theoretischen Unterricht stehen zur Zeit insgesamt drei Lehrsäle zur Verfügung. Zwei davon sind mit modernen Labortischen für physikalische und chemische Experimente ausgerüstet, im dritten erfolgt der Unterricht mit Hilfe elektronischer Geräte programmiert. An der Schule wurden diese „Lernmaschinen" übrigens zum ersten Mal – zumindest in Mitteleuropa – eingesetzt.

Insgesamt 18 Unterkunftsräume mit jeweils vier Betten, Gästezimmer, Wirtschaftstrakt mit Küche, Speisesaal, etc. machen das Internat komplett.

An Sonderfahrzeugen sind eines zur Trinkwasseraufbereitung, ein vollausgerüstetes Funkeinsatzfahrzeug und ein Strahlenschutzfahrzeug vorhanden. Rettungshubschrauber können angefordert werden.

An weiteren Übungsmöglichkeiten wurde ein Trümmerkegel errichtet, ferner können Tankwagenbrände, Chemie- und Gasflaschenbrände und Transformatorenbrände am realen Objekt bekämpft werden. An der Attrappe eines abgestürzten Flugzeuges wird ebenfalls der Ernstfall geübt. Als zusätzliches Anschauungsmaterial wurden Filme und Bilder von Großeinsätzen (Übungen und Ernstfall) hergestellt.

Über 60 000 Teilnehmer

Entsprechend breit ist das Ausbildungsangebot gestreut und wird auch genützt. Von Oktober 1973 bis Dezember 1977 (die Zahlen für 1978 liegen noch nicht vor) haben über 62 000 Menschen an knapp 1800 Veranstaltungen teilgenommen, wobei neben den Führungen die Zivilschutzlehrgänge den Löwenanteil ausmachten. Hier war man besonders bemüht, zielgruppenorientiert auszubilden. Es gab und gibt eine intensive Zusammenarbeit mit der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie, mit Universitäten und Technischen Hochschulen, mit Lehrern, Krankenhäusern, aber auch mit Landwirtschaftsschulen (Agrarwirtschaft nimmt in Österreich immer noch einen sehr wichtigen Platz ein) und diversen Frauenverbänden.

An zweiter Stelle stehen die Feuerwehrlehrgänge, im Rahmen derer auch Taucher- und Bootsführerausbildung stattfinden. Seminare in den Gemeinden der Steiermark und diverse Übungen ergänzen den Ausbildungssektor.

Daneben werden die Kräfte der Lebringer Schule bei größeren und kleineren Bränden, Unfällen, bei Hochwasser, bei der Trinkwasseraufbereitung usw. eingesetzt, so daß Übung und Praxis tatsächlich miteinander verbunden sind und das Gebiet um Lebring optimal versorgt ist.

Aus seiner Begeisterung über das Projekt Lebring machte denn auch der damalige BVS-Präsident Heinz-Robert Kuhn bei der Einweihung der Schule vor fünf Jahren kein Hehl, als er betonte:

„Ich bin sehr überrascht, dieses phantastische Projekt nach so kurzer Bauzeit nunmehr fertiggestellt vorzufinden. Für ein Land wie die Steiermark ist diese Schule ein Projekt, das meiner Meinung nach weit über die Grenzen der Steiermark hinausstrahlen wird. In meinem Heimatland Nordrhein-Westfalen haben wir eine Landesfeuerwehrschule, die für die

Ausbildung vor allem der Feuerwehr Sorge trägt. Obwohl diese Schule für ein Land von 17 Millionen Einwohner zuständig ist, ist sie bei weitem nicht mit diesem Perfektionismus und so großzügig wie die Schule in Leb-ring ausgestattet. Unsere Schule ist aus räumlichen Gründen auch nicht in der Lage, Zivilschutzleute auszubilden. Ich beglückwünsche den Steirischen Zivilschutzverband zu dieser hervorragenden Einrichtung.".

An seiner tiefsten Stelle mißt das Tauchbecken fünf Meter.

Hier wird gezeigt, wie Atemschutzgeräte überprüft werden.

Zur praxisnahen Ausbildung gehört die Demonstration am Objekt.

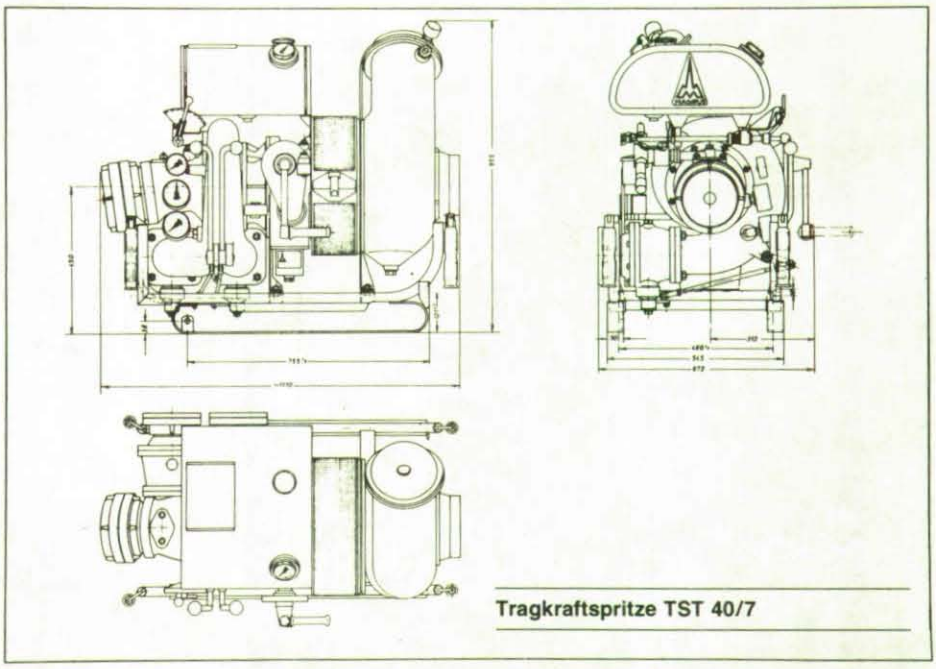
Gute Erfahrungen wurden mit dem programmierten Unterricht gemacht.

Lehrgänge über vermeidbare Gefahren im Haushalt gehören auch zum Ausbildungsangebot der Schule.

Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen

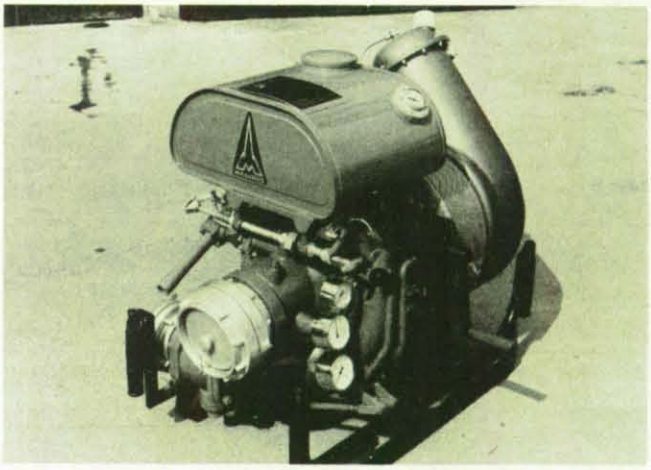
Die technische Entwicklung von Feuerspritzen nahm einen langen Weg. Fast zweihundert Jahre wurden zur Wasserförderung beim Feuerlöschen handbetätigte Feuerlösch-Kolbenpumpen verwendet. Dampfspritzen und Benzinmotorspritzen waren Zwischenstufen. Auch Elektromotorspritzen wurden wenige Jahre vor der Jahrhundertwende gebaut. Heute gehören zur Ausrüstung fast jeder Brandschutzformation, ob bei den Feuerwehren, im Katastrophenschutz oder im Zivilschutz, Tragkraftspritzen, die nach DIN-Richtlinien gebaut worden sind. Auch hat heute jede Wehr zumindest ein Tragkraftspritzenfahrzeug TSF. Die Wehrmänner brauchen auch den Tragkraftspritzenanhänger TSA im Alarmfall nicht selbst zu ziehen, um damit zur Brandstelle zu eilen. Tragkraftspritzen und eingebaute Feuerlöschkreiselpumpen gehören zur Basis des Feuerlöschwesens. Die Namen der großen Herstellerfirmen sind allen Brandschutzkräften geläufig. Die Abweichungen in den Konstruktionsmerkmalen ihrer Geräte sind verhältnismäßig geringfügig.

Das ZS-MAGAZIN veröffentlicht in loser Folge Beschreibungen der verschiedenen Typen von Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen, Beschreibungen, die uns freundlicherweise von der Firma Magirus Deutz AG zur Verfügung gestellt wurden. Die Redaktion kommt damit Wünschen nach, die wiederholt aus der Leserschaft an sie herangetragen worden sind.



Tragkraftspritze TST 40/7

Große Förderleistung und geringes Gewicht sind die Vorzüge dieser Tragkraftspritze mit einer Kleingasturbine. Als Zubringerpumpe über weite Strecken, Einbau auf Löschbooten, als Lenzpumpe bei Hochwasserkatastrophen u. ä. ist die Tragkraftspritze mit Turbinenantrieb besonders geeignet.



Tragkraftspritze TST 40/7

1. Allgemeines:

Die Tragkraftspritze TST 40/7 ist ein tragbares Pumpenaggregat mit Gasturbinenantrieb. Kreiselpumpe und Gasturbine sind direkt zusammengebaut und auf einem Traggestell montiert, mit dem sicher abgestellt und leicht transportiert werden kann.

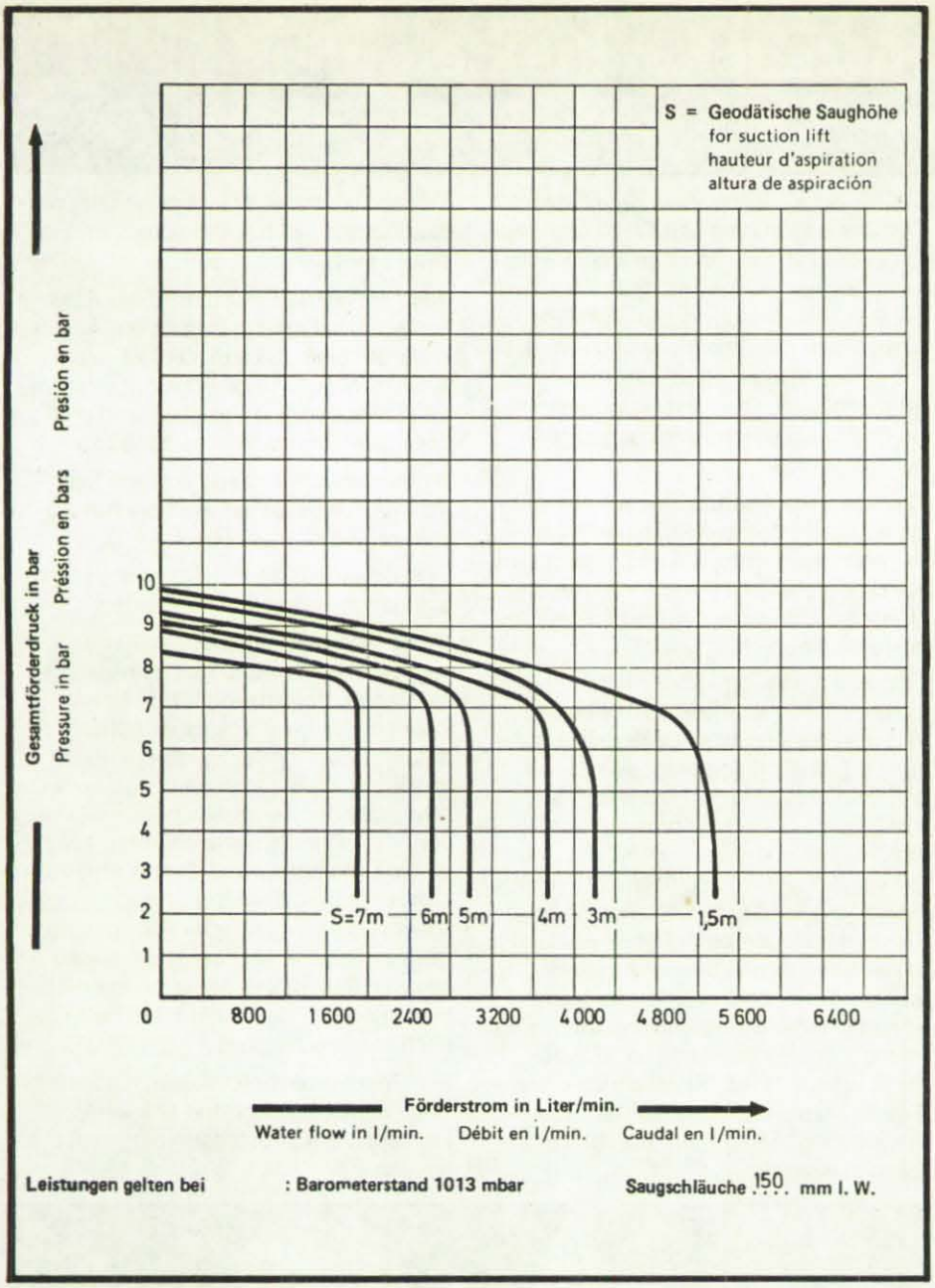
Besonders hervorzuheben ist bei dieser Tragkraftspritze die große Förderleistung und das geringe Gewicht. Diese Faktoren machen sie für Sondereinsätze der Feuerwehr, z. B. als Lenzpumpe bei Katastropheneinsätzen, ganz besonders geeignet.

2. Turbine:

Als Antriebsmaschine für die Kreiselpumpe dient eine DEUTZ-Kleingasturbine Typ 216.

Es ist eine Einwellenturbine mit einstufigem Radialverdichter und einstufiger Radialturbine.

Nennleistung: 100 PS bei 50 000 U/min, 15°C Umgebungstemperatur und 760 Torr Luftdruck.



Kennlinien der TST 40/7

Weitere Konstruktionseinzelheiten: Verdichter- und Turbinenlaufrad als Einheit auf Wälzlagern laufend. Verdichterlaufrad aus Alu-Knetlegierung. Turbinenlaufrad und Leitkranz aus hochwarmfester Gußlegierung. Gegenstrombrennkammer mit Einspritzdüse für den Kraftstoff und Dralleinsatz zur Verwirbelung der Verbrennungsluft. Kraftabnahme an einem zweistufigen Untersetzungsgetriebe, das direkt an das Gehäuse des Verdichters angeflanscht ist. Verdichter- und Getriebegehäuse aus Aluminium-Legierung. Gasturbine und Getriebe haben eine Druckumlaufschmierung. Die Kühlung erfolgt in einem Ölkühler durch den von der Turbine benötigten Kraftstoff. Die Kraftstoff-Förderung erfolgt durch eine Kraftstoffpumpe.

Zur Aufrechterhaltung einer eingestellten Drehzahl hat die Turbine einen Drehzahl-Verstellregler. Außerdem ist ein Überdrehzahlschutz eingebaut.

Das Anwerfen der Turbine erfolgt mit Andrehkurbel über einen Freilauf. Die erste Zündung erfolgt durch ein Zündlicht mit Reibkopf, das in die Brennkammer eingeführt wird.

Das Aggregat ist allseitig bis zu 30° Schräglage einsetzbar.

Kraftstoffbehälter mit 37 Liter Inhalt sowie Inhaltsanzeiger über der Pumpe gelagert. Als Kraftstoff können verwendet werden: Dieselöl, Heizöl EL, Petroleum, Kerosin, Benzin, JP 1, 4 und 5.

3. Feuerlöschkreiselpumpe:

Einstufige Ausführung, Saugstutzen axial in Pumpenmitte angeordnet mit F-Fest- und Blindkupplung (150 mm l. W.)
2 Druckabgänge mit Kugelhahn und A-Festkupplung mit Blinddeckel. Pumpengehäuse, Laufrad und Saugdeckel aus seewasserbeständiger Leichtmetall-Legierung. Das Pumpengehäuse ist direkt am Getriebe der Gasturbine angeflanscht, das Laufrad sitzt auf der Getriebeausgangswelle, welche aus rostfreiem Stahl hergestellt ist. Die Abdichtung dieser Welle erfolgt durch eine wartungsfreie Gleitringdichtung. Die Spaltwasserringe aus abriebfestem Kunststoff sind auswechselbar.

Die Entwässerung der Pumpe erfolgt durch die untenliegenden Druckabgänge.

Erreichte Leistung (bezogen auf Normalbedingungen):
Geod. Saughöhe: 1,5 m
Förderstrom: 4400 l/min
Manometr. Gesamtförderhöhe: 70 m WS

4. Entlüfungseinrichtung:

Zur Entlüftung der Pumpe dient ein einstufiger Ejektor, der nach dem Prinzip der Strahlpumpe arbeitet und Druckluft aus dem Luftsammler hinter dem Radialverdichter der Turbine als Treibmittel verwendet. Druckluftleitung durch Kugelhahn absperrbar. Bei einem Barometerstand von 760 mm Hg erlaubt er sicheres Ansaugen aus Tiefen bis 7,5 m. Der Ejektor arbeitet vollkommen wartungsfrei.

5. Bedienungsstand:

Unterhalb des Kraftstoffbehälters seitlich neben der Pumpe sind alle für den Betrieb der TS benötigten Bedienungs- und Kontrollelemente zusammengefaßt. Es sind dies:

1 Überdruckmeßgerät,
1 Über-Unterdruckmeßgerät,
1 Öldruckmesser,
1 Betriebsstundenzähler,
1 Andrehkurbel für die Turbine,
1 Betätigungshebel für Kraftstoffregulierung,
1 Bedienungsgriff für Ejektor,
2 Bedienungshebel für Kugelhähne an der Druckseite.

6. Traggestell:

Pumpe und Turbine sind mit 3 Stützfüßen auf einem Traggestell befestigt. Dieses hat 4 abklappbare Griffe mit Gummihandgriffen, an denen die Spritze leicht und sicher getragen werden kann. Federnde Schlittenkufen gewährleisten einen sicheren Stand der TS. Befestigungsaugen an den Schlittenkufen ermöglichen ein Arretieren der TS im Transportfahrzeug.

7. Maße und Gewichte:

Länge: ca. 1060 mm
Breite: ca. 690 mm
Höhe: ca. 955 mm
Gewicht betriebsbereit: ca. 205 kg

Flammen- und Hitzeschutzbekleidung

Verschiedene Modelle erlauben eine breite Anwendung

Schutzanzüge, -hauben und -handschuhe gewähren dem Feuerwehrmann größere Sicherheit im Einsatz und ermöglichen die Annäherung an den Brandherd auch bei sehr großer Hitzeentwicklung und somit eine wirksamere Feuerbekämpfung in unmittelbarer Nähe eines Brandherdes sowie die Rettung von Personen und wertvollem Gut aus brennenden Gebäuden, Schiffen, Fahrzeugen, Flugzeugen usw.

Das Lieferprogramm der Hersteller ist sehr vielseitig und den verschiedenen Einsatzbedingungen angepaßt. So unterscheidet man: leichte Anzüge, mittelschwere Anzüge und schwere Anzüge.

Zu beachten sind dabei die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten:

- nur Hitzestrahlungsschutz
- Hitzestrahlungsschutz mit Flammenberührung
- Möglichkeit der Feuerdurchschreitung.

Die **leichte Ausführung** dient nur als Hitzestrahlungsschutz, wobei unterschiedliche Materialien eingesetzt werden können, zum Beispiel: Baumwolle, Glasgewebe, Asbestgewebe, Nomexgewebe u. a.

Diese Gewebe können mit Alu-Folie beschichtet oder metallisiert sein.

Das Glasseidengewebe besitzt die größere Hitzebeständigkeit. Ein Tragen von geeigneter Unterkleidung erhöht die Schutzwirkung. Die leichte Hitzeschutzausrüstung kann je nach Erfordernissen mit oder ohne Hülle für ein Atemgerät geliefert werden. In jedem Fall wird das Atemschutzgerät unter dem Anzug getragen. Wenn die Hülle für ein Atemgerät eingearbeitet ist, kann die Ausrüstung ohne Schwierigkeiten auch ohne Atemschutzgerät getragen werden.

In der Vielfalt des Programms stehen verschiedene Formen, wie Jacke und Hose, Mantel, Kombination und andere zur Verfügung, je nach den gegebenen Erfordernissen.

Die **mittelschwere Ausführung** schützt gegen intensive Strahlungshitze und erlaubt eine kurzzeitige Flammenberührung.

Hier spielt die Isolierschicht bzw. die Abfütterung eine wichtige Rolle, d. h. die im Einsatz aufgewärmte Außenschicht kann nicht direkt mit dem Körper in Berührung kommen. Das ist besonders wichtig bei Kontaktberührung mit der Flamme oder mit heißen Gegenständen. In der mittelschweren Hitzeschutz-Ausrüstung ist immer eine Hülle für ein Atemgerät eingearbeitet, da in diesem Einsatzbereich mit Rauch oder Gasen, d. h. mit einem Mangel an atembarer Luft zu rechnen ist. Die Ausrüstung kann durchaus auch ohne Atemschutzgerät benutzt werden.

Die **schwere Ausführung** schützt wirksam gegen intensive Strahlungshitze in hohen Temperaturen und erlaubt eine kurzzeitige, direkte Flammenberührung, d. h. ein Durchschreiten von Flammenzonen ist möglich.

Die Schutzwirkung kann jedoch nur durch taktisch richtiges Verhalten des Anzugträgers erreicht werden. Die Ausrüstung ist eingerichtet für den Einsatz mit oder ohne Atemschutzgerät. Die auf dem Rücken der Kombination angebrachte Hülle ist bestimmt für die Unterbringung des Atemschutzgerätes (Preßluftatmer oder Sauerstoffschutzgerät). Die in der Haube befindlichen Abstandhalter ermöglichen die Luftzufuhr von außen. Bei Verwendung eines Atemschutzgerätes werden die Abstandhalter herausgenommen, damit die Haube dicht anliegt. Beim Durchschreiten von Flammenzonen und bei starker Rauchentwicklung muß ein Atemschutzgerät benutzt werden.

Es soll immer der Anzug eingesetzt werden, der sich zum entsprechenden Einsatz eignet.

Beim schweren Einsatz wird die Frage gestellt, wie lange man mit dem Anzug im Feuer bleiben kann. Diese Frage kann nicht präzise beantwortet werden, da dieses von den Verhältnissen und der Intensität des Feuers abhängt.

Wenn der Einsatzmann voll von Flammen umschlossen ist, liegt die Aufenthaltszeit unter einer Minute.

Die Sicherheit des Einsatzmannes darf auf keinen Fall gefährdet werden.

Im Bereich der Flammen muß er sich ständig bewegen und darf keineswegs stillstehen. Bei schweren Einsätzen, insbesondere wenn mit sehr hohen Temperaturen gerechnet werden muß, ist daher zu empfehlen, den in das Feuer eindringenden Mann zusätzlich mit Pulver oder Schaum abzuschirmen, soweit es die Umstände ermöglichen. Das Abspritzen mit Wasser ist nur dann zu verantworten, wenn sich der Anzug noch nicht erhitzt hat, weil sonst die Gefahr besteht, daß infolge der plötzlichen Abkühlung durch das Wasser die Hitze nach innen schlägt.

Für Rettungsaktionen sollen mindestens zwei, möglichst aber drei Männer in Hitzeschutz-Ausrüstungen eingesetzt werden.

Neuzeitliche Flammen- und Hitzeschutzbekleidung besitzt eine außergewöhnliche Schutzwirkung, die auf dem Prinzip der Strahlenreflexion und Wärmedämmung beruht. Sie wird ermöglicht durch eine sinnvolle Konstruktion von Anzügen, die in ihren Ausführungen den verschiedenen Einsatzbedingungen angepaßt worden sind. (Werkfoto Total)

SCHLESWIG~HOLSTEIN

„Heiße Tips" sehr gefragt

Die Telefondrähte liefen heiß, Verkehrsdurchsagen folgten dicht aufeinander, Katastrophenmeldungen häuften sich – Schleswig-Holstein versank im Schnee. Über 80 Ortschaften waren tagelang ohne Strom, ohne Heizung, ohne warmes Wasser. In vielen Häusern sanken die Temperaturen unter den Nullpunkt. Die Folgen: Erfrierungen bei Mensch und Tier, zerborstene Wasserleitungen, geplatzte Abflußrohre.

In dieser Lage, wie sie sich für weite Teile Schleswig-Holsteins zum Jahreswechsel ergab, war guter Rat sehr gefragt. Vor allem im Landeskreis Schleswig-Flensburg, dem von der Schneekatastrophe am härtesten betroffenen Gebiet des Landes, standen die Telefone auch bei den BVS-Dienststellen nicht still. Im Rundfunk gab BVS-Dienststellenleiter Hiebsch „heiße Tips".

Dabei ging es in erster Linie um Hilfe bei Erfrierungen, Lebensmittelbevorratung, Fragen zu technischen Problemen – überhaupt um Möglichkeiten zu sinnvoller Hilfeleistung.

Helfen wollten fast alle, wie, das war die große Frage – denn schließlich kamen sogar Panzer nicht mehr durch die Schneemassen. Selbstverständlich, daß die BVS-Dienststellen überall mit guten Ratschlägen zur Verfügung standen. Nachdem nun die Katastrophe gemeistert ist, die Schäden festgestellt sind und man wieder
Atem schöpfen kann, sollte man daran erinnern, daß der BVS jederzeit Ausbildung in Selbstschutzmaßnahmen anbietet. Außerdem hält der Verband zahlreiche Informations-Broschüren bereit.

Neuer Landesstellenleiter in sein Amt eingeführt

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde führte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des BVS, Direktor Artur Franke, am 4. Dezember 1978 den neuen BVS-Landesstellenleiter für Schleswig-Holstein, Dr. Heinrich Sahlender, in sein Amt ein. Franke dankte dem Leiter der BVS-Landesstelle Hamburg, Franz Beiter, für fast vier Jahre zusätzlicher Arbeit, die dieser mit der gleichzeitigen Wahrnehmung der Geschäfte in Schleswig-Holstein geleistet habe. Franke gab der Erwartung Ausdruck, daß der neue Landesstellenleiter aufgeschlossene Mitarbeiter vorfinde, die ein gutes Arbeitsklima garantieren.

Dr. Heinrich Sahlender betonte, daß er in Schleswig-Holstein eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern anstrebe. Nur so werde sichergestellt, daß die dem BVS übertragene Aufgabe, den Selbstschutzgedanken zu verbreiten, auch gemeinsam bewältigt werden könne. Dr. Sahlender – der Betriebs- und Volkswirtschaft studierte und leitende Funktionen im Bereich des kaufmännischen Managements innehatte – hob hervor, daß nach seinen Vorstellungen die Breitenarbeit in den Gemeinden verstärkt werden müsse. Dabei gehe es auch um enge Kontakte des BVS zu dem Land Schleswig-Holstein, den Landkreisen und den Hauptverwaltungsbeamten.

Direktor Franke mit dem neuen Landesstellenleiter Dr. Sahlender (links) und dem Landesstellenleiter von Hamburg, Beiter (rechts).

Bremen

Zivilschutz mehr fördern

Auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung befaßte sich die Junge Union Bremerhaven mit dem Thema „Katastrophenschutz in Bremerhaven – wie sicher ist der Bürger?" Einen Einblick in die Materie gaben der Chef der Bremerhavener Abteilung 5 „Katastrophenschutz", Meyer, und das Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, Moh, der hauptamtlicher Mitarbeiter des BVS ist. Meyer sprach in seinem Referat den Bereich der Feuerwehr an, er erläuterte ausführlich die Organisationsziele, zu denen z. B. die Gefahrenabwehr, die Brandverhütung, die Brandbekämpfung, die Brandschutztechnik und der Rettungsdienst gehören.

Moh stellte den Aufgabenbereich des Zivilschutzes dar. Zu diesem gehören alle Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung, lebenswichtiger Betriebe und Anlagen und zur Beseitigung eingetretener Schäden. Seine wichtigsten Bereiche: Selbstschutz, Schutzraumbau, Aufenthaltsregelung, Schutz von Kulturgut, Warndienst, Gesundheitswesen und Katastrophenschutz.

In der anschließenden lebhaften Diskussion forderte die Junge Union Bremerhaven zum Ausbau des Katastrophenschutzes folgende Verbesserungen:

- gesetzliche Pflicht zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen des Selbstschutzes;
- gesetzliche Auflage zur Durchführung von Katastrophenschutzübungen;
- verstärkten Ausbau von Schutzraumbauten;
- bessere Aufklärung über Zuschüsse für den privaten Schutzraumbau durch Architekten und Banken;
- Aufklärung über Aufgaben des Katastrophenschutzes, entsprechende Ratschläge sollen über Rundfunk und Fernsehen verbreitet werden, z. B. in der Art, wie „Der 7. Sinn" oder Aktionen zur Krebsvorsorge ausgestrahlt werden.

Man will diese Anregungen aufgreifen und in Form von Anträgen den entsprechenden Stellen zuleiten.

Arbeits-Sicherheitswoche in Wilhelmshaven

Der „Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit beim Niedersächsischen Sozialminister" führte unter der Schirmherrschaft von Minister Hermann Schnipkoweit in Wilhelmshaven die 15. Arbeits-Sicherheitswoche durch. Veranstaltungen dieser Art haben in den letzten Jahren in den verschiedenen Teilen Niedersachsens stattgefunden.

Der Deutsche Frauenring hatte sich in Wilhelmshaven des Themas „Sicherheit im Haus" angenommen, der Stadtelternrat behandelte das Problem „Der sichere Schulweg". Die Berufsfeuerwehr, das THW, der MHD, die JUH und die DRK-Wasserwacht waren ebenfalls vertreten. Der BVS zeigte die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt"; außerdem demonstrierte er die Bekämpfung eines Ölbrandes und das Ablöschen brennender Kleidung. Die BVS-Dienststelle hatte es übernommen, diese Veranstaltungen zu koordinieren.

In der Fachhochschule wurden Vorträge über die Arbeitssicherheit gehalten; dabei behandelte der BVS das Thema „Katastrophenschutz". Viele Betriebe zeigten großes Interesse, immer wieder kamen geschlossene Gruppen von Mitarbeitern.

Dem „Regionalen Arbeitskreis für Arbeitssicherheit", der die Informationswoche vorbereitet hatte, gehören Vertreter aller Bereiche an, auch des BVS. Die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, der Stadtelternrat und der Deutsche Frauenring bilden hier einen besonderen Arbeitskreis „Katastrophenschutz". Das Ergebnis der Veranstaltung wurde sehr positiv beurteilt. Die Mitglieder des Regionalen Arbeitskreises beschlossen bei ihrer Abschlußbesprechung, sich künftig regelmäßig zu treffen.

Angehörige des BVS zeigten, wie man einen Ölbrand mit Hilfe eines Feuerlöschers bekämpft.

25 Jahre aktiv im Verband

Am 1. November 1978 beging der BVS-Helfer Johannes Lünemann aus Jever ein besonderes Jubiläum: Er war an diesem Tage 25 Jahre ehrenamtlich im BVS tätig. In einer Feierstunde, an der auch Vertreter der Stadt Wilhelmshaven und des Landkreises Friesland teilnahmen, übermittelte Fachgebietsleiter Knapheide in der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven den Dank des Direktors des BVS.

Lünemann, der in den ersten Jahren Sachbearbeiter für das Bauwesen war, zeichnete später für die Ausbildung im Landkreis Friesland verantwortlich.

Von 1964 bis 1968 war er Leiter der Kreisstelle Jever. Seitdem ist er Beauftragter des BVS am Sitz der Kreisverwaltung und als BVS-Lehrer auch in der Ausbildung aktiv. Er ist überzeugter und engagierter Verfechter des Selbstschutzgedankens.

25 Jahre ist Johannes Lünemann (Mitte) ehrenamtlicher BVS-Helfer. Fachgebietsleiter Knapheide (rechts) und Dienststellenleiter Titzmann (links) dankten dem Jubilar für seine engagierte Mitarbeit.

Niedersachsen kurz und bündig

Osterholz-Scharmbeck. Die Ehefrauen der BVS-Helfer im Landkreis Osterholz wollen – wie ihre „besseren Hälften" – bei der praktischen Hilfe mitmachen.

Sie haben inzwischen fast vollzählig am BVS-Fachlehrgang „Sanitätsdienst" teilgenommen.

*

Coppenbrügge/Voldagsen. Die BVS-Schule Voldagsen erschien unverschuldet in „schlechtem Licht". Für einen Ausbildungsfilm, der dort gedreht wurde, mußten – öfter, als sonst bei Übungen notwendig – „Brände gelegt" werden. Die Anlieger reagierten ein wenig verärgert. Nachdem im Gemeinde-Mitteilungsblatt unter der Überschrift „Qualm und ein Filmteam" die Sache aufgeklärt wurde, ist jetzt wieder alles in Ordnung. Ein Beispiel dafür, wie nützlich Öffentlichkeitsarbeit in der Presse sein kann.

*

Lehrte. Der BVS wird in seiner Arbeit von der Stadtverwaltung unterstützt. Vor einiger Zeit veröffentlichte die Lokalpresse einen Aufruf an die Bürger, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen. Das städtische Ordnungsamt nahm die Anmeldungen für den Lehrgang entgegen.

*

Wolfsburg. Oberstudiendirektor Werner Hasselbring hat durch einen persönlichen Brief auch im vergangenen Jahr die Wolfsburger Bürger zur Teilnahme an Selbstschutz-Grundlehrgängen aufgefordert. Dank dieses Engagements konnte die BVS-Dienststelle eine ganze Reihe von Lehrgängen durchführen. Viele Bürger waren der Einladung des Oberstadtdirektors gefolgt.

nordrhein~westfalen

Information der Kommunalpolitiker

Leverkusen. Jochen Weck von der BVS-Dienststelle Leverkusen begrüßte 17 Mitglieder des Rates und der Bezirksvertretungen der kreisfreien Stadt Leverkusen zu einem Informationsabend im Katastrophenschutzzentrum der Stadt. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Hans Gert Lelickens hatte sich bemüht, nach der Einladung des BVS an alle Fraktionen der im Rathaus vertretenen Parteien, einen gemeinsamen Veranstaltungstermin zu vereinbaren.

Nachdem er einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben des Zivilschutzes gegeben hatte, erläuterte Weck die Arbeit des BVS. Er betonte insbesondere, daß das Ziel, den Dienstbereich – der 13 Gemeinden mit rund 530 000 Einwohnern umfaßt – mit der ganzen Vielfalt der BVS-Angebote an Information und praktischer Unterweisung zu versorgen, von den vier hauptamtlichen Mitarbeitern mit Unterstützung der 60 ehrenamtlichen Mitarbeiter weitgehend erreicht werden konnte.

160 000 Besucher zur Motor-Show

Essen. Auf der Essener Motor-Show, die als absoluten Rekord 160 000 Besucher verzeichnete, war auch die Essener BVS-Dienststelle vertreten. An einem Stand neben der Sonderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz" wurden die Besucher über Maßnahmen der zivilen Verteidigung, des Zivilschutzes, des Katastrophenschutzes und des Selbstschutzes informiert.

Übung „Herbstwind 78"

Düsseldorf. Leitende Kräfte der Stadtverwaltung, der Polizei und der Bundeswehr probten zwei Tage lang zusammen mit dem Technischen Hilfswerk, den Sanitätsorganisationen und dem BVS das Zusammenspiel der Führungskräfte bei Katastrophen. Die Übung stand unter der Leitung des Beigeordneten Dieter Licht und war Teil der Stabsrahmenübung „Herbstwind 78".

Vom Regierungspräsidenten wurden – vorher nicht bekannte – Übungseinlagen „eingespielt". Beteiligt waren am ersten Tag 250 und am zweiten Tag insgesamt 400 Personen, die je nach Belastung in zwei bzw. drei Schichten eingesetzt wurden. Angenommen wurden u. a. Brände im Hafen, Explosionen auf einem Güterbahnhof und die Blokkierung von Rheinbrücken.

Neben dem Einsatz der Katastrophenschutzhelfer wurde auch die Einrichtung von Hilfskrankenhäusern und Notunterkünften simuliert.

Selbstschutz an der Hochschule

Duisburg. Zum ersten Male fanden an der Gesamthochschule Duisburg Selbstschutzlehrgänge für Mitarbeiter statt. Sie wurden unterrichtet, wie man sich in Notfällen richtig verhält. Unterrichtsthemen waren Brandschutz, Bergung und Rettung von Menschen. Außerdem wurden Sofortmaßnahmen am Unfallort vermittelt.

Jetzt können die Mitarbeiter der Hochschule im Falle eines Brandes Feuerlöscher bedienen; sie haben gelernt, Erste Hilfe zu leisten und können durch Mund-zu-Mund-Beatmung einem Menschen möglicherweise das Leben retten. Auf jeden Fall können sie in den kritischen Minuten, bis Arzt, Krankenwagen oder Feuerwehr eintreffen, Sofortmaßnahmen einleiten.

Joachim Gehm, der zuständige Sachgebietsleiter der Hochschulverwaltung, meinte dazu: „Ich freue mich, daß wir im Rahmen dieser Lehrgänge für den Behördenselbstschutz 40 Mitarbeiter darin ausbilden konnten, in Notfällen sich und anderen solange zu helfen, bis auswärtige organisierte Hilfe eintrifft."

saarland

Eine BVS-Dienststelle zieht Bilanz

Zu einer Jahresabschlußveranstaltung hatte die BVS-Dienststelle Neunkirchen eingeladen. Zahlreiche ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter konnte Dienststellenleiter Gregorius begrüßen.

Auch BVS-Landesstellenleiter Koch und – in Vertretung des erkrankten Dezernenten für den Zivilschutz – der Leiter des Ordnungsamtes, Amtsrat Schick, waren gekommen.

Gregorius zog in seinem Jahresrückblick eine erfreuliche Bilanz. Die Dienststelle hat ihre Aufgaben – dank der engagierten Mithilfe der ehrenamtlichen Mitarbeiter – gut erfüllen können. Bei drei Ausstellungen wurden rund 11 000 Besucher gezählt. Etwa 6000 Besucher kamen zur – von Oberbürgermeister Neuber eröffneten – Henry-Moore-Ausstellung. Anläßlich des Stadtfestes wurden am Info-Stand des BVS weitere 5000 Besucher gezählt. Bei Aufbau und Abwicklung dieser Ausstellung haben die Helfer tatkräftig mitgearbeitet. Die Fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle führte fünf weitere Ausstellungen und Info-Veranstaltungen durch, mit rund 3700 Besuchern.

Nicht weniger erfolgreich verliefen die 136 Selbstschutz-Grundlehrgänge: 3486 Teilnehmer. Einschließlich der Ergänzungs-, Fach- und Fortbildungslehrgänge wurden auf dem Ausbildungssektor 204 Lehrgänge mit über 4500 Teilnehmern durchgeführt. BVS-Landesstellenleiter Koch sprach den Mitarbeitern der Dienststelle Neunkirchen Dank und Anerkennung aus. Ihre Leistungen könnten sich durchaus sehen lassen.

Amtsrat Schick lobte die gute Zusammenarbeit des BVS mit der Stadt.

Einer der ältesten Helfer der Dienststelle Neunkirchen, Hermann Theil, schied nach Erreichen der Altersgrenze aus dem Kreis der BVS-Mitarbeiter. Seit April 1959 war Theil aktiv im Selbstschutz tätig. Er konnte als früherer Leiter des Hauptamtes der Stadtverwaltung die Arbeit des BVS mit den Belangen der Stadt koordinieren und schuf so die günstigen Voraussetzungen für die Gesamtentwicklung des BVS. Landesstellenleiter Koch überreichte ihm in Würdigung seiner Verdienste eine Dankurkunde.

Schülerredakteure informierten sich

Redakteure und Klassensprecher der Gesamtschule in Spangenberg waren von der BVS-Dienststelle Kassel in Absprache mit der BVS-Dienststelle des Schwalm-Eder-Kreises zu einem zweitägigen Informationsseminar eingeladen worden. 20 Schülerinnen und Schüler und der beratende Lehrer, Renner, waren dieser Einladung gefolgt. Zur Einführung in die Thematik wurden die Aufgaben des BVS vorgestellt. Danach wurde über den Zivilschutz und die Zivilverteidigung informiert. Von der Frage- und Diskussionsmöglichkeit wurde rege Gebrauch gemacht: Bei dem Vortrag über die Wirkungen von modernen Angriffswaffen und Schutzmöglichkeiten dagegen wurde der Vortragende regelrecht mit Fragen „bombardiert". Das Erstaunliche war, daß die sich daraus ergebenden Diskussionen überwiegend von den Schülerinnen getragen wurden.
Um den Jugendlichen auch praktische Anschauung zu geben, wurde bei einer Bundeswehreinheit in Hessisch Lichtenau ein Schutzraum besichtigt. Aufgrund der guten Zusammenarbeit des BVS mit der Bundeswehr stellte diese einen Bus für die Hin- und Rückfahrt zur Verfügung.
Bei der Abschlußaussprache verwies Lehrer Renner darauf, daß er zunächst mit Skepsis diesem Seminar entgegengesehen habe, sich jetzt aber wegen des Interesses der Schülerinnen und Schüler und der Bedeutung der angebotenen Thematik dafür verwenden will, daß ein solches Seminar auch mit den Lehrern der Schule durchgeführt werden kann.

Fachlehrgang in Bad Hersfeld

An einem 16stündigen BKO-Fachlehrgang für Helfer in Bergungstrupp und -staffel nahmen 18 Beschäftigte der in Bad Hersfeld ansässigen Firmen Hoechst AG und Siemens teil. Als Ausbilder fungierten Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Kassel.
Dipl.-Ing. Groth als Vertreter der Betriebsleitung und Sicherheitsingenieur Higert führten aus, daß jede Firma von betrieblichen Katastrophen betroffen werden könne – besonders dann, wenn es sich um Betriebe handele, die mit gefährlichen Stoffen arbeiten bzw. diese produzieren. Auch aus Gründen der Vorsorge für die Belegschaft und das Unternehmen sollten Betriebe von der Möglichkeit der Ausbildung durch den BVS Gebrauch machen.

Vor allem nahmen Angehörige der Werksfeuerwehr an dieser BKO-Ausbildung teil, deren Abschluß eine kleine Übung bildete, bei der alle Beteiligten ihr neuerworbenes Fachwissen und -können unter Beweis stellen konnten.

Bürgermeister lud ein

Der Bürgermeister von Weinbach, Macherey, hatte durch Bekanntmachung in den Tageszeitungen und durch persönliche Schreiben an die Vereine des Ortes die Einwohner zu einer von der BVS-Dienststelle Wetzlar durchgeführten Informations- und Aufklärungsveranstaltung eingeladen.

Bei der Begrüßung führte Macherey aus, es handle sich hier um ein Thema, das jeden Bürger angehe. Niemand könne sich heute, jeder an seinem Platz, seiner Verantwortung entziehen. Harry Rischer von der BVS-Dienststelle Wetzlar erläuterte, welche Aufgaben der Zivilschutz – insbesondere der Selbstschutz – in Krisensituationen zu erfüllen hat und welche Gefahren im Verteidigungsfall auftreten können. Vorsorgliche Schutzmaßnahmen, betonte er, erhöhen die Überlebenschancen. Der Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes in den Gemeinden sei eine Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten. Bürgermeister Macherey nehme diese schwierige Aufgabe sehr ernst, dies zeige sein persönliches Engagement.

Bei der Feuerwehr zu Gast

Über den „Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland" sprach anläßlich des Kreisfeuerwehrverbandstages des Vogelsbergkreises in der Stadthalle in Homberg vor rund 480 Besuchern der BVS-Dienststellenleiter von Fulda, Ludwig. Fernsehen und Zeitungen, so führte er aus, berichteten fast täglich von großen und kleinen Unglücksfällen. Er erinnerte an die Flutkatastrophe an der Nordsee, die Waldbrände in Niedersachsen und das Erdbeben im süddeutschen Raum. Bei all diesen Katastrophen wurden Menschen und Sachwerte gefährdet. Dank des Einsatzes der Feuerwehren und anderer Hilfsorganisationen kann den Menschen

BVS-Dienststellenleiter Ludwig (links) im Gespräch mit den Landtagsabgeordneten Dr. Gerhard, Blumenstiel, Hisserich und Roth.

bei solchen Katastrophen schnelle Hilfe zuteil werden. Es gehört zu den elementaren Funktionen unseres Staatswesens, die Bevölkerung vor Katastrophen und Kriegsgefahren zu schützen. Grundsätzlich liegt die Abwehr von Gefahren bei Naturkatastrophen im Kompetenzbereich der Bundesländer. Der Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall ist dagegen Sache des Bundes. Allerdings wäre die militärische Verteidigung allein sinnlos, meinte der Sprecher, wenn es nicht gleichzeitig auch ein Konzept für die zivile Verteidigung gäbe. Dieses Konzept beinhalte auch den Zivilschutz.
Unter dem Begriff „Zivilschutz" sei ein großer Komplex zusammengefaßt: Selbstschutz, Katastrophenschutz, Warndienst, Schutzraumbau, Gesundheitswesen, Aufenthaltsregelung und der Schutz von Kulturgut. Leider habe die zivile Verteidigung – und somit auch der Zivilschutz – noch nicht den Stellenwert in unserer Gesellschaft, den er eigentlich haben müßte. In der täglichen Arbeit der Politiker rückten zwangsläufig immer wieder andere Probleme in den Vordergrund.
Es sei sicher, daß die Bundesregierung den Frieden als das höchste Gut betrachte, doch als Land an der Nahtstelle von Ost und West liege die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Spannungsfeld. Zivilschutz könne man keinesfalls als Kriegsvorbereitung werten, es gehe allein um den Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen aller Art.
Kreisbrandinspektor Alt dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Er unterstrich, daß es sicher richtig gewesen sei, zu der Feuerwehrverbandstagung auch einmal den BVS einzuladen und sich über dessen Arbeitsbereich und über die Aufgaben des Zivilschutzes informieren zu lassen.

Informationsseminare für Frauen

Die BVS-Dienststellen Schwäbisch Hall und Heilbronn führten für die Region Hohenlohe-Franken im November 1978 jeweils zwei Informationsseminare für Frauen durch. In Bad Mergentheim kamen – es gab die Wahlmöglichkeit zwischen vier Terminen – insgesamt 58 leitende und aktive Damen von Frauenverbänden zu den Seminaren „Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland" zusammen.

BVS-Dienststellenleiter Grab, Schwäbisch Hall, gab eine Einführung, dann wurde über die Aufgaben des BVS informiert. Über die private Lebensmittel-Vorratshaltung sprachen die Leiterin der Verbraucherzentrale Stuttgart, Frau Möller, und Frau Elsäßer, BVS-Dienststelle Karlsruhe. Die praktische Ausbildung im Selbstschutz wurde von Dienststellenleiter Eckelt durchgeführt.

Aufmerksame Zuhörerinnen hatte BVS-Dienststellenleiter Eckelt.

Selbstschutz – nicht wichtig?

„Erdbebenkatastrophe in Baden-Württemberg! Wir in Ludwigsburg sind noch einmal davongekommen! Aber wären Sie in der Lage gewesen, Schäden abzuwenden, Menschen zu helfen? Sich und anderen zu helfen, ist die Voraussetzung, wenn wir den Gefahren des täglichen Lebens mit Erfolg begegnen wollen. Unglücksfälle haben meist kleine Ursachen. Sie können vermieden, zumindest ihre Auswirkung gemildert werden, wenn man sich richtig verhält."

Das war der Text einer Einladung zur Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang, die an die Eltern einer Ludwigsburger Schulklasse verschickt wurde. BVS-Lehrer Weber ist in dieser Klasse Elternvertreter. Bedauerlicherweise war das Echo nur gering, doch zu diesem Lehrgang hatten sich Schwestern des Karmeliterordens aus einem Ludwigsburger Kinderheim, die über Selbstschutzmaßnahmen unterrichtet werden wollten, ebenfalls gemeldet. An vier Abenden wurde der Grundlehrgang durchgeführt. Die Teilnehmer folgten sehr interessiert den Ausführungen über den Schutzraumbau und vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz. Im Verlauf des Lehrgangs kam zur Sprache, daß in dem Kinderheim vor Jahren der Christbaum in Brand geraten war. Die Schwestern, die damals löschen wollten, kämpften gegen die starke Rauchentwicklung; sie hatten nicht gelernt, gebückt gegen die Flammen vorzugehen.

Die Oberin, Schwester Remigia, bedankte sich im Namen aller Teilnehmer für die Unterrichtung, sie hoffe, daß der BVS in ihrem Hause noch weitere Veranstaltungen durchführen werde.

Sanitätsstaffel ausgebildet

Die Sanitätsstaffel der Firma Zeiss unterzog sich einer umfangreichen Spezialausbildung: Der BVS begann im Frühjahr 1978 mit einer Grundausbildung, in der neben der Information über die gesetzlichen Grundlagen auch Brandbekämpfung, Rettungsmaßnahmen und Maßnahmen im Katastrophenfall vermittelt wurden. Diese Selbstschutz-Grundausbildung leitete BVS-Dienststellenleiter Banzhaf, Aalen.

In den Herbstmonaten wurden Fachausbildungen durch hauptamtliche Fachlehrer der BVS-Dienststelle Schwäbisch Hall durchgeführt. Es wurde aus dem Lehrprogramm des BVS ein spezielles Angebot für die Sanitätsstaffel der Firma Carl Zeiss zusammengestellt. Dienststellenleiter Grab und Fachlehrer Thiele hatten stets aufmerksame Zuhörer. Auch Dr. Schwarz, der Werksarzt, nahm an dieser Spezialausbildung teil.

Durch die BVS-Lehrkräfte wurden an vier verschiedenen Stellen des Werkes realistische Aufgaben vorbereitet. Vorher gab es noch einmal anhand von Dias Überblicke über Schadenselemente und Möglichkeiten des Selbstschutzes.

An einem Baugerüst wurde unter schwierigen Bedingungen das Abseilen geübt; an anderer Stelle wurden „Verletzte" auf einer Trage festgebunden und für einen erschwerten Transport vorbereitet. Im Kellergeschoß wurde ein Mauerdurchbruch mit einfachsten Handwerksgeräten – Fäustel und Meißel – durchgeführt. Dabei wurde deutlich, daß mit Überlegung auch eine solche Maßnahme, die im Ernstfall lebensrettend sein kann, zu erfüllen ist.

Im abschließenden Gespräch dankten die BVS-Lehrkräfte der Firma Zeiss und den Lehrgangsteilnehmern für die Bereitschaft, eine solche Ausbildung mitzumachen. Man verwies noch einmal auf die Bedeutung des betrieblichen Katastrophenschutzes. Der Leiter der Sanitätsstaffel, Pörner, nutzte die Gelegenheit, dem BVS dafür zu danken, daß er seine Lehrkräfte zur Verfügung stellte. Er lobte die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Es sei das Ziel jeder Ausbildung, für den Ernstfall gerüstet zu sein. Durch diese Zusatzausbildung seien die Einsatzmöglichkeiten der Sanitätsstaffel erweitert worden.

Johannes Hainecker verabschiedet

In einer kleinen Feierstunde verabschiedete BVS-Landesstellenleiter Raach den Bereichsbeauftragten von Karlsruhe, Hainecker, in den wohlverdienten Ruhestand.

Johannes Hainecker war seit 1956 als Sachbearbeiter beim BLSV/BVS in Mannheim tätig. Im Jahre 1960 übernahm er die Leitung der Ortsstelle Karlsruhe und 1961 die der Bezirksstelle Nordbaden. Seit 1973 war er als Bereichsbeauftragter eingesetzt.

In Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste überreichte Landesstellenleiter Raach dem Scheidenden das Ehrenzeichen des BVS und die Dankurkunde.

Landesstellenleiter Raach überreicht dem scheidenden Bereichsbeauftragten Hainecker die Dankurkunde.

rheinland~pfalz

Gäste aus der Finanzverwaltung

Zum Jahresabschluß fand an der BVS-Schule Birkenfeld ein Informationsseminar für Dienststellenleiter der Bundesfinanzverwaltung im Bereich der Oberfinanzdirektion Koblenz statt.

Ltd. Regierungsdirektor Hoppe eröffnete das Seminar, er sprach seine Zufriedenheit darüber aus, daß den Dienststellenleitern die Möglichkeit geboten werde, sich an der BVS-Schule mit den Grundlagen der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes, nicht zuletzt aber auch mit den Maßnahmen und Empfehlungen für den Behördenselbstschutz vertraut zu machen. Er erhoffe sich dadurch eine Intensivierung der Selbstschutzmaßnahmen im Bereich der Finanzbehörde.

Im Verlauf des Seminars hörten die Teilnehmer Vorträge über verschiedene Themenbereiche: modernes Kriegsbild, Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten, Aufgaben und Ziele der Zivilverteidigung. Eine Busfahrt nach Weinsheim zur Besichtigung des Warnamtes VII – und am Ende des Seminars – ein Vortrag über vorbeugende und abwehrende Selbstschutzmaßnahmen rundeten das Bild ab. Bei praktischen Vorführungen im Freien konnte jeder mit der Einstellspritze oder dem Handfeuerlöscher einem Entstehungsbrand zu Leibe rücken.

Um den Behördenselbstschutz

Zwei Selbstschutz-Grundlehrgänge und drei Selbstschutz-Fachlehrgänge für Brandschutz, Bergungs- und Sanitätsdienst werden im ersten Halbjahr 1979 für die Bediensteten der Mainzer Behörden durchgeführt. Dies wurde bei einem Erfahrungsaustausch bekanntgegeben, zu dem die Stadtverwaltung Mainz dortige Behörden und Dienststellen eingeladen hatte. Die Lehrgänge finden im Rathaus oder auf dem Katastrophenschutz-Übungsgelände im ehemaligen Fort Biehler statt; sie werden von der Mainzer BVS-Dienststelle durchgeführt.

Einige Behörden hatten keine Vertreter zu der Besprechung entsandt, das erweckte den Eindruck, das Interesse am Aufbau eines wirksamen Behördenselbstschutzes sei bei manchen Behördenleitern nicht sehr groß. Andere Gesprächsteilnehmer waren der Meinung, einzelne Behörden gingen davon aus, daß sie im Notfall immer auf die hauptamtlichen Helfer des Rettungsdienstes und der Feuerwehr zurückgreifen könnten. Sie übersähen dabei jedoch, daß daß in einem Katastrophenfall die professionellen Einsatzkräfte immer nur an einigen wenigen Stellen eingesetzt werden könnten.

Nach der von den Anwesenden geäußerten Kritik über die unzureichende Ausstattung der Behörden mit Geräten und Bekleidung für die Bediensteten im Behördenselbstschutz empfahl der Leiter der Abteilung Zivilschutz der Stadt Mainz, Amtsrat Busch, konkrete Bedarfspläne aufzustellen und rechtzeitig Anträge zur Bewilligung der erforderlichen Haushaltsmittel abzugeben. Die Behördenselbstschutzleiter müßten den Behördenchefs verdeutlichen, daß sie für solche Maßnahmen die volle Verantwortung tragen.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Mainz, Lehn, teilte mit, daß der BVS, einem Wunsche der Gesprächspartner folgend, in Zukunft den Lehrgangsteilnehmern wieder Themenblätter zur Nacharbeit des vermittelten Lehrstoffes aushändigen wird.

Bayern

BVS-Vortragsveranstaltung in Bayreuth

Wenn man sich persönlich kennt, ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit im Ernstfall erfüllt.

Aus dieser Überlegung heraus hatte der BVS-Dienststellenleiter von Bayreuth, Schneider, zu einem Gespräch im kleinen Kreis eingeladen. Die Leiter von Institutionen und Organisationen, die im erweiterten Katastrophenschutz zusammenarbeiten müssen bzw. berührende Aufgaben wahrnehmen, wurden im Bereich des Landkreises und der kreisfreien Stadt Bayreuth angesprochen.

Bayreuth ist Sitz der Regierung von Oberfranken, deshalb wurde auch der

BVS-Dienststellenleiter Schneider (rechts) im Gespräch mit den Gästen.

zuständige Referent der Bezirksregierung eingeladen; ebenfalls der Kommandeur des Verteidigungsbezirkskommandos 67 und der Leiter des Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz, Außenstelle Oberfranken. Außer den Vertretern der Hilfsorganisationen nahmen auch Vertreter des Landkreises und der Stadt Bayreuth sowie der Polizei und des Bundesgrenzschutzes teil.

Zum Thema „Zivilverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland" wurde der Film „Schutzbündnis" gezeigt, der viel Beifall fand. Anschließend gab es eine lebhafte, aufgabenbezogene Diskussion zwischen den Teilnehmern und den BVS-Mitarbeitern. Oberpolizeirat Eckardt übergab den Ehrenteller des Polizeipräsidiums Oberfranken an die BVS-Dienststelle Bayreuth als Zeichen eines guten Kontaktes.

Selbstschutzlehrgang an der Hauptschule

Gleichgültig, ob durch Naturgewalten, technisches Versagen oder menschliche Unzulänglichkeit ausgelöst – Katastrophen gefährden oft Menschenleben. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, zu versuchen, nicht nur sich selbst und seiner Familie, sondern auch bedrohten Mitmenschen in einem solchen Falle zu helfen. Allerdings genügt nicht allein der gute Wille, man muß auch helfen können.

Kürzlich wurde für die 121 Schülerinnen und Schüler des neunten Jahrgangs an der Hauptschule Waldkraiburg im Rahmen des Soziallehre- und Biologieunterrichts ein Selbstschutzlehrgang durchgeführt. Neben rein theoretischem Grundwissen stand die praktische Übung. Dabei wurde vermittelt, wie man Brände bekämpft, einfache Hilfsmittel und Rettungsgriffe bei Verunglückten anwenden kann, Druckverbände anlegt, einen Schock bekämpft, Knochenbrüche und Verbrennungen richtig behandelt, Atemspenden durchführt und vieles andere mehr.

Katastrophenschutzzug der Post übte

Es ist bedauerlich, daß bis zum Eintreffen der Krankenwagen und Ärzte nach einem Unfall die ersten Minuten ungenutzt verstreichen. Für die Betroffenen kann ein solcher Zeitverlust jedoch schwerwiegende Folgen haben. Diese Erkenntnis führte bei der Deutschen Bundespost in Landshut dazu, eine entsprechende Selbsthilfe – den betrieblichen Katastrophenschutz – aufzubauen.

Auf dem Übungsgelände des BVS in Ergolding wurde kürzlich eine Übung dieser Gruppe durchgeführt. Es wurden Unfallsituationen dargestellt, bei deren Bewältigung die Angehörigen der einzelnen Züge ihr Können beweisen mußten. Im einzelnen ging es darum, Brände zu löschen, verschüttete und eingeklemmte Personen zu bergen und bei einem Autounfall verletzte Menschen zu versorgen. Bei der Bergung der unter Betonbrocken liegenden Opfer wurde mit schwerem Baugerät gearbeitet.

Bei dieser Übung sollte der Gebrauch der Geräte und die wirksame Zusammenarbeit der Helfer erprobt werden. Es muß gesagt werden, daß der Katastrophenschutzleiter nur hin und wieder eingriff, so exakt wurde gearbeitet. Der Katastrophenschutzzug des Fernmeldeamtses Landshut ist sicher für einen eventuellen Notfall bestens gerüstet und ausgebildet.

Appell des Landrates an die Bürgermeister

Die Deggendorfer BVS-Dienststelle hatte zu einer Veranstaltung eingeladen. Neben zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren Vertreter der Industrie, der Schulen und Vereine sowie die beiden Bundestagsabgeordneten Alois Rainer und Franz Handlos erschienen.

Landrat Feuchtiger, der die Bedeutung des Selbstschutzes betonte, appellierte an die Bürgermeister, den Selbstschutz in ihren Gemeinden zu fördern. Der für die Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Bayern zuständige Fachgebietsleiter, Fritz Polster, referierte über die „Bedeutung und Funktion des Zivilschutzes im Rahmen der Zivilverteidigung". Nach ausführlichen Erklärungen der Zusammenhänge zwischen militärischer und ziviler Verteidigung erläuterte er die besonderen Aufgaben der zivilen Verteidigung, zu denen auch der Zivilschutz gehöre. Dieser umfasse alle Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Basis des Zivilschutzes sei der Selbstschutz. Dieser Begriff lasse bereits erkennen, daß es sich hier nicht um eine Organisation, sondern um einen Sammelbegriff für Verhaltensweisen der Bevölkerung handele. Anmerkungen machte Polster besonders zum Thema Schutzraumbau. Da es keine Pflicht zum Bau von Schutzräumen gebe, sei der Bau von Schutzräumen der Eigeninitiative des Bauherrn überlassen. Die Bundesregierung unterstütze solche Baumaßnahmen durch die Gewährung von Zuschüssen und erhöhte steuerliche Abschreibungen.

Postoberamtsrat Josef Feuchtner geehrt

Der Präsident des BVS hat dem Bezirks-Katastrophenschutzleiter der OPD München, Postoberamtsrat Josef Feuchtner, die Ehrennadel des Verbandes verliehen. In Vertretung von Landesstellenleiter Hinderberger überreichte Fachgebietsleiter Denke am 15. Dezember 1978 in den Räumen der OPD München die Auszeichnung.

Feuchtner war vom 5. Juni 1972 bis zum 31. Oktober 1978 Bezirks-Katastrophenschutzleiter der OPD München; ihm unterstanden zuletzt 87 Züge mit 1900 Helfern. Mit dem BVS verband ihn sowohl örtlich als auch regional eine gute Zusammenarbeit; er war der Koordinator für die Entsendung von Bediensteten zu Lehrgängen der BVS-Schule Geretsried.

Nicht zuletzt war es sein Verdienst, daß die örtlichen Katastrophenschutzleiter und die Amtsleiter von der Notwendigkeit des Aufbaus und der Ausbildung des Katastrophenschutzes überzeugt wurden. Feuchtner hat wesentlich zur Erhöhung der Selbstschutz-Bereitschaft bei der Deutschen Bundespost beigetragen.

Direktor dankte den THW-Helfern in Schleswig-Holstein

Am 9. Januar besuchte der Direktor des THW und Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Ahrens, den THW-Landesverband Schleswig-Holstein, um sich an Ort und Stelle über die vom THW anläßlich der Schneekatastrophe durchgeführten Hilfsmaßnahmen zu informieren und den ehrenamtlichen Helfern des THW für ihre hervorragenden Leistungen und ihre unermüdliche Einsatzbereitschaft zu danken.

Erste Station auf seiner Informationsreise war Schleswig, das neben Flensburg und den Kreisen Nordfriesland, Ostholstein, Plön und Rendsburg-Ekkernförde mit am schwersten betroffen worden war. Im Rahmen einer Dienstbesprechung, an der Landesbeauftragter Meier, die Geschäftsführer aus allen kreisfreien Städten und Landkreisen sowie der Ortsbeauftragte für Schleswig und weitere ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter des THW teilnahmen, ließ sich Direktor Ahrens eingehend über alle während der Katastrophe getroffenen Maßnahmen und Einsätze berichten.

Fazit: Abgesehen von kleineren Pannen, die bei einem so unvorstellbar großen Chaos, wie es die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein verursachte, nun einmal vorkommen, hat der Einsatz des THW überall gut funktioniert. Die Helfer des THW haben gute Arbeit geleistet. Sie waren in vielen Teilen des Landes oft bis zur physischen Erschöpfung eingesetzt und haben sich hervorragend bewährt.

Nach der Besprechung in Schleswig fuhr Direktor Ahrens mit dem Landesbeauftragten und weiteren THW-Mitarbeitern nach Husum, wo ihm vom THW-Kreisbeauftragten Heydtmann ein sehr aufschlußreicher und detaillierter Bericht über den Einsatz des THW in Nordfriesland gegeben wurde.

Heydtmann bestätigte noch einmal, wie schon in der Besprechung in Schleswig immer wieder hervorgehoben, die große Einsatzbereitschaft der Helfer und die Bewährung von Fahrzeugen, Gerät und Bekleidung.

Insgesamt waren in Schleswig-Holstein während der Katastrophe über 1000 THW-Helfer eingesetzt. Sie leisteten mehr als 35 000 Einsatzstunden. Wie groß ihre Einsatz- und Hilfsbereitschaft für ihre in Not geratenen Mitmenschen war, mag ein kleines Beispiel zeigen:

Zwei Helfer in Nordfriesland und zwei Helfer in Ostholstein legten rund 16 Kilometer zu Fuß zurück, um ihren Ortsverband zu erreichen und sich für den Einsatz zur Verfügung zu stellen.

Übung „Herbstwind '78"

„Durch eine extrem schlechte Großwetterlage sind zahlreiche Schäden entstanden, die durch die örtlichen Hilfskräfte allein nicht behoben werden können. Aufgrund der Vorhersagen werden Stürme mit Windgeschwindigkeiten von über 100 km/h und kräftige Regenschauer erwartet; zusätzliche Schäden sind zu befürchten, die es zu mildern oder abzuwehren gilt. Auch die THW-Ortsverbände Bad Segeberg, Kaltenkirchen, Norderstedt und Wahlstedt des Kreises Segeberg sind alarmiert worden."

Dies war die Ausgangslage zu einer Einsatzübung auf Kreisebene, die erstmalig in dieser Größenordnung im Kreisgebiet durchgeführt wurde. Die THW-Einheiten, ergänzt durch einen DRK-Sanitätstrupp und einen Fernmeldetrupp, wurden in Bad Segeberg zusammengezogen. Die Zugführer erhielten hier ihre Aufträge.

Zuvor jedoch wurden die Einsatzeinheiten mit den notwendigen Funkgeräten und Zugtrupp-Fahrzeugen, mit Lastkraftwagen und anderen Fahrzeugen ausgerüstet.

Vom THW-Landesverband wurde der Übungsleitung das Fahrzeug der Koordinierungsstelle und dem Instandsetzungszug für die Ausbildung der Helfer eine Trinkwasseraufbereitungsanlage zur Verfügung gestellt. Zentral beschafftes und aus Beständen entnommenes Übungsmaterial wurde bei dieser Gelegenheit auf die Züge verteilt.

Die gestellten Aufgaben werden im friedensmäßigen Katastrophenschutz immer wieder auftreten. Es galt deshalb, die Führungskräfte und Helfer der Einheiten in folgenden Tätigkeiten intensiv zu schulen:

- Heranführen und Führen von Einheiten und Verbänden an Schadensstellen,
- Behelfsbrückenbau, Erkundung und Planung,
- Behelfsstegebau,
- Bergungsübung mit Abstützungen und Aussteifungen,
- Deichverteidigung und Sicherung von Ufern und Deichen,
- Beschaffen von Bauholz,
- Erstellen von Sprengplänen,
- Einrichtung von behelfsmäßigen Unterkünften,
- Bewegen von Lasten.

Es war ein umfangreiches Programm, das am 7. und 8. Oktober von 16.00 bis 16.00 Uhr, fast ohne Unterbrechung, abgewickelt werden sollte. Die Übungsräume waren das Kreisgebiet und ein Übungsplatz der Bundeswehr.

Eine Überprüfung der Leistungsfähigkeit und der Kenntnisse aller Helfer stand im Vordergrund des Übungsplanes.

Für die Einheitsführer und Unterführer galt es, Erfahrungen in der Führung von Einheiten und Teileinheiten unter einsatzmäßigen Bedingungen anzuwenden, zu sammeln und auszuwerten.

Die Führungsgruppe war gezwungenermaßen in der Doppelfunktion „Leiten" und „Führen" tätig.

Insgesamt 131 Helfer mit 25 Fahrzeugen wurden an die Übungsaufgaben herangeführt. Die Lösungen erforderten aufgrund der örtlichen Gegebenheiten organisatorisches und einsatztaktisches Geschick sowie entsprechendes Vorstellungsvermögen. Nicht immer sind die Lösungen im Hinblick auf die Zielsetzung zufriedenstellend gefunden worden, was z. T. auch auf Mängel in der Übungsvorbereitung der Einheiten zurückzuführen war.

Konstruktive Kritik wurde von den Einheitsführern einsichtsvoll entgegengenommen, um aus aufgetretenen Unzulänglichkeiten für spätere Vorhaben zu lernen. Fazit der Übung war, daß man häufiger in größeren Verbänden üben sollte, am besten an realistischen Übungsanlagen. Und – auch das sei hier gesagt – die Einheiten müssen auf dem Ausrüstungssektor auf den Stand gebracht werden, der zur Erfüllung der Aufgaben und Pflichten erforderlich ist. Die Übung hat dies wiederum verdeutlicht. PU

Deichverteidigung geprobt

Wie in jedem Jahr während der „Sturmperiode" wurde zur Abwehr des „Blanken Hans" der Ernstfall geprobt. Rund 100 Helfer aus den Bezirksverbänden Mitte, Nord und Harburg wurden nach dem Sammeln auf den Deichverteidigungsplätzen zu verschiedenen Schadensstellen in Marsch gesetzt. Zur Führung der Einheiten waren zwei Technische Einsatzleitungen eingesetzt.

An den Schadensstellen wurden die Helfer durch die örtlichen Deichwarte eingewiesen und hatten verschiedene angenommene Bruchstellen am Deich abzudichten. Eine andere Einheit des THW war im Hafengebiet eingesetzt, um Teile des Hafens mit Sandsackbarrieren zu schützen. Bausenator Lange überzeugte sich vor Ort von der Leistungsfähigkeit der Helfer. Neben den aktiven Kräften am Deich spielten auch die Führungsstäbe, wie der zentrale Katastrophendienststab und ein regionaler Katastrophendienststab, in Befehlsgebung, Organisation und Führung mit.

Das abschließende Urteil der Baubehörde über den Einsatz des THW war sehr positiv, sollte aber die Beteiligten anspornen, die Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Deichverteidigung noch zu verbessern. A. K.

Jugendgruppen des THW Altona eingeschneit

Mit unerwarteten Schwierigkeiten hatten die Jugendgruppen des THW Altona auf ihrer Erkundungsfahrt am 28./29. Dezember nach Schönberg/Ostsee zu kämpfen. Auf der Autobahn blieb ein Instandsetzungsfahrzeug mit Motorschaden liegen. Das Austauschen und Umladen des Fahrzeugs verzögerte die Ankunft um ungefähr zwei Stunden.

Als einige Kilometer gefahren waren, begann ein leichter Schneefall. Die Temperaturen sanken schnell, und die Fahrbahn vereiste. Kurz vor Kiel konnte von den Jugendlichen in Zusammenarbeit mit der Polizei ein im Graben liegender Pkw geborgen werden.
Ein vorausgefahrener Gerätekraftwagen meldete über Funk Schneewehen von 40 cm Höhe zwischen Kiel und Schönberg. Um 23 Uhr trafen die Jugendgruppen in Schönberg ein. Übernachtet wurde in einem von der Schönberger Schule zur Verfügung gestellten Klassenraum. Am nächsten Morgen war der Schulhof 30 cm hoch verschneit. An einigen Stellen türmten sich Schneeberge bis zu einem Meter Höhe auf. Der Verkehrsfunk meldete, daß alle Straßen um Schönberg durch Schneewehen unpassierbar geworden seien.

Daraufhin wurde telefonisch durchgegeben, daß die Erkundungsfahrt abgebrochen und gegen Mittag ein Durchkommen nach Kiel über die Bundesstraße versucht werden würde. Die Vorbereitungen hierzu liefen an. Schneeketten wurden aufgelegt, Allradantriebe eingelegt, Fahrzeuge aufgetankt und die Reservekanister aus Sicherheitsgründen an der nächsten Tankstelle gefüllt.
Bei all diesen Vorbereitungen passierte noch ein Mißgeschick: Ein Fahrzeug-Zündschlüssel fiel vom Schlüsselbund in den Schnee. Sofortiges Suchen führte zu keinem Erfolg. Da ordnete der Jugendleiter an, den Schnee um das Fahrzeug herum abzutragen und in den Kessel der Feldküche zu schütten. Nach ca. einer Stunde konnte die Aktion mit Erfolg abgebrochen werden; auf dem Boden des großen Suppenkessels wurde der Schlüssel sichtbar.
Gegen 14 Uhr setzte sich die Kolonne dann langsam in Bewegung. Im Schrittempo ging es über die Bundesstraße 502 in Richtung Kiel: Die Sicht lag stellenweise unter zehn Metern. Mehrere Male mußten steckengebliebene Pkw freigeschaufelt werden, um die Straße freizumachen. Hinter den THW-Fahrzeugen befanden sich andere Fahrzeuge, die so die Gelegenheit nutzten, um nach Kiel durchzukommen. In Kiel konnten dann auch die Schneeketten wieder abgenommen werden. Die Rückfahrt von Kiel nach Hamburg wurde verhältnismäßig schnell bewältigt. M. D.

Chronik des THW-Bezirksverbands Hamburg-Nord

Am 25. Juli 1952 versammelten sich in einer Hamburger Gaststätte 40 ehemalige Helfer der Technischen Nothilfe, um über die Gründung eines Bezirksverbandes des THW in Hamburg-Nord zu beraten.
Am 1. September 1952 wurde der BV Hamburg-Nord gegründet. Sein erster Bezirksbeauftragter wurde der Elektro-Ing. Ernst Reckling. Der erste Sachwalter des BV war der Pensionär Willi Stürmer.
Zu dieser Zeit trafen sich die Helfer in der Heilwigstr. 110 in zwei Räumen einer alten Villa. Als erste Aufgabe errichteten die Helfer 1953 mit privaten Werkzeugen eine Brücke im Stadtpark. Dieser ersten Konstruktion folgten bis heute 14 weitere Brücken.
Im gleichen Jahr wurden Helfer des BV zum Fluteinsatz in die Niederlande geschickt. Im Laufe der folgenden Jahre drangen Helfer des THW Hamburg-Nord sogar bis Afrika vor.

Bei den verschiedenen Katastrophen-Einsätzen im Inland wurden die Helfer außer in Hamburg auch in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eingesetzt. Neben diesen Einsätzen führten die Helfer viele technische Hilfeleistungen durch. Dabei ist besonders die Teilnahme an den Aktionen „Grünes Hamburg" und „Saubere Stadt" zu erwähnen.
Seit Mitte der 50er Jahre lag ein Schwerpunkt in der Ausbildung der Helfer im Wasserdienst. Mehr als 80 Helfer nahmen im Laufe der Zeit an Wasserdienstlehrgängen teil. Daher sind die Einheiten des BV Hamburg-Nord heute für alle auf diesem Gebiet anfallenden Aufgaben gut gerüstet.

Anfang der 70er Jahre schließlich nahmen Führungskräfte des Hamburger Technischen Hilfswerkes zuerst in Hamburg-Nord die Jugendarbeit auf. Die Jugendgruppe wuchs schnell auf 36 Junghelfer an und bildet damit das Nachwuchspotential künftiger Jahre.

Nachdem die Arbeit in den erwähnten zwei Räumen begonnen hatte, wurden bei wachsender Helferzahl Umzüge notwendig. Dem ersten – in unbeheizte Räume in der Landespolizeischule – folgten weitere in Garagen und in eine Nissenhütte. Schließlich fanden die Helfer ihre Übungsräume für längere Zeit in einem umgebauten Ballspielhaus; ein hoffentlich vorerst letzter Umzug in einen Neubau steht kurz bevor.

Dem ersten Bezirksbeauftragten Ernst Reckling folgten Kurt Willich und Georg Wigand. Dem ehrenamtlichen Sachwalter Willi Stürmer folgten die Geschäftsführer Walter Musmann, Willi Stürmer – diesmal hauptberuflich – und Jürgen Schlumbohm.
Die von ca. 40 auf ca. 200 angewachsene Helferzahl, die während der Jahre beschaffte Ausrüstung und die gute Ausbildung ermöglichen heute, daß der Bezirksverband Hamburg-Nord seinen Aufgaben gerüstet gegenübersteht. G. W.

Ortsbeauftragter des THW feierte Jubiläum

Vor über 25 Jahren, am 12. Januar 1954, trat Erich Behrendt als ehrenamtlicher Helfer dem THW bei. Bereits kurz danach wurde er aufgrund seiner fachlichen Qualifikation zur gefragten Fachkraft und gilt seit dieser Zeit für den THW-Stamm als „Helfer der ersten Stunde" in Bremen.

Er widmete sich als Idealist mit großer Energie dem Aufbau der Organisation im Land Bremen. 1958 wurden ihm die Aufgaben des Ausbildungsleiters übertragen, welche er mit großem Erfolg wahrnahm. Maßgeblich beteiligte er sich am Aufbau des damaligen LSHD und führte über zehn Jahre eine Bergungsbereitschaft – zusätzlich zu seiner Funktion als THW-Bezirksbeauftragter des Bezirksverbandes Bremen-Ost. Außerdem ist Behrendt Mitbegründer des THW-Ortsverbandes Vegesack.

Von seinen Verdiensten zeugt eine große Anzahl von Urkunden, Ehrennadeln und Auszeichnungen, wie das

Erich Behrendt (erste Reihe, Mitte) im Kreise verdienter Helfer des THW-Ortsverbandes Bremen-Ost.

THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz, das THW-Ehrenkreuz in Silber, die Sturmflut-Gedenkmedaille von Niedersachsen, die Ehrennadel in Gold für 25malige unentgeltliche Blutspende beim DRK und zuletzt das Bundesverdienstkreuz am Bande. Es gibt keinen Einsatz in Bremen, an dem Behrendt nicht maßgeblich als Führungskraft beteiligt war – 1962 Sturmflutkatastrophe, 1966 Flugzeugunglück, 1966 Wintereinsatz, 1968 Bombenalarm (Blindgänger) Städtische Krankenanstalten, 1972 Herbststurmeinsatz, 1976 Sturm- und Hochwassereinsatz, 1978 Schneeeinsatz.

Der THW-Ortsverband Bremen-Ost gab zu Ehren seines Ortsbeauftragten in der Unterkunft einen Empfang, bei dem sowohl der Senator für Inneres den Dank des Landes Bremen als auch der THW-Landesbeauftragte den Dank des Bundesamtes für Zivilschutz und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk dem Jubilar übermittelten. U. W

THW-Junghelfer besichtigt Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr

Ich hatte Glück, als Belohnung für meine Telefonwache während der Schnee- und Eiskatastrophe, die Hauptfeuerwache Bremen besichtigen zu können. Ich betrat die Wache, meldete mich in der Zentrale und sagte, daß ich vom Leiter der Berufsfeuerwehr Bremen, Branddirektor Braun, eingeladen sei. Kurz danach ging Branddirektor Braun mit mir in die Einsatzzentrale und übergab die Führung an einen Beamten.

Dieser zeigte mir die Feuermeldetafel, worauf alle Feuermelder mit Standort oder Straßenbezeichnung angegeben sind. Betätigt man einen der zahlreichen Feuermelder, so leuchtet in der Einsatzzentrale die entsprechende Lampe auf.

Sofort kann der Ruf zum Ausrücken an die Fahrzeuge weitergegeben werden. Der für den Funk zuständige Beamte muß die Löschfahrzeuge, die Krankenwagen, die Rettungswagen wie auch die Notarztwagen zu Unfallorten schicken. Auch der für den Notfall bereitstehende Rettungshubschrauber „Christoph 6" wird von dieser Zentrale aus eingesetzt. Auf den Tafeln sind auch alle Feuerwachen in und um Bremen vermerkt. Auch ist zu sehen, ob die Fahrzeuge im Einsatz sind oder in den Garagen stehen. Der Notarztwagen Nord-Ost-West und Süd, der Rettungshubschrauber und vieles andere mehr sind auf der Tafel zu finden. Auch gibt es zwei Leuchtlampen. Die eine ist gekennzeichnet mit „Ampel", damit die Fahrzeuge mit grünem Licht auf die Straße fahren können, die andere mit „Alarm", damit für alle erkennbar Alarm ist!

Fünf Beamte stehen für den Telefondienst bereit, einer für den Funkverkehr.

Jeder hat mehrere Telefonapparate zu bedienen, die verschiedene Funktionen haben, wie z. B. das Alarmtelefon für Anrufe über 112 oder über die Telefone der in Bremen verteilten Notrufsäulen. Ein anderes ist für die interne Hausverbindung. Die Einsätze werden per Funk gegeben. Die Fahrzeuge, die sich im Einsatz befinden, geben per Funk ihren Standort sowie ihre Rückkehr bekannt, um evtl. neue Anweisungen zu bekommen.

Nachdem ich längere Zeit mir die Einsatzzentrale angesehen hatte, sind wir in die Fahrzeughalle gegangen, wo die Lösch- und Rettungswagen stehen. Der nette Feuerwehrbeamte erklärte mir die Ausrüstung, die auf den Wagen verlastet ist. Auf dem Rüstwagen sind beispielsweise Rettungsschere, Kohlensäure-Schaumlöscher, Abschleppseile, Schaumbehälter, Äxte, Schläuche, Motorsäge, Sägeblätter, Handschuhe, Bindemittel, Brecheisen usw. Auch die Löschwagen habe ich mir interessiert angesehen; alte und neue Fahrzeuge stehen nebeneinander. Ein Kranwagen war gerade in Reparatur.

Später sah ich mir die Atemschutzwerkstatt mit den Geräten ebenso wie die Übungsanlagen an. Als wir auf den Hof kamen, wurde dort geübt. Feuerwehrleute mußten eine Prüfung ablegen. Über den Garagen sind Ruhe- und Aufenthaltsräume der Besatzungen, die auch dort verpflegt werden. Eine Rutschstange geht von dort zu den Fahrzeugen.

Die Besichtigung hat mir Spaß gemacht, und den Beamten machte es Freude, einem THW-Junghelfer die große Bremer Feuerwache zeigen zu können.

Mein Ortsbeauftragter sagte mir anschließend, daß die Zusammenarbeit zwischen dem THW und der Feuerwehr in Bremen gut ist. Eine solche Besichtigung sei trotzdem eine besondere Auszeichnung. D.

Nachruf

Am 29. Dezember 1978 verstarb nach einem tragischen Verkehrsunfall unser Kamerad

Jürgen Willms

im Alter von nur 22 Jahren. Der Ortsverband Bremerhaven wird dem jungen Helfer ein ehrendes Andenken bewahren und ihn stets in guter Erinnerung behalten.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Bremerhaven

Rettungsaktion für Kühe

Das reibungslose Zusammenwirken der KatS-Organisationen vor Ort demonstrierten eindrucksvoll die Freiwilligen Feuerwehren von Sande und Neustadtgödens, der THW-OV Jever und die Sander DRK-Bereitschaft. In einer dramatischen Rettungsaktion bargen sie 19 Rinder, die von einer Weide in Sande entwichen und in ein benachbartes Autobahn-Spülfeld geraten waren, welches nun zu einer tödlichen Falle für die Jungtiere zu werden drohte.

Gemeindebrandmeister und Einsatzleiter Folkers hatte zusätzlich den Bergungszug „Friesland" angefordert. Dieser wurde über Alarmmelder um 12.02 Uhr zusammengerufen. Bereits zehn Minuten später trafen die ersten Helfer in der THW-Unterkunft ein, nach weiteren zehn Minuten rückte ein MKW des OV Jever aus, dem weitere Fahrzeuge, unter anderem ein mit Bohlen und Kanthölzern beladener Lkw, folgten.

Die Rettungsaktion gestaltete sich äußerst schwierig. Der Versuch, mit Hilfe eines zum Spülfeld beorderten Krans und mit Seilen die Tiere zu bergen, schlug fehl. Das erste Tier brach sich bei dieser Aktion das Genick. Erst als ein Kranwagen aus Wilhelmshaven mit Tragegurten die Unglücksstelle erreichte, verliefen die Rettungsversuche erfolgreicher. Allerdings gelang es mit diesem Fahrzeug nur, fünf unmittelbar am Spülfeldrand eingesunkene Kühe zu retten.

Die restlichen 13 Tiere wurden von den Helfern „per Hand" geborgen. Sie mußten teilweise freigegraben und durch Strahlrohre freigespült werden.

Dabei wurden vom THW Schaufeln und Leinen sowie Bohlen und Kanthölzer zur Sicherung der Helfer und als Arbeitsplattform eingesetzt. Die 27 Helfer des Bergungszuges und die sechs Helferinnen des Verpflegungstrupps leisteten bis zum erfolgreichen Abschluß der Rettungsaktion insgesamt 200 Einsatzstunden. Die Aktion dürfte in dieser Form wohl als einmalig in die Chronik des OV Jever eingehen.

Hochwassergefahr beseitigt

Bei Beginn des Kälteeinbruchs wurden Helfer des THW-OV Uelzen eingesetzt, um die eingefrorenen Stauklappen am Wehr der Stadtmühle durch Abschlagen der Eisschicht freizumachen. Danach mußten die Stauklappen in zweistündigem Rhythmus bewegt werden, um ein erneutes Einfrieren zu verhindern. Nur so konnte der ungehinderte Wasserablauf gewährleistet werden.

Die Gefahr einer Überflutung verstärkte sich, als in der zweiten Januarwoche ein Wetterumschwung und damit Tauwetter eintrat. Vorbeugend wurde von Stadt und Landkreis das THW angefordert, um das vor den Wehren angestaute, 30 cm dicke Eis der gefrorenen Ilmenau mit Motorsägen zu zersägen und abtreiben zu lassen. Rund 200 Quadratmeter Eisfläche wurden bis Sonntagmittag am Medinger Mühlenwehr im Rahmen dieser nicht ungefährlichen Aktion beseitigt.

Am Nachmittag ging es nach Uelzen, wo in Gruppen zu zehn Helfern weitergearbeitet wurde. Am Ratsteich mußte das Eis aufgesägt und das Überlaufwehr freigemacht werden; die Öffnungen unter der Ratsteichbrücke mußten ebenfalls freigelegt werden, damit auch hier das Wasser abfließen konnte. Die Helfer arbeiteten – mit fachlichem Können und viel Idealismus – stundenlang im und am eiskalten Wasser. Bis zum Abend waren die Wehre eisfrei, und damit die Gefahr einer Hochwasserkatastrophe für die Stadt Uelzen erheblich gemindert.

Drei Einsätze in vier Wochen

In den letzten beiden Monaten des Jahres 1978 mußten die Helfer des THW-OV Northeim gleich dreimal zu schweren Einsätzen ausrücken.

Bei Vorbereitungen für Abbrucharbeiten stürzte in Northeim am 21. November 1978 ein dreistöckiges, leerstehendes Fabrikgebäude auf einer Länge von 100 m ein und begrub zwei Arbeiter unter sich. Einer von ihnen konnte sich selbst befreien, der zweite Mann wurde verletzt in seiner Planierraupe eingeklemmt. Allerdings hatte er noch Glück im Unglück: Während das übrige Gebäude nur noch ein riesiger Haufen aus Betonbrocken und verbogenem Stahl war, hatte das schwere Kettenfahrzeug die Wucht herabfallender Trümmer gedämpft. Um das Fahrzeug hatte sich ein Hohlraum gebildet.

Als gegen 16.15 Uhr die ersten Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr eintrafen, konnte sich noch niemand in das Gebäude wagen, die tonnenschweren Trümmer drohten jeden Augenblick nachzugeben. Von der Polizei wurde das THW angefordert, dessen erste Helfer kurz nach 16.30 Uhr unter Leitung von Zugführer Bode an der Unglücksstelle eintrafen. Ihnen bot sich ein grauenvolles Bild, welches der Reporter einer lokalen Tageszeitung so beschreibt: „. . .Tonnen von Stahl und Beton lasteten auf einem Baggerfahrer und klemmten ihn ein".
Für die Rettungsmannschaften begann ein Wettlauf mit dem Tod. Gemeinsam sicherten THW und Feuerwehr einen Teil der aufliegenden Trümmer mit Rundhölzern. Dann versuchte ein Rettungstrupp aus Helfern beider Organisationen unter Einsatz des eigenen Lebens, den Verletzten aus seinem Fahrzeug zu befreien und aus dem Gebäude zu holen. Von oben drohten die Trümmer auf die Helfer herabzustürzen, der Riß in einem Stahlbetonträger, auf dem die ganze Last der zusammengebrochenen drei Stockwerke über dem Hohlraum lastete, erweiterte sich ständig; die Planierraupe, deren Vorderteil zum Teil durch die Kellerdecke gebrochen war, konnte jeden Augenblick ganz durchbrechen.
Die Helfer von Feuerwehr und THW arbeiteten Hand in Hand, schließlich gelang es ihnen mit Hilfe von Schneidgeräten, Hydrospreizer und Öldruckheber, den Verletzten lebend zu bergen. Mit den Helfern atmeten auch zahlreiche Schaulustige auf, die um das Leben des Verletzten und seiner Retter gebangt hatten.

*

Starke Regenschauer auf gefrorenem Boden überziehen am 8. Dezember 1978 innerhalb weniger Minuten alle Straßen im Northeimer Kreisgebiet mit einer zentimeterdicken Eisschicht. Der Verkehr bricht völlig zusammen. Gegen 19.30 Uhr alarmiert der Kreisdirektor das THW Northeim. Mehrere Busse, die Behinderte von ihren Werkstätten in die einzelnen Wohnorte zurückbringen sollten, sind überfällig. Mehrere mit Schneeketten ausgerüstete Fahrzeuge machen sich sofort auf die Suche. Doch auf vielen Straßen ist kein Durchkommen mehr möglich, querstehende LKWs blockieren die Fahrbahnen. Schließlich finden die Helfer, nachdem sie auf Nebenstraßen und Feldwege ausgewichen sind, 30 der vermißten Fahrgäste in Merxhausen und bringen sie in ein Behindertenwohnheim in Sievershausen. Ein weiteres Fahrzeug des THW befördert 200

Wolldecken des Betreuungszuges Moringen zu dem Heim, in dem ein Notaufnahmelager für die Nacht hergerichtet wird.

Anschließend müssen 40 Behinderte, die in Dassel festsitzen, nach Sievershausen gebracht werden. Ein anderes Einsatzfahrzeug transportiert dringend benötigte Medikamente in das Heim. Gegen 23.40 Uhr erreicht ein weiterer Notruf den THW-Ortsverband: Ein Fahrzeug eines Busunternehmens liegt seit Stunden bei Bishausen fest; das THW muß zahlreiche Fahrgäste in ihre Wohnorte zurückbringen. Nach fast zehn Stunden ist der Einsatz, den Ortsbeauftragter Peter Böttcher in der Funkzentrale überwachte und koordinierte, beendet.

*

Gegen Abend des 18. Dezember 1978 alarmierte die Polizei Gandersheim das THW Northeim: In Kalefeld hatte sich in einer engen Kurve ein Bagger von dem Tieflader losgerissen und war in ein Wohnhaus gestürzt, wo er ein vier Meter langes Loch in die Außenwand riß. Zum Glück hielten sich zum Zeitpunkt des Unfalles keine Menschen in dem schwer beschädigten Raum auf. 17 THW-Helfer rücken mit vier Fahrzeugen unter Leitung von Zugführer Bode aus und stützen das einsturzgefährdete Gebäude mit Rundhölzern ab. M. A.

THW-Führungskräfte tagten

Zu eintägigen Sonderlehrgängen hatte THW-Landesbeauftragter Sahlender die Kreis- und Ortsbeauftragten aus den Regierungsbezirken Niedersachsens an vier Wochenenden im Oktober/November 1978 nach Soltau, Wolfenbüttel, Sarstedt und Oldenburg geladen.

Die Lehrgangsprogramme umfaßten eine Fülle von Fachthemen, über die der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter referierten. Im einzelnen ging es dabei um Fragen der Organisation und des Einsatzes; Erfahrungen mit dem Koordinierungsstab des LV; das Niedersächsische Katastrophenschutzgesetz von 1978 und seine Auswirkungen auf den Einsatz des THW; Formblätter für Ermahnung und Ausschluß von Helfern; Anschlußverpflichtung von nach § 8.2 verpflichteten Helfern u. v. m.

Auch die Überwachung und Einsatzbereitschaft von Kfz und Ausstattung sowie der große Komplex Ausbildung standen auf dem Programm, insbesondere die neue Prüfungsordnung für die Grundausbildung im Bergungsdienst. Mit Referaten über allgemeine Verwaltungsfragen und die Öffentlichkeitsarbeit in den Ortsverbänden endeten die Lehrgänge.

An dem in der THW-Unterkunft Sarstedt durchgeführten Lehrgang nahm Regierungsdirektor Ständer vom BZS als Gast teil. Zu Beginn dieser Veranstaltung wurden durch Landesbeauftragten Sahlender zwei hohe Auszeichnungen vorgenommen. Im Namen des Bundespräsidenten übergab Sahlender dem OB von Burgdorf, Hans Neuse, für jahrzehntelange THW-Aufbau- und Führungsarbeit am Ort und im Landkreis das Bundesverdienstkreuz am Bande. Günter Cyriaks, Dezernent im KatS-Dezernat der Bezirksregierung und gleichzeitg KB/OB der Landeshauptstadt, erhielt für 25jähriges erfolgreiches Wirken im THW das Ehrenzeichen in Silber. B.

BERLIN

Großeinsatz nach Regen und Schnee

Bevor sich der Winter zum Jahreswechsel von seiner grimmigsten Seite zeigte, gab es für das Berliner THW nach wolkenbruchartigen Regenfällen bereits einen Großeinsatz in mehreren Stadtteilen. Neben der Beseitigung von entwurzelten Bäumen wurden vor allem Hauskeller und andere tiefgelegene Objekte ausgepumpt.

Zum Schwerpunkt des nächtlichen Einsatzes – gemeinsam mit der Feuerwehr – entwickelte sich jedoch ein überflutetes Regenwasser-Auffangbecken in Rudow, an dessen Rand mehrere Wohnhäuser abzusacken drohten. Vom THW wurden Pumpen mit einer Gesamtkapazität von über 35 000 l/min, darunter die beiden 3000-l-Tauchpumpen, sowie 18 300 m Schlauchmaterial, teilweise von der Feuerwehr, zur Abwendung der Gefahr eingesetzt.

Der während der Pumparbeiten anhaltende Regen hielt über Stunden den Pegel des Beckens unverändert hoch.

Erst in den Morgenstunden konnte mit Erleichterung ein Absinken festgestellt werden.

Der kurz vor Jahresschluß auch in Berlin von heftigen Schneefällen und eisiger Kälte begleitete Wintereinbruch bescherte dem THW glücklicherweise bei weitem nicht soviel Arbeit wie den im Norden der Bundesrepublik ansässigen Helfern. Für den B-Zug Steglitz hieß es jedoch in den Mittagsstunden des Silvester-Tages: „Forum Steglitz, Dach bedroht". Zwei je 430 m² große Kunststoff-Dachflächen der Lichthöfe drohten unter der gewaltigen Schnee- und Eislast einzustürzen. Die vierseitig eingespannte Konstruktion, bestehend aus einer oberen, mittig aufgehängten sowie einer unteren, durchhängenden Kunststoff-Haut, wird normalerweise durch eingeblasene Warmluft schnee- und eisfrei gehalten. Die extrem niedrigen Außentemperaturen verhinderten jedoch das Abtauen der Schneemassen. Es kam zu starker Eisbildung, die tonnenschwer auf dem Dach lastete. In mühevoller Kleinarbeit schafften die mit Rollgliss- und Fallstopp-Geräten gesicherten Helfer Eisschollen und Schneemassen teils von Hand, teils unter Verwendung von eigens für diesen Einsatz zusammengebauten Holztrögen von der Dachfläche. Aufgrund der anhaltenden Schneefälle mußte der Einsatz am Nachmittag des Neujahrstages bis in die Abendstunden fortgesetzt werden. J. W.

Empfang im Schloß Bellevue

Kurz vor Jahresschluß erging an vier Angehörige des THW und deren Ehegatten eine Einladung des Bundespräsidenten zu einem Konzert und anschließendem Empfang im Schloß Bellevue.

Zu Beginn der Veranstaltung boten preisgekrönte junge Künstler Proben ihres Könnens dar. Im Rahmen des Empfangs ergab sich dann eine Gelegenheit zu zwanglosen Gesprächen, u. a. mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft. J. W.

Bundespräsident Walter Scheel im Gespräch mit Jürgen Rys (THW-Bezirksverband Wedding) und Ehefrau Ingrid.

nordrhein~westfalen

Neuer Einsatz in Kreis-Kinderklinik

Erst kürzlich berichteten wir über den Einsatz des OV Siegburg bei der Bekämpfung von Wasserschäden und zur Sicherstellung der Stromversorgung für die Johanniter-Kinderklinik Sankt Augustin des Rhein-Sieg-Kreises als Folge sintflutartiger Regenfälle im Mai 1978.

Kaum waren die Spuren getilgt, als am 6. Dezember 1978 bei Schweißarbeiten an der Heizungs- und Lüftungsanlage im Dachstuhl ein Schadenfeuer ausbrach. Durch das schnelle und wirksame Eingreifen der Feuerwehren aus Sankt Augustin, Siegburg, Troisdorf und Bonn konnte der Brand eingegrenzt, ein Überspringen auf das Bettenhaus der Kinderklinik verhindert und damit auch Personenschaden verhindert werden.

Die Evakuierung der Patienten – überwiegend Kleinkinder –, die bis ins einzelne vorbereitet war, konnte glücklicherweise vermieden werden. Die Schäden und Zerstörungen an Gebäude und Inneneinrichtung, besonders an den hochempfindlichen Geräten und Instrumenten der Kinderklinik, eine der wenigen auf der Welt, die Operationen auf dem Gebiet der Kinder-Herzchirurgie durchführt, sowie an den Versorgungsanlagen und dem Dach des Gebäudes erreichen Millionenhöhe.

Die von ihren Arbeitsstellen zum Einsatz gerufenen Siegburger THW-Helfer leisteten Unterstützung bei der Brandbekämpfung, indem sie durch Aufreißen der Dachfläche den Zutritt zu immer neuen Brandherden freilegten sowie wertvolle Einrichtungsgegenstände und Instrumente vor Brand- und Wassereinwirkung in Sicherheit brachten.

Als nach Löschen des Brandes Regenfälle einsetzten und durch das von den Sachverständigen noch nicht freigegebene beschädigte Dach erneut Wasser eindrang und den notdürftig wieder aufgenommenen Krankenhausbetrieb bedrohte, forderte der zusammengetretene Krisenstab nochmals die Hilfe des OV Siegburg an. Gemeinsam mit Kollegen der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Augustin und einer Baufirma rissen die Siegburger THW-Helfer in einem durchgehenden Nachteinsatz die verbrannte Holzkonstruktion und Dachabdeckung auf einer Fläche von rund 900 m² ab und richteten zum Schutz auf dem freigelegten Dach THW-Großzelte auf.

In einem Zeitungsinterview äußerte sich hierzu die Geschäftsführung der Kinderklinik: „. . . Es ist fast nicht zu glauben, daß diese Arbeit so schnell zu Ende geführt wurde. Die Männer, die uns am Freitagabend zur Hilfe kamen, hatten doch alle bereits einen vollen Arbeitstag hinter sich und arbeiteten bei uns noch einmal eine lange Nacht hindurch . . ."

In einem persönlichen Schreiben äußerte sich der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Dr. Möller, lobend über die vorbildliche Zusammenarbeit. Der Kreistag beschloß eine Dankadresse an die eingesetzten Helfer. Darin wird dem THW-Ortsverband Siegburg Dank ausgesprochen für die vorbildliche und wirkungsvolle Mithilfe bei dieser nächtlichen Aktion. W. S.

Nachrufe

Wir trauern um unseren Kameraden

Helmuth Engelking

der im Alter von 57 Jahren am 31. Dezember 1978 verstarb.

Bis zu seiner Krankheit war er für die Belange des THW stets aktiv.

Wir bedauern, ihn schon so früh aus unseren Reihen verloren zu haben.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Vlotho

*

Der THW-Ortsverband Oberhausen betrauert den Verlust des Kameraden

Michael Hebisch

der im Alter von 26 Jahren an den Folgen eines Autounfalls verschied.

Er wird uns allen als guter Kamerad und verantwortungsbewußter Truppführer in Erinnerung bleiben.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Oberhausen

Hessen

THW-OV Wächtersbach in neuer Unterkunft

Die Verantwortlichen des THW-OV Wächtersbach nutzten die Gelegenheit, das THW der Öffentlichkeit vorzustellen, als man in die neue Unterkunft einzog.

Rechtzeitig wurden Plakate ausgehängt und eine Erinnerungsschrift an die Bevölkerung verteilt, in der sich der OV selbst darstellte und allgemein über das THW informierte.

Nach langen Bemühungen um ein günstiges Gelände konnte die neue Unterkunft im Zentrum von Wächtersbach errichtet werden. Aus dem Gebäude einer ehemaligen Schmiede und einem neuen Anbau konzipierte Architekt Wolfgang Günther, der selbst THW-Helfer ist, ein funktionelles Gebäude.

Der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Andreas von Schoeler (Bildmitte), während der Begrüßung der Gäste durch OB Gunia.

Schmiedemeister Fritz Traudt ließ dann den Bau errichten, welcher vom BZS angemietet wurde. Im Untergeschoß befinden sich Garagen und Gerätelager, in der oberen Etage Unterrichts-, Mannschafts- und Büroräume sowie Toiletten und Teeküche. Die neuen freundlichen Räume ließen die Helferinnen und Helfer die ehemalige provisorische Unterkunft in der alten Schule schnell vergessen, zumal nun alles unter einem Dach untergebacht ist.

Damit die neue Unterkunft bei der Einweihung den besten Eindruck machte, legten die Helfer in vielen zusätzlichen Stunden selbst mit Hand an. Ausrüstung und Fahrzeuge wurden auf „Hochglanz"

Festlich geschmückt: die neue Unterkunft des THW-OV Wächtersbach.

gebracht, dann wurden die Einladungen verschickt, es wurde arrangiert und organisiert. Am vorletzten Tag vor der Einweihung konnte sogar noch der Hof asphaltiert werden.

Zu dem Tag, dem alle Angehörigen des THW-OV mit einigem Lampenfieber entgegensahen, hatten sich hohe Gäste angesagt. OB Gunia wurde bereits nervös, als sich die für 10.30 Uhr angekündigte Kapelle der 3. amerikanischen Panzerdivision wegen einer Panne um zehn Minuten verspätete. Doch die Festgäste wurden durch die schwungvolle Musik der Amerikaner für ihr Warten reichlich entschädigt.

Wegen der schlechten Witterung an den vorangegangenen Tagen und am Morgen des Festtages hatten die Helfer die Fahrzeuge auf der – eigens dafür gesperrten – Bleichgartenstraße aufgestellt, die Fahrzeughallen mit Bänken und Tischen bestückt und mit Fahnenschmuck ausgestattet. Sämtliche Räumlichkeiten waren mit Blumen geschmückt worden.

Der Vertreter des Bundesinnenministers, Parlamentarischer Staatssekretär Andreas von Schoeler, war gekommen, um die neue Unterkunft ihrer Bestimmung zu übergeben. Groß war die Zahl der Ehrengäste und Zuschauer, die trotz des Regens zu „ihrem THW" gekommen waren; unter ihnen Vertreter der städtischen Gremien, Vereinsvorstände, Vertreter der Banken, des Handels und Gewerbes sowie der Geistlichkeit.

OB Gunter Gunia begrüßte den Staatssekretär und die Gäste. Staatssekretär von Schoeler war nicht mit leeren Händen gekommen, er hatte dem OV einen Gerätekraftwagen und einen Mannschaftskraftwagen „mitgebracht". Er meinte, daß die neue Unterkunft Ansporn sein werde, auch in Zukunft das uneigennützige Wirken für die Gemeinschaft mit der gleichen Tatkraft fortzusetzen, wie dies in der Vergangenheit in vorbildlicher Weise geschehen sei.

Das neue Gebäude habe nicht nur THW-interne Bedeutung, sondern müsse als integraler Bestandteil des Katastrophenschutzes der Stadt und des Kreises angesehen werden. Für einen hochentwickelten Industriestaat, wie es die Bundesrepublik Deutschland sei, sei eine technische Hilfsorganisation ein unverzichtbares Instrument zur Bewältigung der wachsenden technischen Risiken unserer Gesellschaft.

Von Schoeler sprach den Helferinnen und Helfern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus und verband damit den Wunsch und die Hoffnung, daß die neue Unterkunft ein lebendiger Mittelpunkt für alle sein möge, die bereit sind, die Idee des Helfens durch tätigen Dienst an der Gemeinschaft zu bewahren und zu pflegen.

THW-Landesbeauftragter Dr.-Ing. Reß, Landrat Hans Rüger und Bürgermeister Heinrich Heldmann zeigten sich befriedigt über den erfolgreichen Abschluß der langjährigen Bemühungen des OV um eine ordentliche Unterkunft. Landrat Rüger meinte, daß er dem OV Wächtersbach diese schöne und zweckmäßige Unterkunft gewünscht habe, weil hier die „Wiege" des THW im Main-Kinzig-Kreis gestanden habe. Auch er fühle sich dem OV sehr verbunden.

Bürgermeister Heldmann dankte dem Architekten für den gelungenen Bau, der mit zur Verschönerung des Ortsbildes beitrage. Die unmittelbare Nachbarschaft bat er um Verständnis, wenn an den Dienstabenden und bei Einsätzen Geräusche von der Unterkunft und den Fahrzeugen ausgingen, dies lasse sich nun einmal nicht vermeiden.

Ortsbeauftragter Gunia schließlich zeichnete verdiente THW-Helfer aus.

Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – darunter THW-Bundessprecher Merck – entboten anschließend ihre Grüße und Glückwünsche und übergaben dem OV Geschenke verschiedener Art. Neben Vertretern der örtlichen Feuerwehr, für die Stadtbrandinspektor Wagner eine geschnitzte Holztafel übergab, waren auch Angehörige des DRK und der DLRG anwesend.

Vier Feuerwehrleute mit Ehefrauen waren aus der südfranzösischen Partnerstadt Chatillon sur Chalaronne eigens zur Einweihung angereist.

Eine Besichtigung der Unterkunft, der Fahrzeuge und Gerätschaften schloß sich an; die Gäste wurden mit einer wohlschmeckenden Erbsensuppe bewirtet. Die Presse berichtet mit Schlagzeilen über die „internationale Einweihung" der THW-Unterkunft. G. G.

Eine neue Bleibe gefunden

In der neuen Unterkunft des OV Gelnhausen fand die Feierstunde statt, in der verdiente Helfer des Ortsverbandes vom stellvertretenden Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Dietrich Franz, ausgezeichnet wurden. OB Garthe begrüßte die Gäste – unter ihnen MdB Richard Bayha, MdL Rolf Müller und Bürgermeister Jürgen Michaelis – und gab einen Überblick über den Werdegang des Ortsverbandes. Er betonte, daß der OV nach fünfmaligem Umzug jetzt endlich gut untergekommen sei. Die Ausstattung mit Fahrzeugen und Gerät kann als ausreichend bezeichnet werden.

Bürgermeister Michaelis überreichte als Gastgeschenk einen Stich von Gelnhausen für die Ausschmückung der Unterkunft. Michaelis zeigte sich erfreut über die Auszeichnung der verdienstvollen Helfer „der ersten Stunde" des OV. Für ihren humanitären Dienst zum Wohle und Schutz der Bevölkerung sprach der Bürgermeister allen freiwilligen Helfern den besonderen Dank der Stadt Gelnhausen aus. Schr.

Max Wodtke trat in den Ruhestand

Wesentlich zum Aufschwung des THW hat der im Herbst vergangenen Jahres in den Ruhestand getretene Geschäftsführer des THW-GFB Marburg, Max Wodtke, beigetragen. Ihm zu Ehren veranstaltete die Helferschaft des OV Marburg eine Feierstunde und überreichte ihm zur Erinnerung an „sein THW" einen schönen Wappenteller.

Es war seiner Arbeit zu verdanken, daß in den vergangenen zehn Jahren sich der Aufbau der Ortsverbände Marburg, Biedenkopf, Lauterbach und Alsfeld entscheidend weiterentwickelte.

Kreisbeauftragter Gerd Linne, Helfersprecher Hartmut Benkmann und Geschäftsführer Heinrich Sommerlad überbrachten dem Scheidenden den Dank aller THW-Helfer des Bereiches mit den besten Wünschen für die Zukunft. J. S.

THW-Helfer bescherten Waisenkinder

Das Technische Hilfswerk in Neuwied hat anscheinend seit sechs Jahren außergewöhnlich gute Beziehungen zum Weihnachtsmann. Kann es ihn doch dazu bewegen, daß er jedesmal eine große Fuhre Weihnachtsgeschenke in der Unterkunft des OV ablädt, die ausreicht, um allen Kindern des Kinderheimes St. Raphael eine Freude zu machen.

Damit es nicht nur eine reine Geschenkübergabe wurde, veranstaltete das THW auch im Jahre 1978 wieder einen Nachmittag mit allerlei Spielen und Kurzweil für die Kinder.

Fröhliche Gesichter – der schönste Dank für die Neuwieder THW-Helfer.

An einem frühen Nachmittag in der Vorweihnachtszeit wurden die kleinen Gäste in der Marktstraße abgeholt und in die neue THW-Unterkunft auf dem Irlicher Berg gebracht.

THW-Ortsbeauftragter Hans Neubarth empfing Kinder, Schwestern und Erzieher. In dem von Zugführer Schons und seinen Helfern – sie hatten in vielen Stunden Arbeit auch die anderen Vorbereitungen durchgeführt – zum gemütlichen Saal umfunktionierten Werkraum gab es zuerst Kaffee und Kuchen. Den Kuchen hatten die Frauen der THW-Helfer gebacken. Dann begann das „Kino" – Wilfried Hecken zeigte die „Abenteuer des rasanten Herby" –, anschließend folgten Spiele.

Mit großer Begeisterung warfen die Kinder Bälle auf Pappkameraden und andere präparierte Ziele und pusteten Luftballons auf, bis sie mit einem lauten Knall platzten. Richtige Wettkampfstimmung kam beim lustigen Mohrenkopfessen auf.

Als es dunkel wurde, kam der große Augenblick, die Übergabe der Geschenke, die der Weihnachtsmann mit Unterstützung aus der Helferkasse und nach den Ideen der Helfer, die sich auch als Spielzeugmechaniker betätigten, ausgewählt hatte. Große Freude hatte vor allem Achim, dem der Weihnachtsmann sogar ein Fahrrad gebracht hatte.

Schwer bepackt und mit einem herzlichen Dankeschön an Zugführer Schons und die Helfer verließen die Kinder die Unterkunft. H. B.

Wenn der Rhein zufrieren sollte

In diesem Jahrhundert ist die wichtige Verkehrs- und Lebensader unseres Landes, der Rhein, durch starke und langanhaltende Frostperioden schon dreimal zugefroren: 1929, in etwas schwächerer Form 1954 und zuletzt 1963.

Dieses ungewöhnliche Naturschauspiel begann stets im Nadelöhr der für die Schiffahrt berüchtigten Loreley-Ecke. Dort stauen sich die ersten Schollen, sie schieben sich über- und untereinander und führen dabei zu Versetzungen. Die Eismassen können sich dabei bis zu Haushöhe auftürmen.

Wie man den Folgen solcher Stauungen, die von erheblichen Behinderungen für die Schiffahrt bis zu katastrophalem Hochwasser reichen können, begegnen kann, darüber hatte der THW-Landesverband schon vor Jahren Überlegungen angestellt. So wurden zunächst drei sprengberechtigte Helfer für die Durchführung von Eissprengungen ausgebildet.

Bereits im Jahre 1977 hatte das THW der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Südwest seine Dienste angeboten und gemeinsame Besprechungen vorgeschlagen. Im Januar 1978 wurden die mit eventuell erforderlich werdenden Eissprengungen zusammenhängenden Fragen besprochen. Dabei wurde auch der Einsatz von Eisbrechern erörtert. Bei früheren Eisversetzungen an der Loreley war deren Einsatz schon bei Normalwasser nicht unproblematisch. Weil die Eisbrecher nur am Tage eingesetzt werden konnten, fror die Fahrtrinne über Nacht wieder zu und konnte bei anhaltendem Frost nicht offengehalten werden.

Den Vorschlag des THW, durch Ausleuchten der Rheinstrecke den Einsatz der Eisbrecher auch bei Nacht zu ermöglichen, wollte man in einem Planspiel erproben. Durch Umorganisation und Neuverteilung der Aufgabenbereiche im zuständigen Wasser- und Schiffahrtsamt konnte diese Beleuchtungsübung erst Anfang Dezember 1978 durchgeführt werden. Die Versuche, bei denen ein Aggregat mit 50 kVA und mehrere mit 5 kVA eingesetzt wurden, erbrachten folgende Erkenntnisse:

1. Der Einsatz eines Aggregates mit zwei oder mehreren Flutlicht-Scheinwerfern auf einem Eisbrecher verursacht starke Reflexionen auf dem Wasser und dadurch eine Blendung des Schiffsführers.

2. Der Einsatz des 50 kVA-Aggregates mit Lichtgiraffe und zusätzlichen, am Rheinufer verteilten Fluchtlicht-Scheinwerfern ist unwirtschaftlich. Bei voller Einschaltung blendet die Lichtgiraffe ebenfalls den Schiffsführer, für die auf der über 2 km langen Strecke aufzustellenden Flutlicht-Scheinwerfer reichen außerdem die Kabel nicht aus.

3. Als zweckmäßig hat sich die Ausleuchtung mit einzeln aufgestellten Flutlicht-Scheinwerfern erwiesen, die – jeweils zu zwei bis drei – von einem tragbaren Aggregat gespeist werden. Günstiger Abstand der Scheinwerfer jeweils ca. 100 m, genau rechtwinklig zur Fahrrinne und – zur Vermeidung von Reflexion – parallel zur Wasseroberfläche ausgerichtet.

Die Vertreter der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung waren davon überzeugt, daß bei einem solchen Einsatz die Eisbrecher rund um die Uhr fahren können. Die Vertreter der Bundesbahn und der Straßenverwaltung überzeugten sich, daß dabei eine Blendung von Zugführern und Kraftfahrern nicht eintritt.

Beim ersten schweren Kälteeinbruch im Dezember 1978 war ein Einsatz noch nicht notwendig. Es war aber völlig klar, daß das THW auch für diesen seltenen Fall gerüstet ist.

Daß die Gefahr eines Zufrierens des Rheins trotz der einfließenden salzhaltigen Chemie-Abwässer und der Kühlwässer von Wärmekraftwerken besteht, haben Messungen und Berechnungen der Rheinwasser-Untersuchungsstation Mainz-Wiesbaden ergeben. Der Gefrierpunkt des Rheinwassers liegt nur 0,04 Grad unter dem normalen Gefrierpunkt von Wasser. Das Zufrieren des Rheines würde sich bei entsprechenden Temperaturen lediglich um etwas eine Stunde verzögern. G. S.

Hochwassereinsatz des OV Cochem

Schwere Regenfälle im Einzugsgebiet der oberen Mosel und ihrer Nebenflüsse hatten Überschwemmungen verursacht.

Der Hochwasserwarndienst meldete aus Trier steigenden Wasserstand, der am Silvestertag 1978 eine Höhe erreichte, die auch in Cochem Straßenüberflutungen erwarten ließ. Der Bürgermeister berief daraufhin den Hochwassereinsatzstab ein; diesem gehören Vertreter des Stadtbauamtes, der Ortspolizei, der Wasserschutzpolizei, der Feuerwehr und des THW Cochem an.

Die Sofortmaßnahmen nach dem Hochwassereinsatzplan wurden eingeleitet.

An dieser Stelle soll nur von den dem THW obliegenden – während des drei Tage anhaltenden Hochwassers bei klirrendem Frost und somit unter äußerst erschwerten Bedingungen planmäßig durchgeführten – Maßnahmen die Rede sein.

THW-Helfer halten mit Schlauchbooten den notwendigsten Verkehr in den überfluteten Straßen aufrecht.

Am 31. Dezember 1978 transportierten die Helfer den vorbereiteten Hochwassersteg an und bauten ihn in der überfluteten Ravenèstraße auf. Dieser Steg, über 100 m lang, ermöglicht es den Anliegern, den Bediensteten und Besuchern von Kreishaus und Post, trockenen Fußes in die Häuser und Ämter zu gelangen.

In anderen Straßen übernahmen THW-Helfer mit Schlauchbooten den Transport der Bewohner von und zu ihren Häusern bzw. Geschäften. Am 2. Januar 1979 fiel das Wasser wieder; am nächsten Tag begann man mit Abbau- und Aufräumungsarbeiten. Dabei war Eile geboten, weil der anhaltende Frost an tieferen Stellen stehengebliebenes Wasser und die Schlammassen zu steinharten Klumpen gefrieren ließ. Zwei Kipper des THW transportierten den von 15 Helfern und der städtischen Kolonne aufgeladenen Schlamm ab.

Insgesamt waren 50 Helfer des OV Cochem im Einsatz, die zunächst alle gleichzeitig, später in Schichten ihre gewiß nicht leichten Arbeiten verrichteten. U. R.

Saarland

Prüfung nach den neuen Richtlinien

Für 16 Helfer des THW aus dem Geschäftsführerbereich Merzig (Ortsverbände Merzig, Mettlach, Wadern, Bekkingen und Perl) ging die Grundausbildung zu Ende. Zum Abschluß fand beim Ortsverband Wadern die theoretische und praktische Prüfung statt, die von allen Teilnehmern mit guten Ergebnissen abgeschlossen wurde. Dies ist ein eindeutiger Beweis, daß in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet wurde.

Die Grundausbildungszeit der jungen Helfer betrug eineinhalb Jahre. Diese Ausbildung, die ausschließlich in den Ortsverbänden durchgeführt wurde, umfaßte die Fachgebiete Organisation und Ausstattung, Arbeiten mit Seilen, Umgang mit Leitern, Holz-, Metall- und Gesteinsbearbeitung, Erdarbeiten, Bewegen von Lasten, Arbeiten bei Wassergefahren, verschiedene Beleuchtungsgeräte sowie Umgang mit Atemschutzgeräten.

Aufbau und Inbetriebnahme der Beleuchtungsgeräte unter den strengen Augen des Prüfers.

Dem Prüfungsausschuß gehörte der Kreisbeauftragte des THW St. Wendel, Josef Schütz, als Vorsitzender sowie die Prüfer Ewald Bard, Norbert Dewes, S. Holz, Werner Scherer und Werner Schirra, alles Führungskräfte des THW-Ortsverbandes Theley, an. Als Gäste nahmen der THW-Landesbeauftragte für das Saarland, Gerhard Reimann, der Hauptsachgebietsleiter für Ausbildung, Günther Faß, der Geschäftsführer des Geschäftsbereiches Merzig, Ballnus, an dieser Prüfung teil.

Die Beobachter zeigten sich erfreut über den ausgezeichneten Ausbildungsstand der jungen THW-Helfer des Hochwaldraumes. Des weiteren lobten sie die vorzügliche Organisation, die in den Händen von Ortsbeauftragtem Rudi Ludwig (Wadern) lag.

Im ersten Teil der Prüfung hatten die Teilnehmer 36 schriftliche Fragen, die den Helfern vorher nicht bekannt waren, zu beantworten. Die Prüflinge mußten im theoretischen sowie im praktischen Teil 75 Prozent der gestellten Aufgaben erfüllen. Dies bedeutete 27 richtige Fragen sowie mindestens 15 richtige Aufgaben von 20 gestellten. Diese waren u. a. richtiges Anlegen von Stichen und Bunden, Inbetriebnahme eines Scheinwerfers mit Aggregat, Aufrichten und Befestigen eines Steckleiterteiles, Zusammenbau der Motorsäge, Zusammenbau des Gesteinsbohrhammers, Verschieben von Lasten, Sichern eines Verletzten auf der Trage und Anschlagen von Halteleinen an der Trage. R. B.

THW half „Aktion Sorgenkind"

An einem Kinderfest der Stadt St. Ingbert zu Gunsten der „Aktion Sorgenkind" beteiligte sich auch der THW-OV St. Ingbert. Neben verschiedenen Vereinen und Verbänden half das THW bei der Vorbereitung, Ausgestaltung und Ausrichtung der zweitägigen Veranstaltung.

Im Stadtpark von St. Ingbert waren Verkaufsstände, Kinderkarussells, Trödlerläden u. ä. aufgebaut. Alle Veranstalter hatten sich verpflichtet, den Reinerlös der gemeinnützigen Aktion zuzuführen. Die Helfer des OV St. Ingbert unter der Leitung von OB Thiel und Zugführer Hemmerling bauten ein Podest aus LH-Pontons mit Oberbau, das am ersten Tag vom Musikzug des THW-OV Hermeskeil für musikalische Darbietungen zur Unterhaltung der Bevölkerung benutzt wurde. Weiter bestand der Beitrag des THW im Betrieb eines Feldkochherdes und einer Wurstbude.

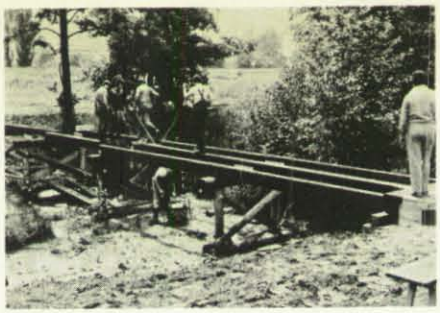
Außerdem wurde diese Veranstaltung genutzt, um die Bevölkerung auf die 20jährige Arbeit des THW hinzuweisen.

G. F.

Fußgängerbrücke für Naherholungsgebiet

Ihr praktisches Können in der Holzbearbeitung zeigte eine B-Gruppe des THW-Ortsverbandes Obermosel (Perl) an einem Wochenende im Naherholungsgebiet „Auf dem Grund", als sie auf Anforderung der Gemeindeverwaltung in Verbindung mit dem Saarwaldverein – unter der Leitung des stv. Ortsbeauftragten Ing. (grad.) Doerr, des Gruppenführers K.-J. Rhein und des Truppführers W. Nicola – einen Fußgängersteg von 1,20 m Breite und 11,50 m Länge errichtete. Das hierzu benötigte Holz wurde von der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellt. Die Brücke, die sich harmonisch in das Waldgebiet einfügt, denn sie besteht nur aus Rundholz, wurde von den Fußgängern dankbar benutzt.

G. F.



Die Tragbalken für den 11,50 m langen Fußgängersteg werden aufgelegt.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Außergewöhnlicher Einsatz des THW Freiburg

Einen außergewöhnlichen Einsatz führte das THW Freiburg im Freiburger Hallenbad West durch, bei dem statt der üblichen Einsatzkleidung ausnahmsweise die Badehose getragen wurde: Kurz vor den Deutschen Mannschaftsmeisterschaften der 2. Schwimmer-Bundesliga war der Antrieb der 60 Tonnen schweren Starterbrücke, welche das 50-Meter-Becken halbiert, durch Kettenriß ausgefallen. Daraufhin wurde eine Gruppe des THW Freiburg alarmiert, welche innerhalb kurzer Zeit die Brücke für die Schwimmwettkämpfe auf die 25-Meter-Marke neu einjustierte. Die Schwimmwettkämpfe der 2. Bundesliga konnten danach, wie vorgesehen, durchgeführt werden.

D. H.

Einsatzübung „Notstromversorgung"

Im Rahmen der Aufgabenstellung des THW in Friedenszeiten führte der Landesverband Baden-Württemberg unlängst die Einsatzübung „Notstromversorgung" durch. Dazu wurden Notstromerzeuger 5 kVA (tragbar), 13,5 kVA (verlastet auf Zweirad-Anhänger) und 50 kVA (verlastet auf Vierrad-Anhänger) an einem Samstag im Bereich der Unterkunft Tübingen zusammengezogen.

Hauptsächlicher Übungszweck – neben dem Führen und Versorgen zusammengefaßter Einsatzkräfte, insgesamt 99 Helfer – war eine Notstromversorgung bei angenommenem Netzausfall. Zusätzlich sollten Elektro-Pumpen aus den Ausstattungssätzen „Pumpengruppe" sowie drei E-Großtauchpumpen 3000 l/min und verschiedene Beleuchtungsgeräte mit elektrischer Energie versorgt werden.

Bereits vor der eigentlichen Übung hatte die E-Gruppe des Instandsetzungszuges Tübingen – deren Gruppenführer ein konzessionierter Elektromeister ist – die Installation der Unterkunft für eine behelfsmäßige Energieversorgung mittels Notstromerzeuger hergerichtet. Dazu wurde in der E-Zuleitung hinter dem Zähler, jedoch vor der Verteilung auf die einzelnen Stromkreise, ein Umschalter 100 A eingebaut, der die Umschaltung Netz/Notstrom und umgekehrt ermöglicht. Außerdem wurde eine Cekon-Gerätesteckdose 63 A mit Cekon-Stecker sowie Cekon-Kupplung 63 A wasserdicht gesetzt.

Das zuständige Elektrizitätswerk war über diese Ergänzung unterrichtet worden. Ebenso darüber, daß die Noteinspeisung künftig für Ausbildungszwecke und bei Störungen für die Energieversorgung benutzt werden soll.

Im Zusammenhang mit dieser Einsatzübung wurden auch Möglichkeiten einer Zusammenschaltung der Notstromerzeuger 50 kVA und die dabei zu beachtenden Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der VDE-Bestimmungen und sonstigen Sicherheitsregeln eingehend besprochen bzw. überprüft.

Im Hinblick auf die vielen im Übungsgebiet befindlichen Kraftfahrzeuge und Aggregate waren ein Materialerhaltungstrupp und ein Verbrauchsgütertrupp eingesetzt worden. Damit sollten die Möglichkeiten der feldmäßigen Instandsetzung und des Betriebsstoffumschlages aufgezeigt werden. Diese Trupps und der Verpflegungstrupp wurden zu einem „Versorgungspunkt im Einsatzraum" zusammengefaßt. Die aus den THW-Ortsverbänden Ofterdingen, Stuttgart, Tübingen und Waldshut kommenden Teileinheiten wurden von einer Koordinierungsgruppe geführt.

Die Übung bestätigte, daß im Bedarfsfall mit den beim THW vorhandenen Notstromerzeugern öffentliche Einrichtungen und die Anlagen lebensnotwendiger Betriebe mit elektrischer Energie versorgt werden können. Insbesondere sind die Stromerzeuger 50 kVA zur schwerpunktmäßigen Versorgung von Pumpen, Beleuchtungsmitteln und anderen elektrisch betriebenen Arbeitsmaschinen auf großen Schadensstellen und beim technischen Betreuungsdienst sehr gut verwendbar. Man ist in der Lage, zahlreiche denkbare Katastrophen-, Krisen- oder sonstige Notlagen in der Stromversorgung mit diesen Aggregaten abzudecken.

G. K.

THW errichtet Holzbrücke

Seit längerer Zeit schon war die alte Brücke in Neckenfurt, Gemeinde Wolfegg, baufällig und für den Verkehr gesperrt worden. Die Anlieger mußten durch diese mißliche Situation Umwege bis zu vier Kilometern in Kauf nehmen. Da mit einer Erneuerung der alten Brücke erst in einigen Monaten gerechnet werden konnte, bat die Gemeinde Wolfegg den THW-OV Wangen, bis zur Fertigstellung der geplanten neuen Brücke eine Behelfsbrücke zu bauen.

Entsprechend dem Wunsch der Gemeinde wurde diese Behelfsbrücke für eine Belastung von 9 t (DIN 1072) bei einer Stützweite von 9,5 m angelegt. Nach den vom THW gefertigten Berechnungen und Plänen arbeiteten in der Nacht 15 THW-Helfer vier Stunden lang an diesem Projekt. Sie hatten dabei die Möglichkeit, an einem für die Allgemeinheit nützlichen Vorhaben für den Katastrophenfall zu üben.

K. S.

Gasexplosion in der Grafenleithe bei Passau

Ein dumpfer Knall ließ am Sonntagmorgen Anwohner der Grafenleithe aufhorchen. Da mußte etwas passiert sein! Viele dachten zunächst an einen Verkehrsunfall. Doch der Knall war von einer Gasexplosion verursacht worden, die zwar erheblichen Sachschaden verursachte, aber glücklicherweise kein Menschenleben forderte.

In einem kleinen, alten Einfamilienhaus an der Grafenleithe wollten die Bewohner, ein älteres Ehepaar, gegen 7 Uhr im Küchenofen Feuer machen. Kaum war das Zündholz angezündet, schoß eine Stichflamme hoch. Ein Krachen, und die Trennwand zum Nebenraum stürzte ein. Gleichzeitig brach auch die Außenwand auf einigen Metern Länge zusammen. Dem 70jährigen Mann, der durch die Stichflamme Verbrennungen erlitten hatte, gelang es, das Feuer, das sich in dem Raum auszubreiten drohte, trotz seiner Verletzungen und seines Schreckens, mit großer Umsicht zu löschen. Dann brachte er sich und seine zu Tode erschrockene Frau ins Freie in Sicherheit.

Polizei, Feuerwehr, BRK und Technisches Hilfswerk wurden verständigt. Da jedoch kein Brand ausgebrochen war, brauchte die Feuerwehr nicht einzugreifen. Polizei, Sanka und 18 Mann vom THW waren zehn Minuten nach der Explosion bereits zur Stelle. Auch der Hausbesitzer, ein Passauer Antiquitätenhändler, eilte zum Unfallort.

Dort sah es chaotisch aus: Die Trümmer der eingestürzten Mauern, Balken, Glasscherben und Dachziegel lagen durcheinander. Die Wohnungseinrichtung war zum Großteil demoliert. Die Männer des THW leiteten rasch die notwendigen Sicherungsmaßnahmen ein. Mit dicken Bohlen wurden die Mauern abgestützt. Mit Folien dichtete man Dach und Mauern ab. Wie und warum sich die Explosion ereignet hatte, ist noch nicht völlig geklärt. Ein Verschulden der Bewohner wird mit Sicherheit ausgeschlossen. H. E.

Die Helfer des THW stützen die Außenmauern des schwer beschädigten Hauses ab.

Verdienstmedaille für Georg Naser

Georg Naser (rechts) wurde mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet. Bürgermeister Dr. Friedrich Sponsel (Mitte) überreichte die hohe Auszeichnung. Naser hat sich im Bereich des Katastrophenschutzes um den Aufbau des Technischen Hilfswerks in Erlangen, speziell um die Schulung von Mitarbeitern und um die Materialerhaltung, als

freiwilliger Helfer verdient gemacht. Georg Naser ist zur Zeit beim THW als Sicherheitsbeauftragter tätig.

THW-Hilfeleistung bei Brückensprengung

Von einem Sprengkommando aus Augsburg wurde kürzlich die erste von mehreren Brücken über die Bundesstraße 19 zwischen Kempten und Memmingen im Allgäu gesprengt. Diese Maßnahme hängt mit dem Vorhaben zusammen, in den nächsten Monaten den Ausbau des letzten Teilstückes der heutigen Schnellstraße zur Bundesautobahn voranzutreiben.

Zur Absicherung von Straßen, Wegen und Grundstücken im Umkreis des Sprengobjektes forderte die ausführende Baufirma Helfer der Allgäuer THW-Ortsverbände Kempten und Memmingen an. Mit Funksprechgeräten (FuG 10) ausgerüstet, bildeten die 25 THW-Helfer zusammen mit der Polizei einen Sicherungskreis mit einem Durchmesser von rund einem Kilometer.

Nach der Sprengung wurden von den THW-Helfern erste Aufräumungsarbeiten übernommen. Drei Brennschneide-Trupps des OV Kempten durchtrennten in fast achtstündiger Arbeit die von den Baumaschinen freigelegten Stahlarmierungen. Nach Einbruch der Dämmerung sorgte die Lichtgiraffe des Kemptener Ortsverbandes für die notwendige Ausleuchtung der Arbeitsstelle. Die Bauleitung sprach dem Technischen Hilfswerk großes Lob für die gut organisierte und technisch gekonnte Hilfeleistung aus. A.K.

„Felsputz für Füssen"

Technische Hilfe für die Lechstadt leistete der THW-Ortsverband Füssen: Wie schon in den Jahren zuvor, so widmeten sich auch heuer 20 THW-Männer dem Felsputz an der Morisse und dem Säubern des Waldes. In hundert Arbeitsstunden wurden brüchiger Fels abgehauen, Laub und Unrat aus dem Wald geräumt. Zur Belohnung gab es von der Stadt eine Brotzeit und Getränke. L. G.

In luftiger Höhe verbrachten die THW-Männer viele Stunden, um die Felswände zu säubern.

„INTEX 78" – abstrakt

In Heft 12/78 des ZS-MAGAZIN wurde an dieser Stelle über die Übung „INTEX 78" aus der Sicht des Warnamtes VII berichtet. Inzwischen wurde diese Übung bundesweit ausgewertet; einige Aspekte dieser Auswertung sind von allgemeinem Interesse und werden deshalb hier dargestellt.

Wie alle Herbstübungen seit Mitte der 60er Jahre war auch diese Übung international angelegt; an der jährlichen Funktions- und Leistungskontrolle nahmen daher auch die Warndienste in den NATO-Staaten, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande und Norwegen teil.

Natürlich hängt der Verlauf einer Übung von der angenommenen Lage und auch vom gewählten Übungsziel ab. Ein Schwerpunkt im nationalen Bereich war bei „INTEX 78" der Einsatz von Warnstellen durch das zuständige Warnamt über das dafür vorgesehene Netz. Ein solcher Informationsfluß wurde – nach einem kleineren Vorversuch im Saarland im April 1978 – bei dieser Übung erstmals in größerem Rahmen erprobt. Für den Warndienst ergaben sich interessante Erfahrungen hinsichtlich des Informations- und des Zeitbedarfs für den Nachrichtenfluß sowie für Verbesserungsmöglichkeiten bei den Durchsagen. Viele Warnstelleninhaber konnten erstmals ihre Warnstellen bei einer länger andauernden Übung erproben und dabei Durchsagen auswerten.

Neben 1752 Mitarbeitern des Warndienstes beteiligten sich in den einzelnen Bundesländern folgende Stellen an der Übung (vgl. Tabelle).

Im Bereich des Wehrbereichskommandos IV – d. h. in den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland – lief zeitweise die Übung „Wetterleuchten" parallel zur Übung „INTEX". Die angenommenen Ereignisse waren aufeinander abgestimmt, so daß Meldeaustausch auf unterschiedlichen Ebenen geübt werden konnte. Im Bereich des Regierungspräsidenten Düsseldorf wurde im Vorlauf eine eigene Übung – die Übung „Herbstwind" – durchgeführt, die in die Übung „INTEX" überging.

So ergaben sich in den einzelnen Warngebieten unterschiedliche Möglichkeiten, Verbindungen zu anderen Stellen zu knüpfen und gemeinsam zu üben.

Je nach Ausbildungsstand war die Effektivität nicht überall gleich. Als Ergebnis bleibt die Feststellung, daß gemeinsame Übungen die Zusammenarbeit festigen und Anfangsschwierigkeiten überwunden werden konnten.

Der Warndienst wird auch im Jahre 1979 wieder Gelegenheit zu gemeinsamen Übungen – eine im Frühjahr und eine im Herbst – geben. Klaus Spitta

Bundesland	ABC-Melde- und Auswertestelle (AMASt)	Beobachtungs- und ABC-Meßstelle (BAMSt)	Schaltung von Warnstellen
Baden-Württemberg	10–17 Uhr: Regierungspräsidien Freiburg und Tübingen in ihren Standorten, Regierungspräsidien Stuttgart und Karlsruhe in KatS-Schule des Landes		Warngruppe Süd und West von 13–16 Uhr
Bayern	8.15–20 Uhr: fast vollständig	fast vollständig	sämtliche Warnstellen von 9.30–13.30 Uhr
Bremen	10–17.45 Uhr: eine	drei	
Hamburg			sämtliche Warnstellen von 10–14 Uhr
Hessen	9–18 Uhr: fast vollständig	fast vollständig	Warngruppe Süd von 10–14 Uhr
Niedersachsen	10–17.15 Uhr: Im Bereich des WaA II fast vollständig 10–18 Uhr: Im Bereich des WaA III etwa 50 %	fast vollständig etwa 50 %	
Nordrhein-Westfalen	Personal wurde in Regierungspräsidien zusammengezogen		über angemietete Stromwege zu den Präsidien
Rheinland-Pfalz	10–16 Uhr: fast vollständig	fast vollständig	sämtliche Warnstellen 10–14 Uhr
Saarland*)	10–16 Uhr fast vollständig (zusätzlich Hauptverwaltungsbeamte von Gemeinden)	fast vollständig	sämtliche Warnstellen 10–14 Uhr
Schleswig-Holstein*)	9–16 Uhr: fast vollständig	fast vollständig	sämtliche Warnstellen 10–14 Uhr

*) In einigen Ländern (insbes. im Saarland und Schleswig-Holstein) nahmen auch Stäbe im Innenministerium an der Übung teil.

Auch mit Dienststellen der Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und des Bundesministers der Verteidigung wurden Informationen ausgetauscht. Im einzelnen ergibt es folgendes Bild:

	Geschäftsbereich BMV	Geschäftsbereich BMVg
WaA I	Beobachter der Bundesbahn im WaA, Einholung von Wettermeldungen bei Bedarf vom Wetteramt Schleswig	Meldungsaustausch mit der Leit-ABC-Meldezentrale des Territorialkommandos Schleswig-Holstein in Kiel
WaA II	Einholung von Wettermeldungen bei Bedarf vom Wetteramt Bremen	Meldungsaustausch mit einer Notbesetzung der ABC-Meldezentrale des Wehrbereichskommandos II in Hannover
WaA III	Vertreter der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Hannover im WaA, Zusammenarbeit mit Wetteramt Hannover	
WaA IV	Zusammenarbeit mit Wetteramt Essen, 2 Beobachter der Bundesbahn im WaA	Meldungsaustausch mit der ABC-Meldezentrale des Wehrbereichskommandos III in Düsseldorf
WaA V	1 Beobachter der Bundesbahn im WaA, Standleitung zur Warnzentrale der Bundesbahn in Köln	Gemeinsam erarbeitete Übungsanlage
WaA VI	Abrufung von Vorhersagen und Wettermeldungen vom Wetteramt Frankfurt, im WaA Verbindungskräfte der Bundesbahn, Standleitung zur Warnstelle der Bundesbahn in Frankfurt, Einsatz einer Warnstelle der Bundesbahn in Limburg	Meldungsaustausch zwischen der ABC-Meldezentrale des Wehrbereichskommandos IV in Mainz, Verteidigungsbezirkskommandos und WD-Leitmeßstellen
WaA VII	3 Beobachter der Bundesbahn im WaA	
WaA VIII	Abfrage von Wettermeldungen beim Wetteramt Stuttgart Standleitung zum Wasser- und Schiffahrtsamt Freiburg	Meldungsaustausch zwischen der ABC-Meldezentrale des Wehrbereichskommandos V in Stuttgart, Verteidigungsbezirkskommandos sowie mit WD-Leitmeßstellen
WaA IX	2-stündlich wurden Sammelmeldungen der Wetterlage über Telex beim Wetteramt München angefordert	Meldungsaustausch mit der ABC-Meldezentrale des Wehrbereichskommandos VI in München
WaA X	Zusammenarbeit mit Wetteramt München	

Hauptübung 1978 der Hilfsorganisationen

Ernste Lage: ein Eisenbahn-Unglück

Über 150 Helfer in Elmshorn eingesetzt

Eisenbahn-Unglück in Elmshorn! Diese Meldung alarmierte über 150 Helfer aus den Hilfsorganisationen. Glücklicherweise handelte es sich hierbei nur um eine Übung, die fast 3000 Zuschauer an den Hafen lockte. Das Publikum, das diese sehr realistische Demonstration miterlebte, bildete am Nordufer eine große Kulisse. Das eigentliche Geschehen rollte auf dem Hafengelände am Südufer ab.

Was sich im Eisenbahn-Knotenpunkt Elmshorn tagtäglich ereignen könnte, spielte sich bei der Hauptübung am Hafen ab: Ein D-Zug und ein Güterzug stießen zusammen. Der Gruppenführer des zuerst am „Unglücksort" eingetroffenen Löschfahrzeuges erkannte sofort den „Ernst der Lage". Er alarmierte die benötigten Hilfskräfte. Die Türen eines Personenwagens wurden mit Spezialgeräten geöffnet, und die 15 Verletzten aus dem Zuge geholt. Die Verletzten, die bemerkenswert echt dargestellt wurden, konnten gleich ärztlich behandelt werden. Für den Transport standen Schlauchboote des THW bereit.

Die Rettungsaktion konzentrierte sich aber auch auf die Güterwagen, von denen einer umgestürzt war und brannte. Die zwei Wagen hatten explosive Stoffe geladen, was die Brandbekämpfung besonders schwierig machte. Um größeren Schaden zu vermeiden, war eine Ölsperre eingerichtet worden.

Während eine THW-Einheit dem umgestürzten Güterwagen mit einem Spezialkran wieder auf die „Beine" half, konnte den Zuschauern noch ein kleines „Spektakel" angekündigt werden: Ein Pkw rutschte in die Krückau und versank. Mit Hilfe der Drehleiter konnte das Fahrzeug wieder geborgen werden. Aber der Fahrer hätte im Ernstfall wahrscheinlich nicht vor dem Ertrinken gerettet werden können, weil die erforderliche Taucherausrüstung fehlte. Auf dieses Manko wurde auch beim anschließenden Kommers hingewiesen.

Bei der allgemeinen Manöverkritik gab es trotz kleiner Pannen viel Lob für den Ablauf der Übung, bei der das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Hilfsorganisationen hervorragend klappte. So konnten denn auch die Verantwortlichen ein erfolgreiches Resümee ziehen: Die Übung hat recht eindrucksvoll gezeigt, daß die Elmshorner Hilfsorganistionen für den Ernstfall ausgezeichnet gerüstet sind. Das hoben auch Bürgermeister Kurt Semprich und Kreisbrandmeister Curt Hamer hervor: „Die Organisationen haben ihr Gerät perfekt beherrscht."

Gemeinsam im Einsatz bei einem angenommenen Zugunglück: hier die Feuerwehr und der ASB.

Die „Verletzten" sind bereits beim ASB in guter Obhut.

Sehr realistisch – die Erstversorgung der „Verletzten" am Unfallort.

ASB und Feuerwehr probten die Zusammenarbeit

Vom Keller bis zur 9. Etage eines Hochhauses im Übungseinsatz

Folgende Meldung ging über das Telefon der Feuerwehr in Uetersen ein: „Es brennt im Keller des Hochhauses am Fourniermühlenweg. Das Treppenhaus ist stark verqualmt. Im Keller sind Stimmen zu hören, die um Hilfe rufen, kommen Sie schnell!"

Nach der Alarmierung trafen 30 Männer und Frauen des Uetersener Katastrophenschutzes in kurzen Zeitabständen ein. Unter Leitung der Feuerwehr lief dann eine Übung ab, wie sie der Ernstfall täglich bringen kann. Die Lage am Brandobjekt hatte sich durch Panik der Bewohner stark verändert. In der 9. Etage war eine Kerze umgefallen und hatte einen Stubenbrand ausgelöst; so daß ein Kellerbrand vorhanden war, bei dem drei Personen eingeschlossen waren, das Treppenhaus war verqualmt, zwei Personen riefen vom Balkon der 5. Etage um Hilfe, Stubenbrand in der 9. Etage, vier Personen riefen vom Balkon der 9. Etage um Hilfe; der Fahrstuhl war ausgefallen.

Zur Verstärkung wurde „Sama 30" (ASB) angefordert. Unter Atemschutz wurden drei Personen aus dem Keller gerettet und der Kellerbrand mit einem C-Rohr bekämpft. Als Wasserentnahmestelle diente der Überflurhydrant am Tennisplatz. Mit der ausfahrbaren Leiter wurden vier Personen vom Balkon der 9. Etage gerettet und, obwohl noch drei Meter Leiter mit der Hand ausgefahren werden konnten, wäre es hier zu Problemen gekommen, wenn im Ernstfall Gehbehinderte hätten geborgen werden müssen; sie hätte man durch das Treppenhaus heruntertragen müssen. Mit Rettungsleiter und Steckleiter wurden zwei Personen vom Balkon der 5. Etage gerettet.

Der ASB übernahm neun Personen, die teilweise verletzt waren, versorgte sie und brachte sie ins Krankenhaus. Drei Sanitätswagen kamen zum Einsatz, dazu wurde ein Zelt als „Notlazarett" aufgebaut. Ein Feuerwehrmann mit Rauchvergiftung mußte versorgt werden.

Mit der Übung sollte die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Arbeiter-Samariter-Bund geprobt werden. Darüber hinaus wollten sich die KatS-Helfer mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut machen. Der gezeigte Einsatz vermittelte den vielen Schaulustigen einen Eindruck, wie es im Ernstfall ablaufen kann.

Nur über die Drehleiter zu erreichen: der Einsatzort in der 9. Etage.

Bergung eines „Verletzten" aus dem verqualmten Keller.

Der ASB Uetersen bereitet den Abtransport eines „Verletzten" vor.

Schwerer Atemschutz ist bei solchen Übungslagen stets erforderlich.

Jörg Hütter

JUH hilft Flüchtlingskindern in Sambia

Zwei JUH-Beauftragte begleiteten den Transport eines Feldlazaretts

Die Ausgangssituation

Der Zambia Christian Refugee Service (ZCRS), eine Hilfsorganisation des Lutherischen Weltbundes, betreut in Zusammenarbeit mit der UNO und der sambischen Regierung Kinder und Frauen in den Flüchtlingslagern Sambias. Diese Organisation bat die JUH über den Lutherischen Weltbund in Genf und das Diakonische Werk in Stuttgart um medizinische und technische Hilfe für die von ihr unterstützten Flüchtlinge.
Grenzübergriffe rhodesischer Luftwaffeneinheiten in Sambia im Herbst des vergangenen Jahres hatten die betroffenen Flüchtlingsorganisationen trotz aller Vorbehalte gegenüber „weißen Helfern" veranlaßt, sich mit der Bitte um humanitäre und medizinische Hilfe an den ZCRS zu wenden.
Dies war ein großer Vertrauensbeweis und ein einmaliger Vorgang, der nur verständlich wird angesichts der großen Not, in der sich die Flüchtlinge dort befinden. In Sambia leben etwa 64 000 Flüchtlinge, davon sind etwa 44 000 aus Zimbabwe (Rhodesien). Bei den Angriffen wurden mehr als 300 Frauen und Kinder getötet und 600 zum Teil schwer verletzt, wie auch aus einem Bericht der UNO hervorgeht. Zahlreiche Verletzte wurden in die Krankenhäuser Lusakas gebracht, wo sie teilweise noch heute behandelt werden.

Die Vorarbeiten

Um dieser ersten Not zu begegnen, hauptsächlich aber um längerfristige Hilfsmaßnahmen einzuleiten, wurde beschlossen, ein Feldlazarett aus dem Kölner Lager des Bundeskatastrophenzuges der JUH nach Lusaka senden.

Mit beispielhaftem Einsatz der Kölner Stammgruppe des Bundeskatastrophenzuges, die von der KELA (Katastrophen-Einsatzleitung Ausland) der JUH eingesetzt wurde, konnten die Hilfsgüter bereitgestellt und verladen werden.
Der Einsatz der freiwilligen Helfer dieser Stammgruppe war beeindruckend, wenn man bedenkt, wieviel Freizeit hier geopfert wurde. Immerhin gehen die Helfer tagsüber ihrem Beruf nach. Unter ihnen befinden sich Arzthelferinnen, Schlosser, Studenten, um nur einige zu nennen.

Das Bereitstellen der Hilfsgüter – zu dem Feldlazarett kamen auch noch weitere Ergänzungen – mußte mit größter Sorgfalt erfolgen. Nichts durfte vergessen oder übersehen werden, und es mußten zahlreiche Teile neu verpackt werden, damit sie das mehrfache Umladen überstehen konnten. Schließlich wurden alle Kisten und Packstücke von den Helfern zum Frankfurter Flughafen transportiert. Die Liste der Kisten und größeren Einzelstücke hatte allein etwa 200 Seiten Umfang.

Das Feldlazarett umfaßte sieben Einheiten: Technische Einheit (Funktionstrupp), Kücheneinheit, OP-Einheit, Ambulanzeinheit und drei Pflegeeinheiten mit jeweils 20 Betten. Zur Ambulanzeinheit gehörte auch ein Krankentransportfahrzeug (VW-Bus). Hinzu kamen noch etwa 45 cbm Verbandmaterial, 1000 Wolldecken und mehrere Kisten mit Medikamenten.
Das gesamte Hilfsmaterial füllte eine Boeing 707.

Neue Probleme

Zwei Mitarbeiter der JUH flogen in der Transportmaschine mit. Sie sollten das Entladen in Lusaka überwachen, die Einfuhrformalitäten erledigen und das Material an die örtliche Hilfsorganisation des Lutherischen Weltbundes, den ZCRS, übergeben, damit die Hilfe in die vorgesehenen Bahnen geleitet werden konnte.

Das JUH-Team hatte den Auftrag, die örtliche Organisation zu unterstützen, falls dies erforderlich werden sollte, und gleichzeitig die Situation genauer zu untersuchen, mit dem Ziel festzustellen, ob weitere Hilfe erforderlich sei.

Das Feldlazarett war zunächst dafür vorgesehen gewesen, die medizinische Versorgung der Flüchtlinge in der Nähe der sambischen Hauptstadt in Ergänzung zu den dort vorhandenen Einrichtungen zu sichern. Die Regierung entschied jedoch, im Einvernehmen mit den Vertretern der Flüchtlinge, daß alle Lager, die sich in der Nähe der rhodesischen Grenze befinden, ins Landesinnere verlegt werden sollten.

Das bedeutete den Transport von mehr als 20 000 Kindern und Frauen durch mehr als 1000 km Urwald und Steppe, über Wege, die in der Regenzeit kaum befahrbar sind.

Am Bestimmungsort sind weder feste Gebäude noch sonstige Versorgungseinrichtungen. Das Lazarett der JUH soll deshalb für die medizinische Betreuung der Kinder dorthin verlegt werden; der Transport der Kranken von dort über drei bis vier Tage zum nächsten Krankenhaus erscheint für die Mehrzahl der Fälle völlig undenkbar.

Durch diese Entscheidung entstand also eine völlig neue Situation, die erhebliche Probleme in sich barg. Das Lazarett bedurfte einiger am Ort nicht erhältlicher Ergänzungen, wenn es völlig unabhängig funktionieren sollte.

Annäherung an eine Problemlösung

Das JUH-Team begann zunächst mit der Einweisung des Personals in die Funktionszusammenhänge und technischen Grundlagen des Feldhospitals. Es stellte sich jedoch schon bald heraus, daß auch ein weitergehendes Trainingsprogramm erforderlich war. Es fehlte an Fachpersonal, und auch ein Arzt war noch nicht vorhanden.

Das JUH-Team hatte zwischenzeitlich, nachdem das anfängliche Mißtrauen gegenüber den Weißen überwunden war, auch Gelegenheit gehabt, einige der Kinder- und Frauenlager in der Umgebung von Lusaka zu besuchen. In einem der Lager waren beim Besuch mehr als 200 Kinder schwer krank. Es wurde zum ersten Male klar, daß große Epidemiegefahr bestand. Das Elend war bedrückend, und es wurde vor allem deutlich, daß man an vorbeugende Maßnahmen denken mußte, die über den vorgesehenen Rahmen hinausgingen.

Eine Erweiterung der Kücheneinrichtung, eine Trinkwasseraufbereitungsanlage und ein allradgetriebenes Ambulanzfahrzeug stellten sich als unbedingt erforderlich heraus für die Zeit nach der Verlegung des Lazaretts in den Urwald. Auch fehlte es an den einfachsten Werkzeugen ebenso wie an Impfstoffen für die Immunisierung dieser großen Zahl von Kindern gegen Cholera, Gelbfieber, Typhus, Ruhr usw.

Auf dem Hintergrund all dieser Erkenntnisse, noch während der ersten Einwei-

sung des vorgesehenen Lazarettpersonals, wurde deshalb ein weitergehendes Instruktions- und Trainingsprogramm skizziert. Eine Liste der zusätzlich erforderlichen Hilfsmittel wurde erstellt und ein Zeitplan für die Durchführung der Schulung zusammen mit den Vertretern der Flüchtlingsorganisationen und dem Zambia Christian Refugee Service erarbeitet.
Anfang Januar, genau vier Wochen nach der Abreise, kehrte das Team aus Sambia zurück nach Deutschland mit vielen Erkenntnissen, Erfahrungen und auch mit konkreten Plänen, die eine effektivere Hilfe ermöglichen.

So soll nun vor allem ein größeres Team von Spezialisten, insgesamt fünf Personen, darunter ein Arzt, die begonnene Arbeit fortsetzen, sobald die Beschaffung und Bereitstellung der zusätzlich benötigten Hilfsgüter abgeschlossen ist.

Ulrich Hühne

Bei Karin von Oettingen sind Fortbildungskurse stets ausgebucht

So werden Schwesternhelferinnen für die Praxis weitergebildet

Das letzte Lied ist verklungen. Die Broschen sind feierlich überreicht, die Ausweise vergeben. Dann sitzt man noch in fröhlicher Kaffeerunde zusammen – und wieder haben 30 Schwesternhelferinnen der Johanniter-Unfall-Hilfe ihre Ausbildung abgeschlossen. Nicht weniger als 5000 Schwesternhelferinnen (und neuerdings Helfer) hat die JUH im Bereich IV, der die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland umfaßt, seit 1962 ausgebildet.

Aber was geschieht mit denen, die ihre Ausbildung beendet haben? Jeder weiß, wie schnell frisches Wissen, wird es nicht ständig in der Praxis vertieft, verkümmert. Von Anfang an hatte Karin von Oettingen, Dezernentin für die Ausbildung im genannten Gebiet, diese Gefahr gesehen. Und die tatkräftige alte Dame (was derjenige, der die kleine, quicklebendige, Mütterlichkeit ausstrahlende Wahl-Wiesbadenerin mit dem baltischen Zungenschlag kennt, als Kompliment versteht) machte sich bald an die Entwicklung von Fortbildungsplänen.
Inzwischen ist die Fortbildung zum festen Bestandteil der Schwesternhelferinnen-Betreuung geworden, und nach bescheidenen Anfängen gehen jetzt jährlich mehrere hundert Schwesternhelferinnen durch Fortbildungskurse. Um es genauer zu sagen: Im Jahre 1978 wurden zwischen Kassel, Frankfurt und Saarbrücken 652 Helferinnen und 13 Helfer in 15 Fortbildungskursen gezählt, im Jahre 1977 waren es 603 Helferinnen und sieben Helfer, und das Jahr zuvor 602 Helferinnen und sechs Helfer. Im gesamten Bundesgebiet, das im Schema der JUH in acht geographische Bereiche gegliedert ist, konnten 1977 2013 Helferinnen und 16 Helfer fortgebildet werden.
Wie gesagt, Karin von Oettingen betreibt diese Fortbildung schon seit 15 Jahren. Sie liebt die Ordnung. So legt sie denn, um ihre Zahlen zu untermauern, eine Aufstellung vor, aus der exakt hervorgeht, wie viele Personen an welchen Fortbildungskursen jeweils teilgenommen haben. Und da zeigen sich überraschende Schwankungen. Die Teilnehmerzahl reicht von über 100 bis herunter zu zwei. Die Erklärung für dieses unterschiedliche Interesse ist sehr einfach: In den meisten Fällen lädt Frau von Oettingen sellbst zu den Fortbildungskursen ein. Und alle, die einmal die Ausbildung in der Kasseler Schule oder auch an anderen Orten – beispielsweise in Frankfurt – durchlaufen habe, kennen diese Frau. Mit eiserner Energie besucht sie jeden Ausbildungskurs, ohne die zum Teil sehr weiten Reisen zu scheuen, und nimmt sich die Zeit, mit jeder Schwesternhelferin ein persönliches Gespräch zu führen. Auch weiterhin bleiben die Kontakte erhalten. So kann sie sich an Namen und Gesichter früherer Ausbildungskurse gut erinnern. Und umgekehrt kennt jede Schwesternhelferin im Bereich von Hessen, Saarland und der Pfalz Frau von Oettingen. Dementsprechend sind ihre Fortbildungskurse „ausgebucht", denn jeder freut sich auf das Wiedersehen. Und nicht ohne berechtigten Stolz fügt Frau von Oettingen hinzu: „Sogar Medizinstudentinnen kommen." Ergeht aber die Einladung ausschließlich von der Bundeswehr, so wird dies leicht als unpersönlich empfunden, und die Schwesternhelferinnen ziehen es vor, zu Hause zu bleiben.

Die Bundeswehr? Was hat die mit der Fortbildung von Johanniter-Schwesternhelferinnen zu tun? Nun, ihrer ursprünglichen Zielvorstellung nach geschieht die Ausbildung zur Schwesternhelferin für den Katastrophenfall. Aus diesem Grunde finanziert auch „der Bund", wie man so sagt, sie mit (andere Geldgeber sind beispielsweise die evangelischen Kirchen). Daß sich daneben auch andere Tätigkeitsfelder für die Schwesternhelferin erschlossen haben, zum Beispiel – mit großem Erfolg und unter hoher Anerkennung seitens der Pfarrerschaft – in der Gemeindekrankenpflege, steht auf einem anderen Blatt. Aber auch die Fortbildung geschieht zunächst unter dem Aspekt der Katastrophenhilfe. Gerade hieran aber ist die Bundeswehr dringend interessiert. Daneben gibt es viele direkte Interessenten unter den weiblichen Angestellten der Bundeswehr an der Schwesternhelferinnenausbildung, und schließlich hat das Militär eigene medizinische Einrichtungen einschließlich des Fachpersonals zur Verfügung, wo die Fortbildung durchgeführt werden kann. So ist man gerade in Rheinland-Pfalz zur Zeit dabei, Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und JUH im Katastrophenfall zu erproben, wobei der Einsatz der Schwesternhelferin in solch einem Fall unter möglichst realistischen Bedingungen besonders geübt wird.
Aber Karin von Oettingen verläßt sich nicht allein auf die Bundeswehr, sondern führt auch gewissermaßen „eigenhändig" Fortbildungsveranstaltungen durch, wobei man staunen muß, was diese zierliche Person noch für physische Leistungen zuwege bringt, hat sie doch von ihrem kleinen Büro in Wiesbaden aus die gesamte Organisation der Schwesternhelferinnen-Ausbildung einschließlich der Verwaltung des Etats zu steuern. Sie kann es auch nur, weil sie praktisch ihre gesamte Zeit in den Dienst dieser von ihr als gut und richtig erkannten Sache stellt. Eine Fortbildungsveranstaltung dauert etwa acht Stunden. Immer ist sie mit praktischen Übungen verbunden. Daneben gibt es Vorträge und Gespräche mit medizinischer oder sozialhygienischer Thematik, etwa über das Drogenproblem, über die Behandlung von Selbstmordgefährdeten, über seelische Leiden oder auch – dies meistens von Pfarrern behandelt – über das Verhalten bei Sterbenden oder Schwerkranken. Man sieht demnach: Auch in der Fortbildung der Johanniter-Schwesternhelferin wird darauf geachtet, daß die Basis, auf welcher der Johanniterorden seine Aufgaben wahrnimmt, nicht verlassen wird. Karin von Oettingen lebt selbst auf dieser Basis, wie es in jenem kleinen roten Büchlein mit dem Titel „Dienet dem Herrn" steht, das sie dem Berichterstatter zum Abschluß des Gesprächs in die Hand drückt. Im Ordensgebet der Johanniter heißt es nämlich unter anderem: „Segne, segne, Herr, den Orden! Dir zur Ehre will er dienstbar sein . . ."

Konsul Georg von Truszczynski †

Nach kurzer, schwerer Krankheit starb in den Abendstunden des 6. Februars 1979 im Alter von 64 Jahren

Konsul Georg von Truszczynski
Oboedienz-Großkreuz des Souveränen Malteser-Ritterordens

Inhaber des Großkreuzes des Sylvester-Ordens, des Großen Bundesverdienstkreuzes,
des Groß-Offizierskreuz des Souveränen Malteser-Ritterordens und vieler anderer in- und ausländischer Orden.

Im Jahre 1954 wurde Herr von Truszczynski stellvertretender Leiter des MHD im Bundesgebiet, 1957 übernahm er das Amt des Generalsekretärs.

Seine ganze Kraft und Zeit gehörte seitdem dieser Organisation, ihren Aufgaben und Zielen, dem Dienst am notleidenden Menschen. Sein persönliches Engagement war außergewöhnlich, sein Sachverstand und sein Fachwissen ließen ihn schon bald über die Grenzen seiner Heimatstadt Köln hinaus bekannt werden. Auf Bundesebene ebenso wie in den Ministerien der Bundesländer wurde sein Rat in Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes gesucht.

Man berief ihn in zahlreiche Gremien, z. B. für den Katastrophenschutz beim Bundesminister des Innern, in den Vorstand des Deutschen Caritasverbandes und in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Mit vielen Persönlichkeiten aus Kirche und Staat verband ihn eine enge Freundschaft. Für alle genannt sei der Kölner Alterzbischof Kardinal Frings, Protektor des Malteser-Hilfsdienstes, der nur wenige Wochen vor ihm aus dieser Welt abberufen wurde.

Trotz der vielen Anerkennungen und Ehrungen, die der Verstorbene schon zu Lebzeiten erfuhr, blieb ihm die Bescheidenheit eigen, verlor er nie den Kontakt zur Basis, zu den Helferinnen und Helfern der Einsatzgliederungen seiner Organisation. Gerade dies war seine Stärke, gerade das der ausschlaggebende Punkt dafür, daß unter seiner Führung aus dem kleinen MHD der fünfziger Jahre eine große, personalstarke, gut ausgebildete und modern ausgerüstete Hilfs-, Sanitäts-, Rettungs- und Katastrophenschutzorganisation geworden ist.

Eine unübersehbare Zahl von Maltesern nahm in Köln von Generalsekretär Georg von Truszczynski Abschied.

Weihbischof Dr. Dick zelebrierte im Hohen Dom zu Köln das Seelenamt für den Verstorbenen.

Auch vor dem Dom hatte sich eine große Trauergemeinde eingefunden.

Den Trauerfeierlichkeiten für Konsul Georg von Truszczynski wohnten hohe und höchste Repräsentanten von Kirche, Orden und Staat bei, so der Innenmnister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Hirsch, Staatssekretär Dr. Fröhlich vom Bundesinnenministerium, der Leiter der Abteilung Zivilverteidigung im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Wedler, Bürgermeister Dr. Blens als Vertreter der Stadt Köln, die führenden Persönlichkeiten der Hilfsorganisationen sowie der Verwaltungen. Das Seelenamt im Hohen Dom zu Köln zelebrierte Weihbischof Dr. Dick.

Dieter Graf Landsberg-Velen, Leiter des MHD, würdigte die Persönlichkeit des Verstorbenen:

„Von uns ging nicht nur ein hervorragender, schwer ersetzbarer Generalsekretär mit außergewöhnlichen Fähigkeiten, mit Leistungen und Verdiensten, die weit über unsere Organisation hinausreichen und sowohl unserer Gesellschaft insgesamt wie auch unzähligen Hilfsbedürftigen jenseits unserer Grenzen zugute gekommen sind.

Von uns ging nicht nur ein Vorbild an Pflichterfüllung und zugleich sorgender Freund der ihm anvertrauten Mitarbeiter.

Von uns ging nicht nur ein wirklicher Malteser-Ritter, der jenem knienden Ritter auf dem Totenzettel nachzufolgen bestrebt war und darum unermüdlich um die Neugestaltung des Malteser-Auftrags in zeitgemäßer Form gekämpft hat. Sondern von uns ging vor allem ein Mensch mit, wenn auch hinter herber äußerer Schale verborgen gehaltenem, doch weit offenem großen, ja großartigen Herzen. Ein unserem Glauben und der Glaubenstradition verwurzeltes, doch ebenso allen Dingen unserer Welt voll aufgeschlossenes Herz, das nur ganz bescheiden für die eigenen Bedürfnisse, doch um so mehr für die Bedürfnisse der anderen schlug.

Das seinem Denken, seinem Wollen und seinem Handeln die Orientierung und stets neue Impulse gab. Aus diesem Herzen schöpfte er die Kraft zu seiner rastlosen, sich selbst nie schonenden Arbeit, die ihn beispielsweise in den Jahren unseres humanitären Einsatzes in Vietnam seine Aufenthalte beim dortigen Einsatzteam als seinen Urlaub betrachten ließen.

Dieses Herz, dieses starke Herz verlieh ihm den Mut, in den Anfängen des Malteser-Hilfsdienstes mit nicht mehr als nur dieser Idee über Lande zu ziehen, um für sie zu werben. In diesem Herzen lag die Glaubwürdigkeit, wenn er damals jungen Menschen zurief ‚Kommt, macht mit', und in dieser Glaubwürdigkeit lag die Quelle seines Erfolges, indem die von ihm angerufenen jungen Menschen mitzumachen bereit waren.

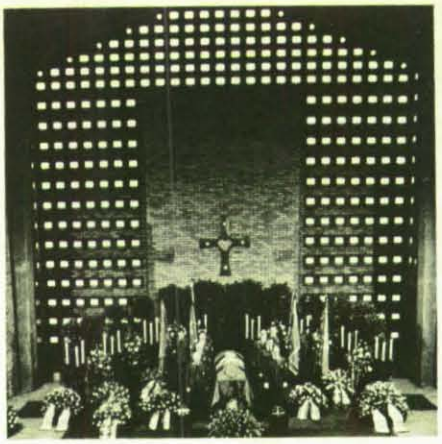
Und sein waches Herz war es, das immer wieder – und vor anderen – einen Hilferuf hören, eine Not erkennen und eine caritative Aktion starten ließ.

Vor genau einem Jahr, im Februar 1978, konnte der Malteser-Hilfsdienst sein 25jähriges Jubiläum feiern.

Das Jubiläum einer großen Gemeinschaft, ein Werk, an dem Tausende Anteil haben. Und dennoch steht in der Ehrenliste dieses Jubiläums ein Name ganz obenan: Georg von Truszczynski. Denn dieses Jubiläum war und bleibt auch sein Jubiläum, dieses Jubiläum war und bleibt vornehmlich sein Werk. Denn niemand hat diesem Werk so gelebt wie er. Idealismus, Engagement, Hingabe und Opferbereitschaft hat er immer vorab von sich selbst gefordert, und darum war er legitimiert, dies auch von anderen zu fordern. So hat er seine Berufung verstanden, so hat er seiner Aufgabe alles geschenkt, so hat er uns allen gedient. Und so kann unser Abschied von ihm nur in einem münden: dem Ausdruck unserer tiefsten Dankbarkeit. Im gemeinsamen Dank, den ich hier stellvertretend aussprechen darf für die Repräsentanten des Staates, den Bund, die Länder und Gemeinden, an deren Spitze heute hier der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Hirsch, für den Bundesminister des Innern, Herr Staatssekretär Dr. Fröhlich, und für die Stadt Köln, Herr Bürgermeister Dr. Blens, unter uns sind.

In den gemeinsamen Dank, den ich aussprechen darf stellvertretend für alle Institutionen unserer Kirche, für den Deutschen Caritasverband, für die Diözesancaritasverbände, den ich hier aussprechen darf für alle uns befreundeten Hilfsorganisationen, Körperschaften und Einrichtungen. Mit dem Dank, mit denen der Großmeister des Malteser-Ritterordens auch durch die Anwesenheit des Hospitaliers Monsieur Pierredon dem Verstorbenen die Ehre gibt. Mit dem Dank, den die beiden Deutschen Malteser-Assoziationen ihrem Confrater bezeugen, und mit dem bleibenden Dank aller Angehörigen des Malteser-Hilfsdienstes, unter ihnen vornehmlich derjenigen, die ihm bei seiner Arbeit besonders nahe gestanden haben, denen er, wie mir, 22 Jahre lang ein treuer Weggefährte war, und die alle nun ein Stück ihres Herzens ihm mitgeben in sein Grab.

Als ich Georg von Truszczynski wenige Stunden vor seinem Tod verließ, sagte er mir als letztes: ‚Bete'. Nehmen wir dieses Wort als sein Vermächtnis; beten wir für ihn, beten wir für uns, daß wir so zu bereichern vermögen, wie er uns bereichert hat. Dann brauchen wir nicht zu trauern, denn dann lebt sein Werk."



In der Trauerhalle des Friedhofs Melaten würdigte der Leiter des MHD, Dieter Graf Landsberg-Velen, in großer Dankbarkeit das Werk Georg von Truszczynskis.

Der Trauerzug schritt durch ein langes Spalier der Malteser und der befreundeten Hilfsorganisationen.

„Niemand hat diesem Werk so gelebt wie er" – schweigend folgt die Trauergemeinde dem Sarg auf dem Wege zur letzten Ruhestätte.

CDU fordert Zivilschutzkorps, da Organisationen Aufgaben nicht erfüllen können

Mangelnde Ausstattung und fehlende Gelder hemmen teilweise Einsatzkraft der Feuerwehren

Diese Seiten erscheinen in Verantwortung des Deutschen Feuerwehrverbandes

„Die Feuerwehren: retten – löschen – bergen – schützen", ist ein Motto der deutschen Feuerwehren, nach dem die rd. 950 000 Männer und Frauen täglich dem Bürger helfen; überwiegend freiwillig und ehrenamtlich. Diese Hilfsbereitschaft wird aber in den letzten Jahren durch zahlreiche, bisher ungelöste Probleme gehemmt; z. B.:

1. ein unzureichender Erweiterter Katastrophenschutz auf Bundesebene,

2. ein ungeklärtes Führungsmodell für Katastropheneinsätze,

3. Forderung nach einem Zivilschutzkorps, oder

4. Reduzierung der Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer.

Alle diese Punkte unter dem Eindruck, daß die Hilfsbereitschaft der rd. 1,2 Mio. Bürger in den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen immer mehr durch staatliche Einflüsse verbürokratisiert wird. Eine negative Erscheinung.

Begonnen hatte das vergangene Jahr mit einer hektischen Diskussion um die von der Bundesregierung betriebene Novellierung des Gesetzes zur Erweiterung des Katastrophenschutzes. Zwischenzeitlich spricht hiervon keiner mehr, sondern nur noch von evtl. „kleinen Korrekturen durch Verwaltungsverordnungen". Die Erkenntnis, den desolaten Zustand der Ausstattung im KatS schnell verbessern zu müssen und dafür mehr Haushaltsmittel im Bundeshaushalt bereitzustellen, ist geblieben. Ansonsten endete die sehr zeitaufwendige Diskussion und Bearbeitung von Entwürfen und Vorschlägen zur Novellierung wenig effektiv.

Jetzt liegt ein vom Bundesinnenministerium erarbeiteter Entwurf „Programm für die Entwicklung des Erweiterten Katastrophenschutzes in den Jahren 1980–1984" (Stand 6. 9. 78) auf dem Tisch mit dem Ziel, die Leistungskraft des Erweiterten Katastrophenschutzes bis 1984 zu steigern. Durch das Sonderprogramm sollen die Haushaltsansätze für Investitionen in den nächsten fünf Jahren um rd. 325 Mio. DM erhöht werden. Überwiegend sollen mit diesen zusätzlichen Geldern die restlos überalterten Fahrzeuge ersetzt, in geringem Maße sollen auch noch die derzeitigen Fehlbestände in der Planung aufgefüllt werden.

Obwohl der Deutsche Feuerwehrverband diese Zusatzfinanzierung sehr begrüßt, muß er darauf hinweisen, daß diese zusätzlichen Haushaltsmittel nicht ausreichen, die Finanzmisere in der Erweiterung des Katastrophenschutzes zu lösen! Das im Jahre 1972 im Weißbuch der Bundesregierung für notwendig angesehene Verhältnis bei der Finanzierung zwischen der militärischen und zivilen Verteidigung von 20:1 stand 1978 bei 53:1 und soll 1979 50:1 erreichen.

Brandschutzdienst im KatS

Am Beispiel des Brandschutzdienstes wird deutlich, wie gering die Ansätze der Sonderfinanzierung im Verhältnis zur Notwendigkeit sind:

1. Von den vorhandenen rd. 4000 Fahrzeugen wurden in den Jahren 1956–63 rd. 1500 und ab 1964 rd. 2500 beschafft (davon 1964 rd. 2000 Fahrzeuge). Somit sind bis zum Ende des Sonderprogrammes (1984) rd. 3500 Fahrzeuge älter als 20 Jahre! Eine Aussonderung zum jetzigen Zeitpunkt kann nur unter Vernachlässigung jeglicher Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte unterlassen werden. Ob aber die Einsatzfähigkeit der Fahrzeuge solange vorhanden ist, muß wohl dem Tage „X" überlassen bleiben, oder?

2. Von rd. 3500 im Jahre 1984 über 20 Jahre alten Fahrzeugen im Brandschutzdienst beabsichtigt der Bund nur 604 Fahrzeuge zu ersetzen! Es bleibt somit ein Rest von rd. 2900 Fahrzeugen, für die bis 1985 kein Ersatz kommt. Eine Katastrophe!

3. Im Vergleich zur Sollausstattung im Brandschutzdienst fehlen derzeit generell noch 609 Fahrzeuge. Diesen Fehlbestand will der Bund im Jahre 1979 um 22 Fahrzeuge verringern; er beschafft diese Zahl neu. Somit verbleibt bis 1984 ein Fehlbestand von rd. 590 Fahrzeugen zur Sollausstattung.

4. Es ist sicherlich einer Prüfung des Bundesvorhabens wert, ob der Brandschutzdienst bei der Verteilung der Investitionsmittel aus dem Sonderprogramm entsprechend seines Anteiles am KatS und des nachgewiesenen veralteten Zustandes seiner Bundesausrüstung anteilmäßig richtig berücksichtigt wurde.

5. Bei der Fahrzeugausstattung will der Bund im Rahmen der Ersatzbeschaffungen Fahrzeugtypen ändern. Anstelle von bisher drei Tanklöschfahrzeugen „TLF 8" beabsichtigt er jetzt, ein Löschfahrzeug „LF 16 TS" zu kaufen.

Einsatztaktische Überlegungen können hier nicht alleine der Grund gewesen sein, denn die Brandschutzfachleute halten diesen Tausch für falsch. Waren es finanzielle Überlegungen, wie für verhältnismäßig wenig Geld optisch eine große Anzahl Fahrzeuge ersetzt werden kann?

6. Nach dem Sachprogramm werden die seit Jahren geforderten Rüstwagen nicht beschafft, da das BMI dieses für nicht vorrangig hält. Die Feuerwehren halten dieses für einen Fehler, da die Feuerwehren im Verteidigungsfall nicht nur mit Löschfahrzeugen und Wasser helfend eingreifen müssen, sondern auch mit dem dazu notwendigen technischen Gerät.

DFV wünscht Beteiligung

Zum Entwurf des Sachprogrammes wäre noch einiges mehr zu sagen. Der Deutsche Feuerwehrverband als vom Bund dafür anerkannter zuständiger Fachverband hofft, daß das Bundesinnenministerium ihn rechtzeitig beratend einschaltet und ihm nicht das zustehende Anhörungsrecht verwehrt, obwohl manches auf diese Absicht in den letzten Monaten hindeutet. Der Deutsche Feuerwehrverband wird dieses sehr aufmerksam verfolgen!

Zivilschutzkorps gefordert!

Politische Kräfte beabsichtigen anscheinend, erneut die Diskussion um die

Aufstellung eines Zivilschutzkorps anzuzetteln. In einer dpa-Erklärung hat im Januar 1979 der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Werner (Ulm) die Schaffung eines präsenten Zivilschutzkorps für den Einsatz bei Katastrophen gefordert, weil sich die Grenzen der Leistungsfähigkeit der nicht präsenten Organisationen, die auf der freiwilligen Mitarbeit von Helfern an Abenden und Wochenenden aufbauen, sich immer deutlicher abzeichnen!

Der Deutsche Feuerwehrverband wird durch diese Forderung der CDU mit aller gebotenen Deutlichkeit zu Gegenmaßnahmen herausgefordert.

Wer heute noch ein Zivilschutzkorps fordert, erteilt gleichzeitig eine Absage an die Hilfsbereitschaft und das Engagement der rd. 1,2 Mio. Mitglieder in den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen, die täglich freiwillig und ehrenamtlich dem in Not geratenen Bürger helfen. Dieses, ohne zu fragen, was bekomme ich dafür!

Führungskonzeption im KatS

In den letzten Wochen wußten die Massenmedien wieder von angeblichen Mängeln in Führungsstäben bei Katastropheneinsätzen zu berichten. Dieses Urteil war in den letzten Jahren immer schnell in den Medien zu lesen und zu hören. Ob immer berechtigt und fachlich beurteilt, soll an dieser Stelle nicht analysiert werden. Über eine geeignete Führungskonzeption im KatS wird intensiv seit der Waldbrandkatastrophe 1975 diskutiert.

Obwohl die Feuerwehren in wesentlichen Punkten einem von Bund und Ländern erarbeiteten Modell zustimmen, besteht über die Einrichtung der „Technischen Einsatzleitung" keine Übereinstimmung. Hier hofft der Deutsche Feuerwehrverband noch auf eine Kompromißlösung! Die Feuerwehr möchte eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen der politisch-administrativen Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten und der technisch-taktischen Aufgabe auf der Einsatzseite. Die Feuerwehren wünschen aus Erfahrung keine Verzettelung durch mehrere Technische Einsatzleitungen. Die Änderung eines in vielen Normal- und Großeinsätzen erprobten Führungsmodells bei Eintritt eines Katastrophenfalles würde zu einem Kompetenzwirrwarr führen und damit den Erfolg des Einsatzes in Frage stellen.

Bei der Diskussion um eine Führungskonzeption ist auch die Frage der Ausbildung der Stabsmitglieder nicht zu vergessen. Neben den Stabsmitgliedern der Organisationen und Institutionen sollte auch die Ebene der Verwaltungen sich an der Führungsausbildung im KatS rege beteiligen. Neben der Ausbildung darf auch die regelmäßige Fortbildung der Stäbe durch Planspiele und Übungen nicht vernachlässigt werden. Nur wo regelmäßig geübt wird, kann es im Ernstfall auch klappen.

Feuerschutzsteuer

Der derzeit im Vergleich zu anderen Nationen hervorragende Brandschutz in der Bundesrepublik ist durch eine drastische Reduzierung bei den Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer ins Wanken geraten. Bundesländer und Bundesregierung sind gewillt, durch eine Novelle zum Feuerschutzsteuergesetz dieses wieder zu verbessern. Die F.D.P.-Bundesfraktion lehnt diese Novelle grundsätzlich ab. Die CDU/CSU stimmt einem Kompromiß der Bundesregierung zu, die SPD verhält sich zurückhaltend.

Bisher haben die Gemeinden und Städte rd. ein Drittel ihrer Ausgaben für die Freiwilligen Feuerwehren aus einem Zuschuß von der Feuerschutzsteuer erhalten. Entfällt dieser nach dem Willen der F.D.P., dann müssen die Kommunen ihre Haushaltsansätze für die Feuerwehren um rd. 50 %. erhöhen.

Die derzeitige Ausrüstung der Feuerwehren ist mit rd. 47 600 Fahrzeugen und Geräten (Freiwillige und Berufsfeuerwehren) gut. Ein Zeichen für die bisherige gute Unterstützung seitens der Gemeinden, Kreise und Länder. Notwendige Ersatzbeschaffungen, Anpassungen an den Stand der Technik und Schutzausrüstungen für die Feuerwehrmänner werden künftig aber zurückgestellt werden müssen, wenn das Problem der Feuerschutzsteuer nicht gelöst wird.

Weiterhin tätig

Unberührt von diesen vielen negativen Entwicklungen werden die deutschen Feuerwehren weiterhin täglich, getreu ihrem Wahlspruch: „Gott zur Ehr', dem Nächsten zur Wehr" oder „Einer für Alle, Alle für Einen" dem in Not geratenen Bürger helfen.

XII. Internationales Symposium des CTIF

Vom 8. bis 10. Mai 1979 in Stockholm

Das „Internationale Technische Komitee für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen – CTIF" veranstaltet in der Zeit vom 8. bis 10. Mai 1979 in Stockholm das XII. Internationale Symposium über Brandschutzfragen.

Zum XII. Male treffen sich im Rahmen eines CTIF-Symposiums die Mitglieder dieser internationalen Institution. Bei den zurückliegenden Symposien wurden nicht nur wertvolle wissenschaftliche und technische Ergebnisse erzielt, sondern durch die menschlichen Begegnungen auch Vorurteile abgebaut und die Basis der Verständigung unter den Feuerwehrmännern und ihren Brandschutzkollegen erweitert, zum Wohle einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker.

Hierzu sind alle Mitglieder des CTIF sowie alle nationalen und internationalen Institutionen des Brandschutzes und am Brandschutz interessierte Persönlichkeiten eingeladen. Um einen breiten Erfahrungsaustausch zu erzielen und zu allgemein gültigen Erkenntnissen zu kommen, wird eine rege Beteiligung von Experten der Brandbekämpfung, der Brandschutz-Wissenschaft und -Forschung sowie der Feuerwehrnormung begrüßt.

Die nationalen Komitees von Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden haben es übernommen, in Stockholm das XII. Internationale Symposium des CTIF auszurichten. Gleichzeitig veranstaltet der Schwedische Brandschutzverein im Messe- und Kongreßzentrum in Stockholm eine Fachausstellung „Schutz 79" und ein nationales Symposium mit Jahrestagung. Alle Veranstaltungen des Schwedischen Brandschutzvereins und des CTIF finden im Messe- und Kongreßzentrum in Stockholm statt, welches mit der Stadtbahn vom Hauptbahnhof direkt zu erreichen ist.

Interessenten aus der Bundesrepublik können Tagungsunterlagen und Anmeldungen anfordern beim
Deutschen Feuerwehrverband
Nation. Sekretariat im CTIF,
Postfach 24 01 45, 5300 Bonn 2

„boot '79" – ein großer Erfolg für die DLRG

Auf einer der Welt größten Wassersport-Ausstellungen, der „boot '79" in Düsseldorf, hatte die DLRG neun Tage lang Gelegenheit, sich dem Publikum sozusagen im besten Licht zu präsentieren: Ein bereits auf der INTERBAD-Ausstellung im November erstmals eingesetzter neuer Messestand wurde auf rund 100 qm erweitert und in neuer Grundrißvariante auf die Gegebenheiten der von der Messegesellschaft überlassenen Standfläche ausgerichtet.

Die Teilnahme an dieser wichtigen Ausstellung stand unter der Zielsetzung, der Öffentlichkeit interne und externe DLRG-Arbeit transparent zu machen.

Hierzu wurden alle Tätigkeitsbereiche der DLRG auf Bild- und Texttafeln dargestellt, zusätzlich liefen DLRG-Filme. Die Standbesatzung leistete ein übriges in zahllosen Gesprächen mit Ausstellungsbesuchern.

In unmittelbarer Nachbarschaft der großen Wassersportverbände, der anderen Wasserhilfsorganisationen sowie der Stände von Wasserschutzpolizei und Bundesverkehrsministerium in der Ausstellungshalle 1 gelegen, wurde die besonders werbewirksame Gestaltung des DLRG-Standes und die Konzeption der Selbstdarstellung allgemein positiv anerkannt; auch DLRG-Präsident Prof. Schmitz und die Messeleitung NOWEA beglückwünschten die nordrheinische DLRG zu diesem gelungenen Stand.

Die Besucherfrequenz war ungewöhnlich hoch. Der Stand war an allen Messetagen sehr gut besucht und an den beiden Wochenenden zeitweise regelrecht belagert. Am Eröffnungstag trugen sich beim offiziellen Rundgang prominente Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft ins Gästebuch am Stand ein, so Bundesinnenminister Baum, NRW-Innenminister Hirsch, DSB-Präsident Weyer, Düsseldorfs Oberbürgermeister Bungert, der Präsident der Deutschen Freizeitgesellschaft, Ministerpräsident a. D. Meyers, und – als Repräsentant des diesjährigen Partnerstandes der „boot '79" – der italienische Botschafter. 30 Militärattachés informierten sich an einem anderen Tag über die DLRG, und täglich waren Schulklassen interessierte Besucher.

Die hohe Investition des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in einen professionellen Messestand hat sich angesichts solcher Erfolge zweifellos gelohnt.

Im Zusammenhang mit der „boot" darf natürlich auch der Einsatz der Düsseldorfer Rettungstaucher und des Düsseldorfer „Wasserballetts" der DLRG im großen Wasserbecken der Aktionshalle 2 nicht unerwähnt bleiben: Der weitgespannte Bogen von simulierten Rettungsaktionen bis zum anmutigen Kunstschwimmen war ebenso effektvoll wie die von der DLRG für die Aktionen der Wassersportler gestellte Aufsicht am Aktionsbecken.

Anläßlich der Eröffnung der „boot '79" wurden den Ehrengästen Regenjacken mit dem DLRG-Emblem überreicht. Bildmitte: Bundesinnenminister Baum.

Die Leistungsschau der DLRG-Tauchergruppe im großen Aktionsbecken fand bei den Besuchern besondere Beachtung.

Internationales Neujahrs-Stromschwimmen

207 Schwimmer tauchten in die kühlen Fluten

Traditionelle Veranstaltung der DLRG in Oppenheim am Rhein

Zum vierten Male fand in Oppenheim am Rhein das „Internationale Neujahrs-Stromschwimmen" des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) statt. Zu diesem Schwimmen, das am 13. Januar gestartet wurde, hatten sich rund 400 Schwimmer und Schwimmerinnen aus der gesamten Bundesrepublik angemeldet.

Vorbereitet wurde diese Veranstaltung von einem Organisationskomitee, das sich zum größten Teil aus den Mitglie-

Mit Hilfe eines Krans einer US-Pioniereinheit wurden die Begleitboote ins Wasser gehoben.

Bei eben 3 Grad Wassertemperatur fühlten sich die Stromschwimmer dennoch sichtbar wohl.

dern der örtlichen DLRG-Gliederung zusammensetzte und unter der Leitung des Vorsitzenden des DLRG-Bezirks Rheinhessen, Wilhelm Kuntz, stand.

Leider machten unvorhergesehene Schneefälle vielen Teilnehmern einen Strich durch die Rechnung: Sie blieben bei der Anfahrt unterwegs im Schnee stecken und mußten umkehren. So reduzierte sich die Teilnehmerzahl auf 207 Schwimmer, die oft unter Strapazen die Weinstadt Oppenheim erreichten.

Neben Mitgliedern der DLRG-Ortsgruppen waren auch Schwimmer von Berufs- und Werksfeuerwehren, der Polizei und der Bundeswehr am Start.

Die Zielsetzung des Stromschwimmens kann man mit folgenden Kriterien beschreiben:

1. Überprüfung der Einsatzfähigkeit der Rettungsschwimmer und Rettungstaucher bei extremen Bedingungen.

2. Zusammenarbeit der einzelnen Hilfsorganisationen (DRK, Feuerwehr, DLRG), die auch bei Katastrophenfällen eingesetzt werden.

3. Festigung der Kameradschaft in den einzelnen teilnehmenden Mannschaften. Es kommt nicht darauf an, wer als Erster am Ziel ist, sondern daß die Gruppen geschlossen ankommen. Der stärkste Teilnehmer einer Mannschaft muß sich so auch um den schwächsten kümmern!

Zudem bietet sich die Rheinstrecke zwischen Guntersblum und Oppenheim (ca. 8 km) mit ihren besonderen Strömungsverhältnissen als ideales Übungsgewässer an.

Als Ehrengast konnte u. a. der Präsident der DLRG, Prof. Dr. J. N. Schmitz, begrüßt werden. Anläßlich einer Weinprobe am Vorabend wurde er zum „Weinknappen" der Stadt Oppenheim geschlagen, eine Ehrung, die nur wenigen Gästen zuteil wird.

Tradition ist auch der Empfang der Ehrengäste und Mannschaftsführer im historischen Rathaus. Prof. Dr. Schmitz sowie der Leiter des DLRG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Meyer-Kirschner, bedankten sich bei dem Bürgermeister der Stadt Oppenheim, Delorme, für die freundliche Aufnahme und die tatkräftige Unterstützung.

Doch nicht nur Empfänge und Ehrungen gehören zu dem Stromschwimmen, auch Einsatzwille und Improvisationsvermögen prägten die Veranstaltung.

So war es in diesem Jahr nicht möglich, die Begleitboote mit dem Anhänger ins Wasser zu lassen. Diese wären in kürzester Zeit zu Eisklumpen gefroren gewesen. Als Retter in der Not erwies sich die in einem Nachbarort stationierte US-Pioniereinheit, die kurzfristig einen schweren Kran zur Verfügung stellte, mit dem die Boote von der Trailern in das Wasser gehoben wurden.

Unter dem Beifall von ca. 200 Besuchern begaben sich die Schwimmer auf die 8 km lange „Reise". Die Wassertemperatur betrug + 3° C, die Luft hatte 0° C.

Gesichert wurden die Teilnehmer durch Boote der Wasserschutzpolizei, des Wasser- und Schiffahrtsamtes und durch die Katastrophenschutzboote der DLRG, die auch dieses Jahr wieder eine hervorragende Überwachungs- und Bergungsarbeit leisteten.

Nur sechs Teilnehmer mußten unterwegs aufgeben. Sie wurden mit Fahrzeugen der Feuerwehr sofort in das Hallenbad gebracht, wo ein Arzt sich um sie kümmerte.

Auch am Ziel stand ein Notarzt mit einem Rettungswagen bereit, der unvermutet durch mehrere unter den Besuchern anwesende Kollegen unterstützt wurde. Rund 500 Zuschauer hatten sich am Ziel eingefunden und belohnten die Schwimmer mit viel Applaus. Das Deutsche Rote Kreuz der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim, das schon mit einem eigenen Küchenzug die Mittagsverpflegung sicherstellte, empfing die Teilnehmer mit Decken und Glühwein und hatte für besonders „Eingefrorene" ein Aufwärmezelt bereitgestellt.

Die Siegerehrung wurde von dem Präsidenten, dem Landesverbandsleiter, dem Bezirksleiter und zahlreichen Vertretern kommunaler Behörden sowie des Wehrbereiches IV vorgenommen.

Für hervorragende Leistungen wurden ausgezeichnet:
DLRG Ludwigshafen: Wanderpreis des Präsidenten der DLRG,
DLRG Kaiserslautern: Wanderpreis der Stadt Oppenheim,
DLRG Pirmasens: Ehrenpreis der Landesregierung Rheinland-Pfalz,
Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz: Ehrenpreis der Bezirksregierung Rheinhessen Pfalz,
Werksfeuerwehr Boehringer: Ehrenpreis des Landkreises Mainz-Bingen,
DLRG Heiden/Westf.: Ehrenpreis der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim,
Flußpioniere Schierstein: Ehrenpreis des Wehrbereichs IV,
DLRG Pfungstadt: Ehrenpreis des DLRG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz,
DLRG Borken: Ehrenpreis des DLRG-Bezirks Rheinhessen,
DLRG Bad Hersfeld: Ehrenpreis der DLRG-Ortsgruppe Oppenheim,
DLRG Fils: Ehrenpreis des Sportbundes Rheinhessen.

Weitere Pokale konnten an folgende DLRG-Gruppen vergeben werden: Heidelberg, Fürstenau, Neckarsteinach, Bremerhaven, Wörth, Neustadt/Aisch.

Zwei Sonderpreise wurden auch für den ältesten und den jüngsten Teilnehmer vergeben: Peter Roßmann, 13 Jahre, und Werner Lutz, 52 Jahre (beide DLRG Pfungstadt).

Einen Ehrenpreis für den Rettungsschwimmer des Jahres erhielt H. Dewald, ebenfalls DLRG Pfungstadt.

Die Veranstaltung „Internationales Neujahrs-Stromschwimmen der DLRG" schloß mit einem „Bunten Abend", der unter dem Motto „Kampf dem Nassen Tod" stand.

Presseschau des Inlands

Amerikas Zivilschutz ruht

Ganz offensichtlich steckt Amerikas Zivilschutz nicht einmal in den Kinderschuhen. Unter Präsident Eisenhower wurden zwar Zivilschutzmaßnahmen eingeleitet, doch ging es danach nicht so recht weiter. Die ersten geringen Haushaltsmittel, die zugewiesen wurden, waren bald verbraucht. Heute gibt es keine Planung, es gibt auch kaum Schutzräume.

Hinweise auf die intensiven Maßnahmen, die der Kreml seit Jahr und Tag praktiziert, um einen nahezu kompletten Zivilschutz für die Zivilbevölkerung und für kriegswichtige Produktionsstätten zu gewährleisten, ließen die amerikanische Öffentlichkeit kalt. Auch das Weiße Haus sah bis vor kurzem keinen Anlaß, hier aktiv zu werden.

Um so überraschender kam Präsident Carters Weisung, die Federal Emergency Management Agency – FEMA – einzurichten und Zivilschutz zu propagieren. Allerdings nicht im europäischen Sinne, denn die USA wollen . . . sich auf eine gigantische Evakuierungswelle einstellen.

Der „FEMA", die alle Maßnahmen der überregionalen Katastrophenhilfe und des Zivilschutzes koordinieren soll, wurden für die nächsten fünf Jahre zwei Milliarden Dollar zugeteilt. Eine verschwindend geringe Summe, stellt man sie in Vergleich zu dem riesigen Aufgabenpaket, das sie zu bewältigen hat.

Nach den Vorstellungen des Zivilschutzbeauftragten im Weißen Haus, Bardyl Tirana, sollten die Bewohner von industriellen Ballungsgebieten und besonders gefährdeten Gebieten evakuiert werden, um Verluste bei Angriffen mit atomaren Waffen zu mindern.

Ohne diese Evakuierung würden von den 220 Millionen Amerikanern vielleicht nur 80 bis 90 Millionen einen Nuklearschlag überleben. Nach Evakuierungen könnten es – so die Hochrechnungen – dagegen 140 bis 150 Millionen sein.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Warten auf andere

Das beherrschende Thema der letzten Wochen in Funk, Fernsehen und Presse: die Schnee- und Kältewelle, von der die Bundesrepublik betroffen wurde. Eines steht fest, man war überall in Deutschland rechtzeitig vor dem Kälteeinbruch gewarnt worden; die Voraussagen über den zeitlichen Beginn und die Stärke der Schneefälle trafen fast auf die Stunde genau zu. Allerdings, es war wie beim Smog-Alarm im westlichen Ruhrgebiet, kaum jemand kümmerte sich um entsprechende vorsorgliche Maßnahmen.

Nachdem jetzt erste Analysen möglich sind, zeigt sich immer deutlicher, daß mit unserem Katastrophenschutz etwas nicht stimmt. Die Initiative liegt bei uns zunächst auf Kreisebene. Während jedoch im Norden jeder Radiohörer schon . . . wußte, was bevorstand, konnte sich von den zuständigen Dienststellen noch niemand zu Aktionen aufraffen. Erst als es zu spät war, . . . schlug man Alarm. Erneut fehlte es an der richtigen Kommunikation.

Natürlich kann man sich nicht gegen alle möglichen Katastrophen voll absichern . . . Man kann aber verlangen, daß das Informationssystem, und vor allem die Entscheidungsverantwortung, voll funktioniert. Bei telefonischen Recherchen über die Ursache des Versagens stellte sich heraus, daß in besonders eklatant gelagerten Fällen der Verantwortliche „noch nicht wieder im Dienst" war.

Aber auch „jedermann" scheint gedanklich immer weniger auf Katastrophen vorbereitet zu sein. Wie sonst ist es zu erklären, daß auf vielen Bauernhöfen vorhandene Notstromeinrichtungen entweder verrottet waren oder nicht sachkundig bedient werden – sogar wegen fehlender Dieselölvorräte nicht angelassen werden konnten.

(Handelsblatt, Düsseldorf)

Ein „Schönwetterstaat"?

Wir sind wieder einmal zurechtgekommen, weil die Bundeswehr bei einer Katastrophe eingesetzt werden konnte. Ernsthaft betrachtet ist das ein unbefriedigender Zustand, weil es ja auch einmal so sein könnte, daß die Bundeswehr – etwa im Spannungsfall – nicht verfügbar ist.

Dank ihrer Ausrüstung, Einsatzbereitschaft und Führung hat sich die Bundeswehr wieder einmal im Kampf gegen Naturgewalten bewährt – was eigentlich kaum noch hervorgehoben zu werden braucht, weil es längst eine Selbstverständlichkeit ist. Wieder einmal aber wird übersehen, daß dieser Friedensdienst, der zu den üblichen Aufgaben einer Armee gehört, nicht – oder nicht so – geleistet werden könnte, wenn sich diese Streitmacht in Krisenlagen nicht auf den Kriegsdienst vorbereiten müßte. Was also würde geschehen, wenn die Truppe in einer Periode politischer Hochspannung nicht für den Katastrophenschutz zur Verfügung stünde?

Aus Erfahrungen mit Flut-, Feuer- und Schneekatastrophen wurden weithin zwar theoretische Erkenntnisse gesammelt, nicht jedoch praktische Konsequenzen gezogen. Unser Land blieb ein Schönwetterstaat, der von Schlechtwetterzeiten nichts wissen will. Wohlstandsdenken hat stets die Notstandsvorsorge behindert, so daß die zivile neben der militärischen Verteidigung ungenügend entwickelt ist. Wann werden wir lernen, daß es gilt, uns nicht nur gegen die künstliche Katastrophe des Krieges, sondern auch gegen natürliche Katastrophen im Frieden hinreichend zu wappnen? An manchen Nachbarn dürften wir uns ein Beispiel nehmen – etwa an der Schweiz und an Schweden.

(Die Welt, Bonn)

Forschungen über Öl-Katastrophen

Die Bundesrepublik wird von den größten Tankschiffen der Welt angesteuert – sie ist trotzdem kaum für den Fall einer größeren Öl-Katastrophe vorbereitet. Drei Forschungsgruppen befassen sich deshalb mit derartigen Problemen. Vor allem fehlt es noch an Hintergrundmaterial über gefährdete Zonen.

Sehr viele Lücken gibt es auf dem Gebiet der Bakteriologie, wenig ist bisher über die Wirkung von Öl auf das Wattenmeer bekannt. Darüber hinaus, erklärte der Leiter des Instituts für Meeresforschung Bremerhaven, Prof. Sebastian Gerlach, den für den Umweltschutz zuständigen Ministern und Senatoren der vier norddeutschen Küstenländer, fehlt es bisher an wirksamen mechanischen Ölabschöpfungsgeräten und -mechanismen, die unter den Strömungsbedingungen des Tidebereichs einsetzbar wären. Internationale Zusammenarbeit bietet sich in diesen Fragen an.

(General-Anzeiger, Bonn)

Presseschau des Auslands

Zusammenwirken in der umfassenden Landesverteidigung

ZIVILSCHUTZ
INFORMATIONSDIENST DES ÖZSV

Im November 1978 waren an Manövern im Norden Österreichs auch alle amtlich befaßten Stellen, Bezirkshauptmannschaften, Gemeindeämter, die Einsatzorganisationen, der Österreichische Zivilschutzverband und die dem ÖZSV angeschlossenen Amateurfunker beteiligt. Die zuständigen Stellen wurden im Sinne der Katastrophenschutzpläne mittels Codewort alarmiert und einsatzbereit gemacht.

Der Niederösterreichische Zivilschutzverband, der aufgrund des § 9 des Niederösterreichischen Katastrophenhilfegesetzes zur „Aktivierung des Selbstschutzes der Bevölkerung" herangezogen wurde, war mit seinen Bezirks- und Ortsleitern bzw. mit deren Stellvertretern präsent.

Die „Fahrbaren Schulen" des Landesverbandes informierten mit ihren Lautsprecheranlagen die Bevölkerung über das Geschehen. Angenommen war ein „Krisenfall" aufgrund des Neutralitätsgesetzes.

(Wien, Nr. 11/12)

Thailands Zivilverteidigung

Civilforsvars Bladet

Thailand hat sich bisher im Laufe seiner Geschichte weitgehend von Kriegen und bewaffneten Konflikten freihalten können, das bedingt, daß sich die Zivilverteidigung des Landes in der Hauptsache auf die Verhütung und die Bekämpfung von Katastrophenschäden eingestellt hat. Dürren, Wirbelstürme und Überschwemmungen suchen oft das Land heim.

Die thailändische Zivilverteidigung datiert in Anfängen bereits aus dem Jahre 1934. Damals wurde ein staatliches Amt für Luftverteidigung gebildet; 1937 vergrößerte man die Zahl der Luftverteidigungskräfte und schuf einen Luftmeldedienst. Im Jahre 1944 wurde das gesamte Aufgabengebiet vom Verteidigungsministerium zum Innenministerium übergeleitet. 1946 wurde das Amt – nach Kriegsende – stillgelegt.

Einen Katastrophenhilfsdienst, der dem Innenministerium unterstellt war, richtete man 1951 ein. Er sollte auch bei bewaffneten Konflikten Hilfe leisten. Dieser Katastrophenhilfsdienst wurde 1958 in eine Zivilverteidigung umgewandelt.

Diese untersteht einem Zentralen Amt für Zivilverteidigung und wird von dem – dem Innenministerium unterstehenden Amt für örtliche Verwaltung beaufsichtigt. Die Provinz-Gouverneure leiten den ZS auf dieser Ebene.

(Kopenhagen, Nr. 2/1978)

Prüfung von Gasschutzmaterial

CIVILT FÖRSVAR

Die Forschungsanstalt für Verteidigung (FOA) ist zuständig für die Prüfung von Gasschutzmaterial. Diese Materialprüfungen haben den Zweck, für die Zivilbevölkerung einen optimalen Schutz gegen Angriffe mit Kampfgasen sicherzustellen. Die FOA ist wissenschaftlich auf allen Gebieten zuständig, die bei der Ausgestaltung von Gasschutz und Schutzmaßnahmen gegen Aerosole von Bedeutung sind. Bei der Ausarbeitung der technischen Bestimmungen, in denen die Anforderungen an die Funktion sowie Grenzwerte für Materialeigenschaften und Toleranzen für mechanische Konstruktionen angegeben sind, muß sie mitwirken.

Die Kontrolle muß öffentlich und unparteiisch erfolgen, deshalb ist eine Behörde eingeschaltet worden. Die Kontrolle – sie beruht auf einer Verordnung vom Mai 1939 über Herstellung, Einfuhr und Verkauf von Gasschutzmaterial – umfaßt eine Typenprüfung, eine Serienprüfung und eine Nachprüfung.

Die technischen Bestimmungen sind bewußt so formuliert, daß die Hersteller bei der Gestaltung der Schutzraumteile und Ausrüstungsgegenstände einen gewissen Spielraum erhalten, damit sie ihre besonderen Kenntnisse bei der Materialauswahl und bei der Wahl der Fertigungsmethode nutzen können.

(Stockholm, Nr. 5/6 1977)

Verhalten bei „Luftalarm" I

ВОЕННЫЕ ЗНАНИЯ

Alarm während der Arbeitszeit: Den Arbeitsplatz verlassen und sich unter strikter Beachtung der eingeübten Verhaltensregeln in den für die jeweilige Abteilung (Gruppe) eingerichteten Schutzraum begeben; ist kein solcher vorhanden, an den vorgesehenen Zufluchtsort. Wenn es nach den gegebenen Produktionsbedingungen nicht möglich ist, die Maschine oder Einrichtung, an der gearbeitet wird, auszuschalten, so muß diese auf ein entsprechend gefahrloses Ablaufen geschaltet werden. Die hierzu gegebenen Instruktionen sind genau zu beachten. Zur Überwachung der Anlagen ist ein Verantwortlicher eingeteilt, der als einziger sich in unmittelbarer Nähe provisorischen Schutz sucht.

Alarm bei Aufenthalt in einem Kaufhaus, Kino, Theater o. ä.: Aufmerksam und ruhig die Anweisungen der Geschäftsleitung anhören und befolgen. Normalerweise wird auf den nächstgelegenen Schutzraum hingewiesen. Wenn dies nicht geschieht, auf die Straße gehen und mit Hilfe der angebrachten Hinweisschilder eine Schutzanlage aufsuchen. Fehlen Hinweisschilder, einen Polizisten oder Pförtner ansprechen und fragen.

Alarm während einer Fahrt in einem öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt: Wenn das Warnsignal vernommen wird, das baldige Anhalten des Verkehrsmittels verlangen. Den Fahrer nicht stören; er weiß, wo sich in der Nähe Schutzanlagen befinden und wird dorthin fahren. Beim Aussteigen Ruhe bewahren.

Alarmverhalten für Straßenpassanten: Nicht erst nach Hause laufen! Sich dort zu schützen versuchen, wo man sich gerade befindet. Die nächstgelegene Schutzanlage oder Metrostation aufsuchen oder Baugruben, Schützengräben, Kanäle, niedrige Mauern und Kellerräume aufsuchen. Sich an dem ausgesuchten Platz hinlegen oder sich mit nach unten gerichtetem Gesicht an die Schutzbasis heranarbeiten.

(Moskau, Nr. 4/1977)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Neuartige Ampelanlagen für Fußgänger

Ein sicheres Geleit beim Überschreiten der Fahrbahn soll allen Fußgängern eine neue technische Einrichtung geben, die zur Zeit in Österreich getestet wird. Ingenieure haben zusammen mit den örtlichen Behörden in Villach und Klagenfurt (Kärnten) eine sogenannte Überkopfampel entwickelt, eine Kombination aus Warnschildern, Ampeln und Wegebeleuchtung. Sie ist vor allem für Straßen konzipiert, in denen eine volle Ampelregelung mit Rot-Gelb-Grün-Licht für die Fußgängerübergänge aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar ist. Die bisherigen Erfahrungen mit sieben Anlagen zeigen, daß die Fußgänger mit einem Gefühl größerer Sicherheit und zielstrebiger den Zebrastreifen betreten. Dies und die durch die Ampel geschaffenen guten Sichtverhältnisse erleichtern dann auch dem Fahrzeuglenker die Entscheidung, wann er anhalten und dem Fußgänger freie Bahn zum Überqueren der Straße geben muß.

Netz-unabhängiger Spontan-Sauger

Spontane Leistungsstärke und Handlichkeit sind die besonderen Kennzeichen eines neuen Saugers. Hierdurch wird dieser Akku-Sauger den verschiedensten Einsatzbereichen bestens gerecht: bei einer Netz-unabhängigen Dauerbetriebszeit von mehr als 30 Minuten ist das Gerät ideal bei Notfalleinsätzen. In praktisch allen Bereichen der Unfallrettung, innerhalb oder außerhalb des Notarzt- oder Rettungswagens zeichnet sich das Gerät durch seine Saugleistung von 14 l/min aus. Somit ist es auch der ideale Sauger in der militärischen Ambulanz sowie in allen

weiteren Bereichen, in welchen eine kontinuierliche Stromversorgung nicht sichergestellt ist. Ein weiterer wichtiger Einsatzbereich ist die Absaugung bei Trachealkanülen-Trägern. Ebenso ist das Gerät durch seine handliche Form, durch sein solides Aluminium-Guß-Gehäuse und durch sein geringes Gewicht auch in der Klinik und in der Praxis bestens geeignet: zur diagnostischen Absaugung, in der Ambulanz und zur postoperativen Spontan-Absaugung.

Die zuvor genannten Einsatzbereiche des Gerätes können durch das jeweilige Stromnetz-Zubehör noch erweitert werden: das Netz-Ladegerät ist nicht nur zur Wiederaufladung des Akkus einsetzbar, sondern ist gleichzeitig auch Transformator für kontinuierlichen Netzbetrieb. Damit erfüllt das Gerät auch alle Anforderungen eines „ganz normalen" Saugers: in der Ambulanz, bei kleineren Eingriffen im Nasen-Rachen-Raum, bei Tonsillektomien, bei Trachea-Absaugungen in der Klinik oder beim Patienten zu Hause, auf den Stationen zur postoperativen Spontan-Absaugung oder zur Dauerdrainage.

Ein Netzkabel zur 12-Volt-Kfz-Batterie vervollständigt das breite Einsatzspektrum des Saugers. Solange er an die Kfz-Batterie angeschlossen ist, wird sein Akku geladen, wobei gleichzeitig ein Absaugen mit der Energie der Kfz-Batterie möglich ist. Sobald der Sauger von dieser Bordnetz-Versorgung getrennt wird, arbeitet er sofort und ohne irgendein Umschalten wieder mit seinem eigenen Akku. Die jeweils gewünschte Vakuumhöhe ist über ein Regelventil stufenlos einstellbar und wird auf dem übersichtlichen Vakuummeter angezeigt.

Die Halterung des Sekretglases ist Bestandteil des leichten, aber sehr stabilen Alu-Gehäuses, wodurch das Sekretglas bestens gegen Herausrutschen oder Beschädigungen geschützt ist. Eine Überlaufsicherung schützt vor Einsaugen von Sekret in die Vakuumpumpe. Bemerkenswert ist die Laufruhe des absolut wartungsfreien Membran-Aggregates.

Je nach Einsatzbereich wird das entsprechende Absaugzubehör auszuwählen sein. Der Sauger ist serienmäßig mit einem sterilisierbaren 1,25 m langen Vinyl-Saugschlauch ausgerüstet. Hierzu passen praktisch alle handelsüblichen Einmal-Saugansätze.

Speziallöschfahrzeug für Kernforschungszentrum

Einmalig in seiner Art und Größe ist das neue Feuerlöschfahrzeug, TroTLF 1000/3000/800, welches das Kernforschungszentrum Leopoldshafen in Dienst gestellt hat.

Es ist speziell zum Schutz der verschiedenen Forschungseinrichtungen ausgelegt und deshalb mit einem Doppellöschmonitor und einer Fahrzeugselbstschutzanlage ausgerüstet. Das Spezial-

löschfahrzeug mit 3000 Liter Wasser, 1000 kg Pulver und 800 Liter Schaummittel zeichnet sich durch seine Vielseitigkeit, bei nur 3 Mann Besatzung, besonders aus. Mit Schaumdüsen vor den Vorderrädern ist es in der Lage, Flächenbrände zu löschen, sich selbst zu schützen und zur Bekämpfung bis an den Brandherd direkt heranzufahren. Auf dem Dach sitzt ein nach allen Seiten schwenkbarer Doppelmonitor für den Direktangriff mit Wasser, Schaum oder Trockenpulver. Die Wurfweite des Kombinationsrohres beträgt ca. 60 Meter beim Wassereinsatz und ca. 50 Meter beim Schaumeinsatz. Das zweite Werferrohr für den Einsatz von Pulver besitzt eine Wurfweite von ca. 40 Meter.

Mit der Werferbatterie auf dem Dach sind die Angriffsmöglichkeiten noch nicht erschöpft. Zusätzliche Schnellangriffseinrichtungen und Anschlüsse für die Versorgung vervollständigen das Fahrzeug. Für die Ausleuchtung der Einsatzstellen bei nächtlichen Einsätzen sorgen drei 1000-Watt-Flutlichtstrahler, die ein Arbeitsfeld von der Größe eines halben Fußballplatzes ausleuchten.

neue BÜCHER

Verbandstoff-Fibel

Von Erwin Riedel. 2. überarbeitete Auflage
Deutscher Apotheker Verlag, Stuttgart

Die Verbandstoff-Fibel gibt Auskunft über die Rohstoffe und die Beschaffenheit der verschiedenartigen Verbandstoffe, über ihre Herstellung, Normung, Handelsformen u. a. m. Die genormten Verbandstoffe und die Verbandstoffe des Europäischen Arzneibuches Band II werden eingehend erläutert. Ein ausführliches Sachregister erleichtert das Auffinden nicht nur der in diesem Buch behandelten Verbandstoffspezialitäten und der zahlreichen den Verbandstoffen nahestehenden Hygiene- und Babyartikel und des Einmalmaterials für die Kranken- und Körperpflege.

Der Rettungssanitäter

Von Jürgen Bause / Hilmar Herbst – Ein Leitfaden –
Mit Beiträgen von S. Bodenschatz, F. Freytag, J. Kreuzer, H. U. Steinau
Hippokrates Verlag, Stuttgart

Frau Dr. med. Mildred Scheel hat das Vorwort zu diesem Buch geschrieben; die Beiträge stammen von sachkundigen Autoren. Für alle, die mit Notfallversorgung von Verletzten beruflich oder ehrenamtlich zu tun haben, ist dies Buch gedacht, für Rettungssanitäter sowohl als auch für Feuerwehr, Bundeswehr, Berg- und Wasserwacht u. a. m. Durch die Zunahme immer schwererer Verletzungen wird die Unfallmedizin vor neue Aufgaben gestellt. Mit dem technischen Fortschritt sind auch die Möglichkeiten zur Rettung von Menschenleben gewachsen.

Bei schwerverletzten Personen ist die rasche – und erfolgreiche – Wiederherstellung der lebenswichtigen Funktionen für das Schicksal der Verletzten ausschlaggebend. Die allgemeine Entwicklung des Rettungswesens hat zwingend dazu geführt, daß Einsätze mit modernen, gut ausgerüsteten Fahrzeugen erfolgen – und das Personal eine umfassende Ausbildung mit Examen absolvieren muß.

Der Leitfaden soll dem Rettungssanitäter, der oft allein auf Notfahrt ist, entsprechende Kenntnisse vermitteln. Entsprechend umfangreich ist der mit vielen Skizzen versehene Inhalt. Zusätzlich zum medizinischen Teil enthält das Buch wesentliche Abschnitte über den organisatorischen und technischen Bereich. Selbstverständlich fehlen nicht ein Normenverzeichnis, Verzeichnisse der Informations- und Behandlungszentren für Vergiftungsfälle und die Notrufnummern der Rettungshubschrauber. Ein Sachverzeichnis erleichtert das Auffinden bestimmter Stellen.

Drei Jahre nach Null

Von Wolfgang Trees / Charles Whiting / Thomas Omansen
Geschichte der britischen Besatzungszone 1945–1948
Droste Verlag, Düsseldorf

Rund die Hälfte aller Bundesbürger wurde erst in oder nach den vierziger Jahren geboren. Wer heute 35 Jahre alt – oder jünger – ist, hat aus eigener Erfahrung kaum eine Vorstellung, wie Deutschland in diesen ersten Jahren nach dem 2. Weltkriege aussah. Die älteren Mitbürger wissen, wie entbehrungsreich jene Jahre waren, bis sich das „Wirtschaftswunder" ereignete, wissen, daß dieses „Wunder" einfach eine Frage des Überlebens, ein Aufbegehren war.

In diesem Buch wurden sorgsam – zwar nicht lückenlos – in Wort und Bild die Fakten zusammengetragen, die zeigen, wie man damals lebte. Besser gesagt, leben mußte. In einer Zeit, in der so vieles aus der Vergangenheit in den Blick der Öffentlichkeit geholt wird, ist es wesentlich, dies einmal auch schwarz auf weiß zu lesen und zu sehen.

Die Bilder und Texte beschönigen nichts. Sicher kann das Buch auch helfen zu begreifen, daß vieles von dem, was heute als selbstverständlich angesehen wird, gar nicht so selbstverständlich ist. Zeittafel und Ortsregister ergänzen das Werk.

Wassersicherstellungsgesetz – Band 2

Von Dr. Horst Roeber
Mitarbeit: Wolfram Such u. a.
5. Ergänzungslieferung, Stand: 1. September 1978 – Loseblattsammlung.
Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm GmbH und Co. KG, München

Band 2 trägt den Untertitel „Leitfaden für den Praktiker – Erläuterung der Durchführungsmaßnahmen". In der vorliegenden Ergänzungslieferung werden alle zwischenzeitlich eingetretenen organisatorischen Ergänzungen und Änderungen – ebenso wie die rechtlichen – nach dem letzten Stand erfaßt. Neue Regelungen betreffen vorwiegend den technischen Bereich.

Die Entwürfe für Notbrunnen, die der Planung nach dem Wassersicherstellungsgesetz zugrundegelegt werden, sind durch zwei Arbeitsblätter erweitert worden. Eines dieser Blätter beinhaltet das Lufthebeverfahren, eine von der elektrischen Energieversorgung unabhängige Förderart. Die Anwendung wird vor allem dort von Nutzen sein, wo Notbrunnen im Grundwasservorkommen mit aggressiven Eigenschaften sowie Inhaltsstoffen in erhöhten Konzentrationen, die zu Ausscheidungen neigen, errichtet werden müssen. Als Fördermittel dient Druckluft. Die Neulieferung nimmt Bezug auf das neue Teilprogramm „Notversorgung und großräumiger Ausgleich".

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

Töpfer / Lind
Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland – 43. Ergänzungslieferung
Stand: 1. September 1978
Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See

*

Schmidt
Verordnung über brennbare Flüssigkeiten – VbF und Technische Regeln für brennbare Flüssigkeiten – TRbF mit Erläuterungen
Loseblattsammlung, 10. Ergänzungslieferung, Stand: Juli 1978
Deutscher Fachschriften-Verlag Braun GmbH &Co. KG, Wiesbaden

*

Gerdelmann / Korbmann / Stramka
Krankentransport und Rettungswesen
Ergänzbares Handbuch – 3. Lieferung
Erich Schmidt Verlag
Berlin – Bielefeld – München

Die 3. Lieferung bringt eine wesentliche Erweiterung und Aktualisierung des Kapitels „Beförderungsentgelte". Insbesondere werden dabei die örtlichen Entgeltregelungen berücksichtigt. Das Kapitel „Gesetze, Verordnungen, Erlasse" wurde auf den neuesten Stand gebracht.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Einbrechen im Eis

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . sich jedes Jahr eine Reihe von tödlichen Eisunfällen ereignen? Zugefrorene Gewässer laden durch ihre glatte Eisfläche zu Eissport und zu Rutschvergnügen ein. Dabei sollte man jedoch bedenken, daß die Festigkeit des Eises örtlich sehr unterschiedlich sein kann. Der Zustand der Eisdecke ändert sich bei jedem Wechsel der Luft- und Wassertemperatur. Auch bei sich veränderndem Wasserspiegel, wobei sich die Eisfläche nach oben oder unten durchwölbt, wird die Festigkeit des Eises stark beansprucht und kann oft schon geringen Belastungen nicht mehr widerstehen. Bei manchen Gewässern gibt es mit dem Auge nicht erkennbare schwache Eisstellen, weil dort warme Industrieabwässer zufließen. Auch kann ggf. ein sumpfiger Untergrund, der eine besondere Bodenwärme aufweist, die Bildung einer festen Eisdecke verhindern.
Bei strömenden Gewässern, die bei großer Kälte dennoch zufrieren, wird die Eisdecke zur Strommitte hin immer dünner. Alles dies sind Ursachen dafür, daß Jahr für Jahr Menschen die Tragfähigkeit des Eises überschätzen und ins Eis einbrechen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . bei jeder Eisrettung schon darum Eile geboten ist, weil die Kräfte der eingebrochenen Person wegen zunehmender Unterkühlung schnell erlahmen?

Der ins Eis Einbrechende sollte sofort seine Arme ausbreiten und versuchen, mit den Händen die Eisdecke zu erreichen. Er sollte sich durch Schwimmbewegungen der Beine über Wasser halten. Dann sollte er versuchen, seitlich auf das Eis zu rollen, indem er die Füße auf den Eisrand bringt. Dabei alle hastigen und ruckartigen Bewegungen vermeiden und das Körpergewicht gleichmäßig auf eine möglichst große Eisfläche bringen. Auf dem Bauche kriechend muß er dann versuchen, das rettende Ufer oder eine gut tragende Eisdecke zu erreichen.

Wer einen Eisunfall sieht, muß dem Eingebrochenen Gegenstände zum Festhalten reichen. Dazu können Äste, Bretter, Stangen oder Rettungsringe dienen. Je großflächiger die Gegenstände sind, um so mehr sind sie in der Lage, die Tragkraft des Eises zu erhöhen. Unter günstigen Bedingungen kann man den Verunglückten schon mit nur einer Leiter retten, indem sich der Eingebrochene an den Sprossen festhält und sich von den Rettern, die selbst flach auf dem Eis liegen, mit Hilfe der Leiter ans Ufer ziehen läßt.

Je nach Beschaffenheit des Eises und der zurückzulegenden Strecke bis zu dem Eingebrochenen können auch mehrere Leitern, an welchen Leinen angeschlagen sind, aufs Eis geschoben werden. Ein Retter kriecht dann über die Leitern soweit wie möglich an die Einbruchsstelle heran.

Abschleppseile, die sich ja in vielen Kraftfahrzeugen befinden, können ebenfalls gute Dienste leisten, einmal indem man sie dem Eingebrochenen zuwirft, um ihn damit zu halten, zum anderen, um die Retter zu sichern.

Sind weder Bretter, Stangen oder Leitern noch Seile griffbereit, muß man versuchen, dem Verunglückten aneinandergeknüpfte Kleidungsstücke zuzuwerfen. Es ist aber nicht ratsam, daß der Retter dem Eingebrochenen direkt die Hand reicht, weil er zu leicht mit in die Einbruchstelle gezogen wird.

Auf keinen Fall aber darf man einem Eingebrochenen tatenlos zusehen und ihn sich selbst überlassen.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

Selbstschutz bietet Sicherheit

Anfang Februar trat der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) in Köln mit einer neuen Tafelausstellung an die Öffentlichkeit: „Schutz und Wehr – Selbsthilfe durch die Jahrhunderte im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen". Das Titelbild dieses Heftes zeigt das Plakat, das für die Wanderausstellung wirbt. Die Bilder auf dieser Seite vermitteln einen Eindruck von der Zusammenstellung der kulturhistorischen Werke, die den ständigen Kampf unserer Vorfahren gegen die dynamische Kraft alles verzehrender Brände, gegen Naturgewalten und Kriegsfolgen widerspiegeln. Die Ausstellung „Schutz und Wehr" soll den Betrachter nachdenklich machen und ihn dazu bewegen, in seinem eigenen Lebensbereich durch Vorsorge- und Selbstschutzmaßnahmen Schaden zu verhindern, Krisen zu überbrücken und aufkommende Not zu lindern. Die Ausstellung zeigt, daß Selbsthilfe und Selbstschutz nicht erst Erfindungen unserer Zeit sind. Lesen Sie mehr darüber im Innern dieser Ausgabe.